

Bezugspreis.

Mitglied 10 Wenna, monatlich 2.- Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagbeilage „Welt und Zeit“...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille 80 Wenna, Reklametexte 5.- Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 21. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Für Niederlegung der Handelschranken

Entscheidung der Internationalen Handelskammer.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer hat auf Antrag des Präsidenten...

Am Mittwoch trat in Paris der Verwaltungsrat der Internationalen Handelskammer zu einer Sitzung zusammen...

Die Beschlüsse von sehr großer Bedeutung für das Kapital, die Arbeit und die öffentlichen Interessen sind einstimmig von dem Ausschuss...

Die Behandlung der Ausländer

betrifft und die für sie ungünstigen Gesetze und Gebräuche mehrerer Länder, so fordert der Ausschuss für die Beseitigung der Handelschranken...

Behinderungen des Eisenbahn-, Schiffs- und Luftverkehrs

anlangt, so fordert man für die Eisenbahn die Standardisierung des rollenden Materials, die allgemeine Annahme des 24-Stunden-Tages...

Freiheit des Handels mit Rohstoffen.

Man soll künftig frei Rohstoffe kaufen können, ohne eine besondere Abgabe zu zahlen. Dagegen müssten die Rohstoffe einführenden Länder...

Ein besonderer Unterausschuss hat sich mit der Frage der industriellen internationalen Abmachungen beschäftigt; er erklärt sich mit diesen internationalen Abmachungen einverstanden...

Weitergehende Wirtschaftsabkommen

unter den Nationen frei zu machen. Die Internationale Handelskammer wird über förmliche industrielle Abmachungen ihrer Mitglieder eine genaue und vollständige Untersuchung anstellen.

endlich unter den Auspizien des Völkerbundes die Schaffung eines Ständigen Ausschusses für Zoll- und Handelsangelegenheiten.

Der Eindruck in London.

London, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das internationale Wirtschaftsmanifest ist hier mit bemerkenswerter Ruhe aufgenommen worden...

Neue Entwaffnungsschwierigkeiten.

Folgen des Prinzengastspiels in der Reichswehr.

Paris, 20. Oktober. (M.T.B.) Mittwoch vormittag hat die Völkervereinigung eine Sitzung abgehalten über die die Völkervereinigung...

Die illegalen Rekrutierungen, die zur Demission des Generalissimus geführt hätten, beschäftigten gleichfalls die Konferenz. Es handelte sich noch um die Herstellung und die Ausfuhr von Kriegsmaterial...

Erst wenn die Kontrollkommission der Völkervereinigung mitgeteilt habe, daß sie in allen diesen Punkten befriedigt worden sei, werde die Völkervereinigung den Völkerbund ersuchen können...

Regierung Seipel gewählt.

Kampfanzeige der österreichischen Sozialdemokratie.

Wien, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerliche Mehrheit des Nationalrates wählte mit 91 christlichnationalen und großdeutschen gegen 65 sozialdemokratische Stimmen am Mittwoch die neue Regierung Seipel...

Bundeskanzler Dr. Seipel hat bereits in der Mittwochssitzung die Programmklärung der neuen Regierung abgegeben. Abgesehen von einigen Bosheiten gegen die Sozialdemokraten, war sie ziemlich farblos.

Vierte Werbebeilage des „Vorwärts“:

Die Frau und der Sozialismus

Marie Juchacz: Kultur und Volkswohlfahrt. Anna Geyer: Frauenarbeit — Frauenrechte. Hedwig Wachenheim: Die Krise der Familie. Hedwig Schwarz: Vernunft in der Hauswirtschaft. Bebel über das Frauenrecht.

Mussolini und Averescu.

Italiens imperialistische Politik am Balkan.

Von Hermann Wendel.

Als Mussolini und Averescu am 16. September in Rom den Freundschaftsvertrag zwischen ihren Staaten unterzeichneten, mögen sie sich besonders beziehungsweise die nicht ganz saubere Rechte gedrückt haben; denn wirklich waren hier einmal zwei Spiegelbilder einander wert.

Aber trotz der ausdringlichen Schmeichelei der Rumänen, als echte Nachkommen der alten Römer zu gelten, befriedigte der Vertrag mit dem eilen Nachfolger des antiken Römertums die öffentliche Meinung des Landes keineswegs.

Als sich darum Averescu nach Rom begab, verhielt er, daß er die Anerkennung Italiens für das rumänische Beharrlichkeitsprinzip annehme, aber an Ort und Stelle widersprach ihm bittere Enttäuschung.

Da demnach das Übereinkommen zwischen Italien und Rumänien wenig Bindendes und Handgreifliches enthält und zudem zwischen zwei Schnapphähnen geschlossen wurde...

Und da keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlt, zahlte keiner von den beiden.

Aber erst wenn er zwischen den Zeilen gelesen wird, enthält der Vertrag kein eigentliches Wesen. Die rumänische Oppositionspresse sieht in ihm nur einen Schlüssel, mit dem sich der italienische Kapitalismus um einen neuen südosteuropäischen Markt ausschließen will...

Volkmäßigkeit des römischen Kapitals zu bringen. Bisher befanden sich unter den 195 Gesellschaften, die an der Ausbeutung der rumänischen Erdölgrube teilhaben, nur vier italienische Finanzgruppen. Künftig soll das anders werden!

Da Mussolini jedoch mit gleichem Eifer nach der politischen Vorherrschaft auf dem Balkan trachtet, ist der Vertrag mit Rumänien auch da eine Masche in dem Netz, das er über der Halbinsel zusammenzieht. Das größte Hindernis für die Strebungen der faschistischen Außenpolitik war auf diesem Felde die kleine Entente zwischen der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien, die im Verhältnis zu der Großen einen ausgesprochen antikolonialistischen Charakter aufweist. Ginge es für Mussolini um eine friedliche Balkanpolitik, so wäre, wovon schon einmal die Rede war, der Beitritt Italiens zur Kleinen Entente das Gebührende. Er zieht es aber aus durchsichtigen Gründen vor, dieses Dreistaatenbündnis von innen heraus zu lähmen, indem er eins ihrer Mitglieder nach dem anderen, erst Südslawien, jetzt Rumänien, durch besondere Verträge an sich bindet. Aber auch die anderen Balkanstaaten trafen bereits in seinem Gefolge. Die Tage, an denen sich in Rom die Abordnungen der unterworfenen Völker des Erdkreises drängten, stiegen für den großwahnsinnigen Imitator der Cäsaren auf, als kurz nach Alexander der bulgarische Außenminister Buraw huldigend in Rom erschien und sich gleich darauf eine griechische Deputation unter Fidalys nahte, um an den neuen Handelsvertrag die letzte Feile zu legen. Da Albanien heute nichts als eine italienische Kolonie ist, wäre mit Einbeziehung Rumäniens, Griechenlands und Bulgariens ein ganz niedlicher Ring geschlossen, und Südslawien, das trotz des Freundschaftsvertrages mit Rom wegen der Mißhandlung der 500 000 Kroaten und Slowenen in Italien zu Mussolini feindlich steht, befürchtet, vielleicht nicht mit Unrecht, Ziel und Opfer dieser Einkreisungspolitik zu sein.

Locarno hin, Genf her — die auswärtige Politik des Faschismus arbeitet im Südosten nach der alten imperialistischen Manier, die Europa 1914 in ein Schlachtfeld verwandelt hat, und wenn auf dem Balkan über kurz oder lang ein Konflikt ausbricht, wird, unmittelbar oder mittelbar, der Südensfried Mussolini heißen.

Gerede über Wilhelms „Rückkehr“.

Reichsregierung und Reichstag haben mitzusprechen. Die Sensationspresse des In- und Auslandes beschäftigt sich noch immer aufgeregt mit den Gerüchten von einer angeblichen Rückkehr des Kaisers nach Deutschland. Der amerikanische Journalist Karl v. Wiegand hat sich daher nach Doorn mit der telegraphischen Anfrage gewandt, was für eine Bewandnis es mit diesen Gerüchten habe. Er erhielt folgende verrückte Antwort:

Über ein Ereignis, das Seine Majestät der Kaiser dem Willen der Vorsehung anheimgestellt haben, kann selbstverständlich keine Auskunft erteilt werden. Auf Allerhöchsten Befehl Graf v. Schmettow.

Wilhelm wartet also noch immer darauf, daß der liebe Gott ihn bei der Hand nimmt und ihn wieder auf den Thron setzt, auf dem er sich so sehr ausgezeichnet hat.

Ernstlich steht die Sache so, daß bis zum Ablauf des Republikstages im Sommer nächsten Jahres eine Rückkehr des Kaisers ohne Zustimmung der Reichsregierung ausgeschlossen ist. Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bereits das Weiterbestehen dieses Paragraphen des Republikstages in veränderter Form beantragt. Die Entscheidung liegt also bei der Regierung und beim Reichstag. Nun war das Telegramm von Wiegand nicht mehr nötig, um zu zeigen, daß der alte Wilhelm es so weiter treibt, wie es der junge getriebene hat, daß er keinen Tag in Deutschland vergehen lassen würde, ohne allerhand Unlug anzurichten. Die „Vorsehung“, dargestellt von Regierung und Reichstag, kann daher nicht daran denken, den Mann wieder hereinzulassen.

Die Zollerprinzessin in Sowjetrußland.

Eine russisch-offizielle Darstellung.

Zur Angelegenheit der Hohenzollernprinzessin, die eine Vergnügungsreise durch Sowjetrußland machte, erläßt jetzt die Telegraphenagentur der Sowjetunion folgende Erklärung: Im August dieses Jahres hat eine südamerikanische Touristengruppe einige europäische Länder und darunter auch die UdSSR. besucht. Sie bestand aus südamerikanischen Politikern, Industriellen, Gelehrten, Journalisten usw., denen sich in Europa eine Anzahl spanischer, holländischer und deutscher Touristen angeschlossen hat. Unter den letzteren befand sich auch die Frau eines preussischen Prinzen. Die Teilnehmer der Exkursion sind weder von der Regierung noch von irgendeiner Organisation in der UdSSR. eingeladen worden; sie wurden auch nicht als Gäste der Sowjetregierung behandelt. Die Exkursion, die insgesamt drei Tage in der Sowjetunion weilte, besuchte Leningrad und Moskau. Es wurde ihr von der Regierung kein Extrazug zur Verfügung gestellt und sie bezahlte ihre Eisenbahn- und Dampferfahrten tarifmäßig. Auch die in der sozialdemokratischen Presse erwähnte angebliche „Festdarstellung“ war eine gewöhnliche Vorstellung, für die die Exkursion bezahlte Karten vorbestellt hatte.

Es ist nicht wahr, daß — wie die „Ostbaltische Tribüne“ behauptet — eine Hohenzollernprinzessin „mit großen Ehren empfangen wurde“. Ebenso erfinden sie die Behauptung des „Schwabischen Tageblatts“, (?) Tschischerin selber habe die Honneurs gemacht. Es fand überhaupt kein Bankett oder Empfang zu Ehren der Exkursion statt.

Diese Feststellung erübrigt die Richtigstellung weiterer Erfindungen der sozialdemokratischen Presse über angebliche Teilnahme Tschischerins oder anderer Regierungsvertreter an diesen Banketts, Trinkprahlen usw.

Für uns ist allein wesentlich die Feststellung, daß einer Hohenzollernprinzessin die Einreise nach Rußland gestattet worden ist, während sie einem Berichterstatter des „Vorwärts“ versagt wird. Diese Feststellung, die für sich allein schon Bände spricht, wird durch die russisch-offizielle Erklärung bestätigt. Was aber das Drum und Dran der Berichterstattung betrifft, so scheint uns, daß sich die russische Erklärung, indem sie auf die sozialdemokratische Presse im Reich Bezug nimmt, an die falsche Adresse wendet. Urheber der Enthüllungen über die Reise der Zollerprinzessin ist doch die Opposition in der R.P.D.

Rückwärts ...

Der Rückgang der R.P.D. in Niedersachsen zeigt sich, wie uns aus Braunschweig geschrieben wird, immer deutlicher. Jetzt hat die R.P.D. wieder einen schweren Verlust zu beklagen. Die drei bisher im Gebiet Hannover-Braunschweig, Westfalen-Lippe und Hessen-Waldeck erscheinenden kommunistischen Parteiblätter werden mit dem 31. Oktober eingehen. An ihrer Stelle wird nur noch in Hannover eine Zeitung, die „Neue Arbeiter-Zeitung“ erscheinen. Sie soll den ganzen Bezirk versorgen, in den sich bisher drei Zeitungen teilten. Von Bielefeld bis Helmstedt und von Kassel bis weit hinaus in die Lüneburger Heide wird es also in Zukunft nur noch eine Zeitung der R.P.D. geben. Und ob die „Neue Arbeiter-Zeitung“ ein langes Leben haben wird, ist auch noch sehr fraglich.

Staatsgerichtshof für den Wikingbund.

Das Verbot für Preußen aufgehoben.

Im Rd. I. hat der preussische Innenminister den „Wikingbund“ Ehrhards und den sogenannten Sportverein „Dlympia“ auf Grund des Republikstagesgesetzes und auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des Friedensvertrages verboten. Dieses Verbot erfolgte im Anschluß an die Aufhebung der politischen Vorbereitungen des Herrn Claus und seiner Genossen. Soweit das Verbot auf Grund des Republikstagesgesetzes erfolgt war, haben die Anwälte der beiden Verbände Beschwerde beim Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik erhoben und den Erfolg erzielt, daß das Verbot am Mittwoch durch Gerichts-

beschluss aufgehoben wurde. Soweit sich die Verbotsvorfügung jedoch auf das Ausführungsgebot zum Friedensvertrag stützt, ist eine Beschwerde unzulässig. Es wird also, wenn nicht auf Grund anderer Erwägungen eine Aufhebung des Verbotes von Amts wegen erfolgt, dabei bleiben müssen, daß die beiden rechtsradikalen Geheimorganisationen im Reich und Preußen verboten sind.

Zwar werden nun auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs alle deutschnationalen Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Parteiorganisationen wieder zur öffentlichen Wirksamkeit zuzulassen, wir erwarten jedoch, daß sowohl die Reichs- wie die preussische Regierung allen diesen Beeinflussungsversuchen widerstehen und eine durchaus berechtigte Maßnahme nicht selbst wieder durchlöchern werden.

Das Arbeitsgerichtsgesetz.

Verhandlungen im Reichstagsausschuß.

In seiner Mittwoch-Sitzung befaßte sich der Soziale Reichstagsausschuß bei der Weiterberatung des Arbeitsgerichtsgesetzes zunächst mit der Gebührenfestsetzung. Die Anträge der Sozialdemokraten und Demokraten, abweichend von der Regierungsvorlage, in allen drei Instanzen besondere und ermäßigte Gebühren einzuführen, fanden Annahme. Nach dem Ausschlußbeschluss betragen die Gebühren bei einem Streitwert bis zu 20 Mark: 30 Pfennige, von mehr als 20 bis 60 Mark: 60 Pfennige, von mehr als 60 bis 100 Mark: 1 Mark und von da ab für jede angefangenen 100 Reichsmark je 1 Mark bis zu höchstens 500 Mark. Annahme fand ferner der sozialdemokratische Antrag, den Laienbeisitzern die Bezeichnung Arbeitsrichter zu geben und damit auch äußerlich ihre Gleichberechtigung mit dem juristischen Vorsitzenden zum Ausdruck zu bringen. In der folgenden Generaldebatte über den zweiten Teil des Gesetzeswurfs forderte Genosse Graßmann, das Reich zum Träger der Arbeitsgerichtsbehörden zu machen. Er konnte in seiner Begründung auf die Reichsverfassung hinweisen, die die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes vorsieht, dessen wichtigste Voraussetzung auch die Vereinheitlichung der Arbeitsrechtsprechung sein muß. Er erläuterte weiter den grundsätzlichen Antrag der Sozialdemokraten zu dem gesamten Aufbau der Arbeitsgerichte, monoch zur Mitwirkung in der Verwaltung beim Reichsjustizministerium ein partieller Reichsarbeitsjustizausschuß, bei dem Landesjustizbehörden Landesarbeitsjustizausschüsse aus den beteiligten Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildet werden sollen. Die Deutsche Volkspartei versuchte in einem neuen Antrag, den Arbeitsgerichten den Charakter als selbständige Gerichte wieder zu nehmen und sie in die ordentlichen Gerichte einzugliedern.

Nach einer mehrstündigen Debatte wurde der sozialdemokratische Antrag von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt, selbst ein demokratischer Antrag, der den Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats entspricht und wenigstens Beiträge für die Mitwirkung in der Verwaltung der Arbeitsgerichtsinstanzen vorsieht, wurde gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Die sämtlichen Abgeordneten von den christlichen Gewerkschaften stimmten damit gegen die Anträge ihrer eigenen Organisationen. Nachdem auch der sozialdemokratische Antrag, die Arbeitsgerichtsbehörden zu Reichsbehörden zu machen, abgelehnt war, wurde beschlossen, daß die Kosten der Arbeitsgerichte und der Landesarbeitsgerichte von den Ländern, die Kosten des Reichsarbeitsgerichtes vom Reich zu tragen sind. Der Versuch der Deutschen Volkspartei und ihres Redners, des Abg. Thiel, auf völlige Eingliederung der Arbeitsgerichte in die ordentlichen Gerichte konnte auch diesmal mit starker Mehrheit abgewiesen werden.

Genosse Adolph Hoffmann schreibt uns: Für alle Beweise von Liebe und Freundschaft, die mir aus Anlaß meines Jubiläums aus allen Teilen Deutschlands zugehen, ist es mir nur auf diesem Wege möglich, meinen herzlichsten Dank auszusprechen, ganz besonders der 4. Abteilung für das prächtige Fest im Gewerkschaftshaus.

Adolph Hoffmann.

Die Konferenz der deutschen Finanzminister wird am 2. November dieses Jahres tagen.

Besonderes und Absonderliches.

Konzertumschau von Kurt Singer.

Es geschieht etwas Sonderbares in der Philharmonie. Menschen, friedlich gestimmt, zu Tausenden, umstehen, umgeben einen einzelnen. Das muß eine Primadonna sein, der gleich die Pferde ausgepasst werden. Und eine lebenswürdige, da sie gern und viel spendet, und eine schöne, denn durch Musik allein wird ja Berliner Bürgerin nicht warm. Über nichts von alledem. Der sich so schön und so liebenswert vor der Umhüllung der Masse zu retten weiß, indem er ihr alle Gefallen tut, ist ein Greis, Baitistini. Er singt zum letzten, unwiderrücklich letzten (?) Male im Konzertsaal. Der Reisterfinger von 70 Jahren. Der Bekanntheit der Bühne. Der Mann des vorbildlichen Atems, der gelockerten Sprache, des belebtesten Vortrags, der Künstler, der dem Erhabenen und dem Trivialen zugleich ein heiliger Deuter wird. Was singt er nicht alles? Volkslied und Mozart und Verdi und Peri. Zwischen die Reihe der Jugenden legt er ein berühmtes kleines Programm, bei dem ihm Lindemann in vollendeter Boune hilft. Kein edlerer Bariton, kein tragenderes Organ, kein treibenderes Temperament ist heute noch zu finden. Spuren des Alters? Unmöglich, es zu übersehen. Der Knirz nach der Tenorsöhne zu wird vorsichtiger als früher zu Ende geführt, keine Transpositionen helfen die Gefahr überwinden, und ab und zu wird der Atem schneller, tiefer gezogen, als es dem jugendlichen Brustkorb einst nötig war. Was tut's? Vom Gesang, vom angebotenen Spiel, von der flammenden Künstlerpersönlichkeit Baitistinis wird gepaßt, wer Gesang überhaupt noch liebt. Ein Bombenerfolg, auch für die Konzertdirektion Leonard, die wohlweislich sogar die Pressekarten für sich behalten hatte.

Emil Bohne gibt sich Mühe, die Programme seiner sinfonischen Konzerte besonders interessant zu machen. Diese Methode hat etwas doppelt Gutes. Einmal können wir aufhorchen auf das Neuartige, vielleicht Erstmals, das da erklingt, und zweitens lenkt der Vortrag noch von dem Dirigenten ab, der sich in eine Technik einlebt, um sie langsam beherrschend zu lernen. Bohne ist ein guter, ein gesunder Musiker, schwerfällig, ohne Kerzen, ohne die Gabe des Differenzierens. Kann er wohl singen? Ich glaube es nicht, denn es klingt keine Gefangenschaft der 3. Sinfonie Schostakowitsch bis zu Ende, die Phrasierung ist mangelhaft, der Atem des Dirigenten unsicher. Zudem findet er zwischen Laut und Leise, zwischen Zeilenaufnahme und Sturm keinen rechten Ausgleich. Aber das kann alles werden, denn Musikantenrudel ist da, und das ist doch noch besser als das Wollen der Routine. Aus der uraufgeführten 2. Sinfonie von Max Butting konnte er allerdings wenig machen. Das liegt hauptsächlich an der Komposition. Butting, im Rommermusikalischen ein eigener Kopf, versucht hier, mit dem üblichen Rezept der unentwegt atonalen Musik im großen zu schaffen. Er beginnt im ersten Satz temperamentvoll, arbeitet mit schönen Kontrasten, weiß aber farge Gedanken nicht weiterzutreiben, zu fällen und zu färben. Tonales an Melodie wird bequem atonal retouchiert, zwischen Nah und Distanz bewegen sich Linien und Lichter recht unorganisch, die. Im Adagio schleppt sich Klang unendlich nichtslegend hin, bis Schlussakkorde, ätherische, wieder

festeln, und im Allegro bricht nur ein sehr verkümmertes, gar nicht freier Humor durch. Die Komposition, deutlicher Beweis einer noch zielunsicherer Begabung, stieß auf guten Beifall und leise Ablehnung.

Dritter, absonderlicher Fall: eine junge, noch unbekanntes Sängerin wird stürmisch gefeiert vom großen Publikum. Blumen und Lorbeer in Fülle. Zu viel, zu früh, das alles Guten. Charlotte Schrader, hoher Sopran, gute Bodiumerscheinung, will ganz hoch hinaus. Schönes Material, schlante Kopftöne, doch wenig Rejonanz der Tiefe, heftlich im Vortrag, doch monoton, schnell ermüdend und leicht betonierend. Eine Erwartung, keine Erfüllung. Woher die große Spannung in der Luft? Es erhebt sich, ungerufen, ein sympathischer Mann im Publikum, winkt der Sängerin entzückt zu, applaudiert lange, verbeugt sich vor den Nachbarn, läuft mehrmals zum Podium. Richard Winger schürt also den Erfolg seiner eigenen Lieder. Ober Kollege, das hätten sie nicht tun sollen. Das war eine kleine kritische Entgegnung und eine kleine Geschmackslosigkeit dazu. Die Lieder selbst sind gut erfunden, vollgriffig im Klavierpart, dankbar im Vortrag, effektiv voll gesteigert, nicht immer kurzweilig, straußisch und wagnerisch erhit. Wiegenslied und Liebeslied gefielen am besten.

Margarete Koll ist noch jung; so hat sie im Regerischen Lied schon musikalisch einen harten Stand. Viehlich, wie sie ausschaut, legt sie behutlos Ton an Ton. Noch erklingt kein ganzes Stück, sondern ein Refrain an gelehrten Dingen. Entwickelt sich die noch starre Stimme zum Sopran oder zum Alt, so wird man ein Talent mehr grüßen dürfen.

Das Volkshilfungsamt Prenzlauer Berg gibt sein erstes Sinfoniekonzert. Das Aufgebot ist stark. Mahlersche Lieder (Emmy von Stetten), Einführung durch den klugen Sprecher Rudolf Kastner, Hörenschein als Dirigent und Mahlersche Sinfonie Nr. 4. Zu bedenken bleibt, ob die Ambitionen nicht zu hoch sind. Gestern noch klassische Sinfonie und heute schon tiefst schürfendes Mahler-Erlebnis? Hoffentlich kam das Publikum mit Denken und Fühlen dieser Musikphilosophie nach.

Heinz Unger hat eserrvöll die Propaganda für seinen Konzertzyklus betrieben und treibt jedes Konzert wieder fieberhaft zur Höhe. Er malt die vielen Stimmungen, die im ersten Satz der 3. Mahlerschen Sinfonie ruhen, klar, freundlich, eifrig nach, immer mit dem Unterton des Mystischen, das Volkstimliche noch gerade am Banalen vorbeireitend. Gesunde, kultivierte Art des Musizierens und ganz frei in der Technik. Vetter zwang uns die Straußsche „Salome“, das freudige Fest zu unterbrechen. Warum beginnt Unger seine langen Abende erst um 8 Uhr?

Zur Frage der Akademie-Reform. Auf den — von uns veröffentlichten — Brief Max Liebermanns antwortet jetzt Arno Holz mit einem umfangreichen Schreiben, in dem er die Zustimmung Liebermanns zu seinen Reformplänen mit Befriedigung konstatiert und einige ihm zugegangene Zuschriften veröffentlichen. „O, mein lieber Herr Arno Holz“, schreibt Heinrich Zille, „wie haben sie als Erster sich getraut, die Art an den alten märkischen Baum zu legen. Das Institut ist eine Räuberhöhle. Warum ist das nicht schon früher von Geistesmenschen erkannt?“ Temperament-

voll äußert sich Prof. E. R. Weich: „Als Mitglied der Akademie, der ich die Ohnmacht dieser Quasihöhle oft genug beschämend empfunden habe, sage ich zu Ihrem Entwurf Bravo! Und dreimal Bravo für Ihren Mut und Dank für Ihre Mühe! Ein dritter, der vorläufig noch nicht genannt werden möchte, erinnert an verschiedene Ereignisse der jüngsten Zeit, die die Ohnmacht der Akademie beweisen: 1. Die Zusammenlegung der Berliner staatlichen Kunstschulen und die Verpachtung des Ateliergebäudes Prinz-Albrecht-Straße hat heftigsten Widerstand in der Akademie gefunden. Die Kommission der Akademie, die auf Wunsch des Landtags zu der Frage Stellung nahm, wurde vom Kultusministerium nicht beachtet. Welche Konsequenzen zogen die Mitglieder der Akademie? Keine. 2. Konflikt zwischen Justi und Liebermann. Liebermann fühlte sich aufs schwerste gekränkt, die Akademie mit ihm. Das Kultusministerium stellte sich auf Seite Justi. Welche Konsequenzen zog die Akademie? Keine. 3. Der Umbau des Opernhauses veranlaßte auch einen Protest der Akademie. Der Eindruck, den dieser machte, war gleich Null; und die Konsequenz, die die Mitglieder der Akademie aus ihrer gleich Nullbewertung zogen, war ebenfalls wieder gleich Null.“

Wettbewerb für die Aus schmückung der Frankfurter Marienkirche. Zur Gewinnung von Entwürfen für eine malerische Aus schmückung des Innern der westlichen Eingangshalle der S. Marienkirche in Frankfurt a. d. O. veranstaltet der preussische Kultusminister einen engeren Wettbewerb. Zur Beteiligung an diesem sind seitens des Ministers 20 Künstler aufgefordert worden. Von der Ausschreibung eines allgemeinen Wettbewerbs wurde in diesem Fall in Anbetracht der wirtschaftlich schweren Zeit und mit Rücksicht darauf abgesehen, daß nur sehr wenige der an einer allgemeinen Konkurrenz sich beteiligenden Künstler Preise und Entschädigungen erhalten könnten. Eine Erweiterung erhält dieser engerer Wettbewerb jedoch insofern, als denjenigen deutschen Künstlern, die ähnliche Aufgaben malerischer Aus schmückung kirchlicher Gebäude bereits ausgeführt haben und die preussische Staatsangehörigkeit besitzen oder in Preußen leben, die freie Beteiligung gestattet ist. Für diese Künstler sind die näheren Bestimmungen des Wettbewerbs durch die Akademie der Künste, Berlin, Pariser Platz 4, zu beziehen.

Frauen-Dienstpflicht in Peru. Eine Anzahl peruanischer Frauenorganisationen haben eine gemeinsame Denkschrift an die Regierung gerichtet, in der sie die Einrichtung einer allgemeinen Dienstpflicht für die Frauen verlangen. Die Dienstpflicht soll in erster Linie auf den Arbeitsgebieten der Krankenpflege, der Unfallversicherung, der Kinderfürsorge und der Lebensmittelversorgung durchgeführt werden. Die Denkschrift hält auch eine Kasernierung während des Dienstjahres für wünschenswert.

Arno Holz' vielgenannter Entwurf einer Deutschen Akademie als Vertreterin der gesamten deutschen Weltkultur ist als Broschüre im Verlag von Otto v. Holtz, Berlin C. 19, Neue Gränze, 13, erschienen.

Hellungas in der Lüneburger Heide? Eine Entdeckung, die anscheinend von größter Bedeutung ist, ist in dem Erdblock der Lüneburger Heide gemacht worden, indem man feststellte, daß die dortigen Dellager allem Anschein nach fast heliumhaltig sind.

Potemkin-Interpellation.

Gegen die bayerische Verfassungsverletzung.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen des gefehlbildigen Verbois des Potemkin-Films in Bayern und Württemberg folgende Interpellation im Reichstag eingebracht:

„Die beim Reichsministerium des Innern gebildete Oberprüfungsstelle für Filme hat nach eingehender Prüfung den Potemkin-Film im ganzen Reich freigegeben. Entgegen dem ergangenen Spruch ist die Aufführung des Potemkin-Films von den Landesbehörden in Bayern und Württemberg verboten worden.

Bittigt die Reichsregierung das von den Ländern Bayern und Württemberg gegen das Reichsrecht ergangene Verbot? Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um dem Reichsrecht auch in den genannten Ländern Achtung und Geltung zu verschaffen?“

Kufmann und Pelzer.

Disziplinarverfahren gegen die Barmat-Höfle-Staatsanwälte.

In einer kleinen Anfrage des Genossen Kuttner an die preussische Staatsregierung über das Strafverfahren gegen Kufmann-Knoll ist auf eine Reihe schwerer Amtsmißbräuche des früheren Staatsanwaltsrats, jetzigen Landgerichtsrats Pelzer, sowie der Assessoren Kufmann und Caspary verwiesen worden. Pelzer und Caspary hatten an den Aktenschiedungen des Kufmann durch Aushändigung amtlicher Schriftstücke an Knoll teilgenommen. Kufmann hat Regierungsdirektor Weiß, den Untersuchungsassessor des Preussischen Landtages, den Oberstaatsanwalt Teylaff, den Untersuchungsrichter belogen und sich dessen noch gerühmt. Caspary hat ihm dabei Hilfe geleistet. Auf diese kleine Anfrage erteilt der preussische Justizminister jetzt folgende Antwort: „Gegen den Gerichtsassessor Caspary schwebt ein Disziplinarverfahren. Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht wird ferner die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Gerichtsassessor Kufmann und den Landgerichtsrat Pelzer alsbald beantragen. Das Verhalten des früheren Oberstaatsanwalts, jetzigen Landgerichtsdirektors Dr. Binde, in den Straffachen Kuttner, Barmat und Höfle ist bereits Gegenstand einer Nachprüfung im Dienstaufsichtswege gewesen, die sich auch auf die Erfüllung seiner Pflicht zur Beaufsichtigung der ihm unterstellten Beamten bezogen und zu einer Disziplinarmassnahme gegen ihn geführt hat.“

Deutschnationale Mißwirtschaft.

Vernichtende Anklage in Mecklenburg.

Schwerin, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im mecklenburgischen Landtag hielt Finanzminister Genosse Asch eine vernichtende Abrechnung mit der Finanzpolitik seines Vorgängers, des Herrn von Dergen, der die Steuern bestieg, gegenwärtig im Lande umzuerufen und in Versammlungen gegen die unerträgliche Steuerbelastung der Einkommenssteuer zu hegen. Finanzminister Asch konnte im einzelnen darlegen, daß die gegenwärtige Regierung lediglich die von der früheren Reichsmehrheit beschlossenen Befehle bisher ausgeführt hat. Ungeheures Aufsehen erregte die Mitteilung, daß durch die liederliche Wirtschaft des Herrn von Dergen dem mecklenburgischen Staat ein Schaden von etwa acht Millionen Mark entstanden ist. Das Finanzministerium unter Herrn von Dergen hatte einfach vergessen, vom Reiche die garantierte Rücküberweisung von 80 Proz. der Einkommensteuern zu fordern. Am Mecklenburg zu denken, hat die Rechte die Landessteuern ungeheuer in die Höhe geschraubt, ihre Anhänger auf dem Lande allerdings durch weitgehende Steuererleichterungen geschont und gelüßt. Der Eindruck bei den Deutschnationalen war vernichtend, noch vernichtender wird er im Lande sein.

Internationale Presseausstellung.

Konstituierende Sitzung in Köln.

Köln, 20. Oktober. (Mit.) Heute vormittag fand im Hansa-Club des Kölner Rathauses in Anwesenheit von Vertretern sämtlicher interessierten Organisationen und Verbände die Eröffnungssitzung der Internationalen Presseausstellung Köln 1928 (Presse) statt. In seiner Eröffnungsrede betonte Oberbürgermeister Dr. Adenauer, das große Ziel der Internationalen Presseausstellung 1928 zu Köln sei, das gedruckte Wort in allen seinen Beziehungen zum gemeinsamen menschlichen Tun und Geschehen darzustellen. Die Reichsregierung, sämtliche Reichsministerien und die preussische Staatsregierung sowie alle deutschen Fachverbände hätten ihre tatkräftige Unterstützung bereits zugesagt. Im Auslande begegne der Plan lebhaftester Sympathie, obwohl die offiziellen Erläuterungen an das Ausland noch nicht abgegeben seien. Hierfür gaben Vertreter der Behörden und der Fachverbände ihre Bereitwilligkeit zur tatkräftigen Mitarbeit zu erkennen. Für den Verein Deutscher Zeitungsvorleger sprach Prof. Wolff-Dresden, für den Reichsverband der Deutschen Presse gab dessen geschäftsführender Vorsitzender Richter der Erwörung Ausdruck, daß die Internationale Presseausstellung in Köln im Wettbewerb mit dem Ausland nicht nur die technische und wirtschaftliche Bedeutung, sondern in erster Linie die geistigen und kulturellen Leistungen der deutschen Presse darstellt. Denn nur so könne die Presse eine wirkliche Ausstellung des Pressewesens werden und nicht nur eine Schau von Maschinen und Techniken.

Der Generaldirektor der Kölner Messe, Esch, gab sodann eine Darstellung der Pläne, wie sie bis jetzt vorliegen. Die Kölner Ausstellung solle auf den breitesten Grundlagen aufgebaut werden und einen Ueberblick über das gesamte internationale Pressewesen geben. Es werde angestrebt, den Ausstellungsgegenstand sowohl in seiner geschichtlichen Entwicklung und wissenschaftlichen Begründung wie in seiner gegenwärtigen Gestaltung zu zeigen. Das Zeitschriftenwesen werde in gleicher Weise zur Schau gestellt. Die buchgewerbliche Abteilung werde eine Ausstellung der Buchkunst und der Gebrauchsgraphik bringen. Eine weitere Gruppe werde allgemeine Druckerei- und Verlagsverrichtungen umfassen. In der Gruppe „Verbandswesen der Presse“ sollten die beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungen der großen Presse- und Druckerverbände gezeigt werden. Die Verlagsorganisationen in Oesterreich, Holland und der Schweiz hätten ihre Beteiligung in Aussicht gestellt. Auch die amerikanischen Presseunternehmungen hätten großes Interesse bekundet.

Die Sozialistische Partei Frankreichs hat für den 31. Oktober die Delegierten des Nationalrats zu einer Sitzung nach Paris zusammenberufen, um vor dem Wiederzusammentritt des Parlaments die politische Marschroute der Partei endgültig festzulegen.

Der völkische Irrsinn.

Die Stresemann-Attentäter wegen Schwachsinns freigesprochen.

Die Gerichtsverhandlung, die sich am Mittwoch vor dem Berliner Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bombe gegen zwei völkische Attentäter beendete, hat mit der Freisprechung der beiden Angeklagten geendet, aber sie ist trotzdem nicht vergeblich gewesen. Sie hat vielmehr jenes Material in bengalischer Beleuchtung gezeigt, aus dem die „vaterländischen“ Mordjünglinge geknetet werden.

Beide Burschen, die jetzt als Angeklagte vor Gericht standen, sind jahrelang entmündigt gewesen. Der eine von ihnen, Lorenz, ist sozusagen von einem Irrenhaus in das andere gewandert, hat sogar in einer dieser Anstalten einmal einen regelrechten Putz gegen das Anstaltspersonal veranstaltet und seine und der Mitinsassen Flucht bewerkstelligt. Jahrelang hat ihm der „Jagdchein“ des § 51 zur Seite gestanden, so daß alle seine in Freiheit begangenen Straftaten, Einbrüche usw. nicht strafrechtlich verfolgt werden konnten.

Auch der andere, Kaldorf, der den bekannten Brief an seinen Parteifreund Götz in München schrieb, in dem das schöne Wort „Stresemann verweise man“ in Verbindung mit dem unzweideutigen Satz niederschrieb: „Das Schwein muß

um ihres schwachen Hirns willen bedauern, keinerlei Entschuldigung gibt es für diejenigen, die die Wortpropaganda in die Welt gesetzt haben und sich zur Ausführung unreifer Knaben und Schwachsiniger bedienten.

Daß die Kaldorf und Lorenz so verständnisvolle Richter fanden, ist ein Glück für sie. Man fragt sich aber besorgt, was wohl mit Kommunisten passiert wäre, die sich einen solchen „Bierull“ geleistet hätten wie diese völkischen Heidenjünglinge. Und man fragt weiter, zu welchen Dingen die damals betriebene Hege gegen Stresemann sich wohl noch entfaltet hätte, wenn nicht die Verhaftung und die öffentliche Bekanntgabe des jetzt als irrsinnig gerichtlich attestierten Planes der Entwicklung einen Riegel vorgeschoben hätte.

Die Beweisaufnahme in der Verhandlung gegen Kaldorf und Lorenz, die, wie bereits berichtet wurde, den Staatsanwalt veranlaßte, von der Anklage zurückzutreten, nahm folgenden Verlauf:

Der Zeuge Greulich wie auch der Zeuge Funke, auf deren Aussagen die Anklage in der Hauptsache fuhte, erklärten nun, daß sie die Attentatspläne des Angeklagten Kaldorf nicht ernst genommen hätten. Auch der Zeuge Brommer, dem Kaldorf über das Flugzeug erzählt hat, und der Zeuge Bonhöf wollten an die Ernsthaftigkeit der Kaldorffschen Absichten nicht glauben haben. Auf die Aussagen der übrigen Zeugen wird verzichtet.

Von Interesse ist noch die Aussage des Münchener Rechtsanwalts Götz, der kommissarisch vernommen wurde. Er ist Schulkamerad des Angeklagten Kaldorf. Etwa im Jahre 1921 traf er ihn in ziemlich heruntergekommenen Zustände auf der Straße in München. K. gab zu verstehen, daß er eine Unterstüßung brauchen könnte; er erhielt sie von Götz, der diese Stüßungsaktion hinterher noch einige Male wiederholte. Als er aber dann erfuhr, daß Kaldorf während der Käteezeit eine Rolle gespielt hatte, entzog er ihm seine Unterstüßung um so mehr, als die Kommunisten seinerzeit eine Belohnung auf seinen Kopf gesetzt hatten. Dann erhielt er eines Tages ein Manuskript eingeklopft, das einen vaterländisch gehaltenen Film enthielt. Als Kaldorffs Brief eintraf, in dem er ihm seine Attentatspläne mitteilte — „Stresemann = Verweise man“, „das Schwein muß gekillt werden“, da wußte er anfangs nicht, was tun. Er nahm zwar die Angelegenheit nicht ernst, glaubte aber trotzdem, daß bei der Eigenart der Persönlichkeit Kaldorffs ein Attentat nicht unmöglich sei. Deshalb übergab er den Brief der Münchener Polizei, die ihm vertrauliche Behandlung der Angelegenheit versprach.

Die psychiatrischen Sachverständigen, Dr. Störmer und Dr. Dyrenfurth, waren über den Geisteszustand der Angeklagten einig. Kaldorf sei ein schwer belasteter Psychopath, der wegen Geisteskrankheit längere Zeit in einer Anstalt untergebracht war. Schon während seines Hocherratsprozesses in München seien Zweifel an seiner Geistesverfassung aufgetaucht. Kaldorf sei ein Phantast und Renommist, ein Schwärmer, der zu Uebertreibungen neige. Auch Lorenz sei wegen Geisteskrankheit längere Zeit in Anstalten interniert gewesen und habe erst im Jahre 1920 als geheilt seine Freiheit zurückerhalten. Wenn er auch im Augenblick als geheilt zu betrachten sei, so müsse man ihn doch als geisteschwach bezeichnen. Er sei sehr leicht beeinflussbar und als Kollaborant ein äußerst willensschwacher Mensch. Beide Angeklagten leiden im Augenblick nicht an einer Geisteskrankheit und seien für ihre Handlungen verantwortlich. Der Staatsanwalt erklärte auf Grund der Beweisaufnahme, daß er die Anklage fallen lassen müsse. Es bestehe zwar der Verdacht, daß die Absichten Kaldorffs ernst gewesen seien; nachdem aber alle Zeugen erklärt haben, daß sie seine Aufforderungen und seine Pläne nicht ernst genommen hätten, sei der erforderliche juristische Tatbestand nicht mehr gegeben.

Das Gericht sprach die Angeklagten nach längerer Beratung frei.

In der Begründung des Urteils hieß es unter anderem, daß die Beweisaufnahme nicht ergeben hätte, daß die Gespräche, die der Angeklagte Kaldorf geführt hat, sich anders, als er geschildert abgepielt hätten. Eine Verabredung sei aber in solch einem Falle nicht gegeben. Um so mehr als nach der Aussage des Zeugen Greulich Lorenz ihm gesagt habe, „ich verstehe den Kaldorf nicht“ und auf seine Warnung gemeint habe, „du hast recht“. Es sei deshalb unmöglich gewesen festzustellen, daß eine Verabredung stattgefunden habe. Andererseits konnte auch nicht festgestellt werden, daß seitens des Angeklagten Kaldorf eine Aufforderung dritter Personen zu einem Verbrechen stattgefunden habe. Niemand von den Zeugen hat an die Ernstlichkeit der Absichten des Angeklagten geglaubt. So mußte der Angeklagte trotz erheblicher Verdachtsmomente freigesprochen werden. Dasselbe galt für Lorenz, der nicht verpflichtet gewesen sein konnte, über Kaldorffs Pläne, an deren Ernstlichkeit er selbst nicht geglaubt habe, den Behörden Mitteilung zu machen.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt in dieser Woche Mitglieder der Partei. Leser dem „Vorwärts“

gekillt werden“, hat schon allerlei auf seinem Straßerbois gesehen. Aber auch ihm ist der § 51 zugute gekommen. Dieser notorisch Geistesranke tonnte in der Münchener Räterepublik eine Rolle spielen. Als er deshalb vor den Münchener „Völkern“ stand, galt freilich der Unzurechnungsfähigkeitsparagraf nicht mehr für ihn. Aber als er von der Freiheitsstrafe zurückkehrte, die ihm wegen seines „Räterommunismus“ zuteil wurde, da fand er in der Hitler-Truppe diejenige Kameradschaft, in der Leute seines Schlages wohlgekommen sind.

Auch Lorenz hat in dieser völkischen Bewegung eine Rolle spielen dürfen, und völkische Gesinnungs-genossen in vorgelegten Stellungen haben beide in das Siemens-Werk eingeschmuggelt. Dadurch wurden ehrliche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter genötigt, mit den zu allem fähigen völkischen Brüdern unter einem Dache zu arbeiten und sich jeder Gefahr auszusetzen, die dem völkischen Irrsinn entspringt. Das Werk, das dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Reichsbahn, Herrn v. Siemens, untersteht, wurde auf diese Art zu einer Versorgungsstelle für nationalsozialistische Desperados.

Als das Gericht, dem Antrage des Staatsanwalts folgend, die beiden Jammeregestalten freisprach, hat es auf die geistige Minderwertigkeit der Angeklagten ebenso Rücksicht genommen wie auf ihre Erklärung, daß der ganze Attentatsplan nicht ernst gemeint sei. In dieser Begründung steckt sicher ein Stück philosophischer Weltbetrachtung. Aber man muß sich doch in Erinnerung rufen, daß der Brief, den Kaldorf an Götz in München schrieb, ganz dem Geist entspricht, der in der internationalen Presse gegen Stresemann spukte und ganz der Tonart, die in der D. C., dem Vikingbund und ähnlichen Geheimverbänden gang und gäbe war.

Wenn die beiden notorisch Geistesranken oder doch geisteskrank gewordenen Angeklagten in der völkischen Bewegung tätig sein konnten, so ist das gewiß kein Ruhmesblatt für diese, aber sie waren dort der Hegepropaganda besonders ausgesetzt. Und ihr krankes Hirn machte sie besonders ausnahmefähig für jene Art von „Moral“, die in der völkischen Propaganda gepredigt wird und der erst jetzt vor dem Fremdausschuß in München der General Epp treudeutschen Ausdruck gab. Mag man die beiden Personen

Hilfe für Niederschlesien.

Im Ostauschuß des Reichstags fand am Mittwoch folgender Antrag einstimmig Annahme: „Die Provinz Niederschlesien ist als gefährdetes Ostgebiet anzuerkennen. Sie bedarf besonderer Fürsorge und materieller Unterstützung angesichts der Verluste von Gebiet und Hinterland sowie der Zerreißung wirtschaftlicher Zusammenhänge.“ Ferner wurde ein Antrag angenommen, der eine Einwirkung auf die Reichsbahn in dem Sinne fordert, daß die Nebenbahnen im östlichen Grenzgebiet schleunigst ausgebaut und der neuen Grenzführung angepaßt werden. Bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten wurde eine Erhöhung der Mittel für das „Sofort-Programm“ für den Osten um 12 bis 15 Millionen gefordert.

Die Branntweinabstimmung in Norwegen.

Die Mehrheit gegen das Verbot.

In Norwegen fand am Sonntag eine Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung des Branntweinverbotes statt. Während 1919 für das Verbot 489 000 Stimmen abgegeben wurden und nur 305 000 Stimmen dagegen, also die erhebliche Mehrheit von 184 000 Stimmen für die Einführung eines Branntweinverbotes war, wurde diesmal die Aufrechterhaltung des Verbotes mit 510 500 gegen 405 800 Stimmen abgelehnt. Mit dieser Abstimmung ist das Verbot nicht aufgehoben. Das Ergebnis wird erst dem Parlament vorgelegt, das endgültig über die Aufrechterhaltung des Verbotes und über die Maßnahmen zu beschließen hat, die an seine Stelle treten sollen.

Wenn auch die jetzige Mehrheit gegen das Verbot viel geringer ist, als 1919 die Mehrheit für das Verbot war, so hat sich dennoch ein Umschwung vollzogen. Hierfür sind viele Ursachen verantwortlich. Einmal die Herabsetzung des Wahlalters von 25 auf 23 Jahre, die naturgemäß die Verbotsgegner begünstigte. Dann waren die Verbotsgegner 1919 nicht organisiert, während sich die an der Branntweinproduktion und dem Vertrieb interessierten Kreise seitdem zusammengeschlossen hatten. Dann war auch das Verbot nicht leicht

durchzuführen gewesen. Die Grenzen Norwegens sind ungeheuer langgestreckt, namentlich die 2800 Kilometer lange sehr vielgestaltige Küstenlinie ist schwer zu überwachen. So war der Kampf gegen den Schmuggel ausländischen Branntweins, wenn auch nicht unwirksam, so doch verhältnismäßig kostspielig.

So ist das Abstimmungsergebnis dieses Jahres absolut kein Ausbruch dafür, daß nun jede Alkoholverordnung fortzufallen habe. Wenn Männer wie Ransen und Amundsen, sowie die Witwe des Dichters Bjørnstjerne Bjørnson in einem Aufruf für die Aufhebung des Verbotes eintraten, so geschah das mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß ein bloßes Verbot nicht der einzig richtige Weg zur Bekämpfung des Trunksüßens sei und die Abnahme der Stimmzahl der Verbotsanhänger ist nur so zu verstehen, daß auch viele Abstimmende für seine Aufhebung eingetreten sind. Sicher sind das die Kreise, zu denen viele Männer in der Sozialdemokratischen Partei gehören, die schon wiederholt darauf hingewiesen haben, wie sehr Abstinenz und Mäßigkeit in den Jahren vor dem Verbot infolge der Agitation der Arbeiterparteien und der gemäßigten Abstinenzler zugenommen hatten, und die wünschen, daß der Staat die Millionen, die er während des Verbotes für den Kampf gegen Schmuggel und Geheimbrennerei ausgab, zur Hebung der Volksbildung und Unterstützung der Aufklärungsarbeit über die Schäden des Alkohols zur Verfügung stellt. Eine andere Strömung weist darauf hin, daß Schweden mit seiner Rationierung des Alkohols und Dänemark mit seinen hohen Alkohollizenzen beweisbar die Quantität des im Lande getrunkenen Alkohols sehr eingegrenzt habe, ohne die Schäden und Belästigungen eines Verbotes.

Fügt man noch hinzu, daß die Abstimmung das Gemeindefreistimmungsrecht nicht berührte, so kann man nur noch einmal betonen, daß das norwegische Volk sich nicht für den Alkohol ausgesprochen hat. Es hat einen ungeeigneten Weg der Alkoholkämpfung abgelehnt. Sache des Parlaments wird es sein, den besseren zu finden. Man wird wahrscheinlich das Verbot nur Schritt für Schritt abbauen und eine staatliche Kontrolle über Produktion und Verkauf des hochprozentigen Alkohols beibehalten.

Revision des Arbeitsbeschaffungsprogramms.

Kanäle oder Meliorationen?

Der schwächste Punkt in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung war gerade der Teil des Programms, auf den die größten Hoffnungen gesetzt waren: das Kanalprogramm. Wie viele Schöpfen vor drei Monaten die Kanalprojekte hervor, bis dann plötzlich ein jäher Rückschlag eintrat. Eine Fülle von Hemmungen und Widerständen machte sich bemerkbar. Ein Teil dieser Widerstände liegt darin, daß jede Provinz, die zu den Kosten herangezogen werden soll, mit Gegenforderungen auf Stichkanäle und dergleichen anrückte. Der tiefere Grund jedoch, warum es mit dem Kanalprogramm nicht vorwärts ging, liegt darin, daß

Reich und Preußen in der Kanalfrage verschiedene Wege gingen.

Das preussische Staatsministerium kann sich nicht dafür begeistern, Schiffahrtsstraßen zu bauen, die eigentlich eine Sache des Reiches sind. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm will den Bau von Schiffahrtsstraßen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge finanzieren. Das bedeutet, daß Reich und Länder zu den Kosten beitragen müssen. Preußen wollte deshalb auch den Bau des Kanalwerkes von Dittmarch aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm herausgenommen haben, weil seine Durchführung Reichssache sei.

Im preussischen Handelsministerium steht man den Kanalplänen, vor allem jenen der Kohlenregion, mit großer Skepsis gegenüber. Man hält daran fest, daß Kanäle immer erhebliche Zuschüsse fordern und daß deshalb nur mit großer Vorsicht an neue Kanalbauten herangegangen werden könne. Vor allem könne man keine Kanäle bauen, die in erster Linie dem Kohlentransport zu dienen bestimmt sind. Man müsse damit rechnen, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die ganze Kohlenwirtschaft umgestellt werde. Wenn die amerikanischen Ölproduzenten der deutschen Kohlenwirtschaft Hunderte von Millionen anbieten (?), damit noch einige Jahre mit der Durchführung des Bergiusverfahrens gearbeitet werde, dann sei Zurückhaltung am Platze. Man müsse damit rechnen, daß der gleiche Effekt, den man mit dem Kanalbau erreichen wolle, mit Rohrleitungen und ähnlichem zu erzielen sei.

Preußen will natürlich nicht mit seinem Widerstand gegen die Kanalbauten die Arbeitsbeschaffung beeinträchtigen. Es schlägt deshalb vor, an Stelle des Kanalbauprogramms

ein großes Meliorationsprogramm

(Gewinnung neuen Ackerlandes, Schutz gegen Ueberschwemmungen, Verbesserung der Wasserwirtschaft zur Hebung der Produktivität des Kulturlandes u. dgl.) zu sehen. Preußen hat auch bereits in diesem Sinne ein Programm ausgearbeitet, zu dessen Finanzierung rund 300 Millionen Mark notwendig sind und wozu finanzielle Unterstützung vom Reich gefordert wird. Gegen den Ausbau bereits begonnener Kanäle, z. B. des Kanals Hamm-Alppstadt oder des märkischen Kanals hat Preußen nichts einzuwenden, da man natürlich anfangende Bauten nicht liegenlassen könne, sondern dafür sorgen müsse, daß unter dem zum Teil bereits fertigen Brücken die Kanäle hindurchgeführt werden.

Die Argumente des preussischen Staatsministeriums, das, wie wir hören, in dieser wichtigen Frage eine einheitliche Auffassung hat, können nicht mit einer Handbewegung abgetan werden. Auf der anderen Seite kann aber auch nicht das ganze Kanalbauprogramm lang- und langsam einmariert werden. Im Interesse der Arbeitsbeschaffung wäre daher eine baldige Verständigung zwischen Reich und Preußen dringend erwünscht.

Ist die Arbeitszeitverordnung außer Kraft?

Eine dankbare Aufgabe für die Gewerbeaufsicht.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung bezweckt, die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Der Arbeitsminister sendet Rundschreiben über Rundschreiben an die Dienststellen, an die Unternehmerverbände zur Befolgung der Doppelverordnungen und der überlängten Arbeitszeit.

In Berlin am Kronprinzenufer scheinen die Unternehmer der Binnenschifffahrt keine Rücksicht auf diese Bestimmungen zu nehmen, dort wird sehr oft bis in die späte Nacht hinein gearbeitet. Besonders fällt hier die Firma Rothendücker, Naack u. Südecke auf. Am Dienstag, dem 19. Oktober, wurde bei dieser Firma noch gegen Mitternacht gearbeitet.

Ogleich die Arbeitszeitverlängerung nur in bestimmten Fällen eine Ueberschreitung der Arbeitszeit um wenige Stunden vorsieht — in dem Tarifvertrag für die Schiffsfahrer ist die achtstündige Arbeitszeit vereinbart — wird in der Regel diese Arbeitszeit ganz erheblich überschritten. Arbeitszeiten von 12 bis 16 Stunden sind keine Seltenheiten. Würden die Schiffsfahrerfirmen durch die Gewerbeaufsicht gezwungen, die normale Arbeitszeit einzuhalten, so könnten Arbeitslose untergebracht werden. Herr Gewerbeaufsichtsrat, hier ist eine dankbare Aufgabe!

Der Streik in der Zentralheizungsindustrie.

Sämtliche Angestelltenverbände beteiligt.

Der Streik der Angestellten wird mit unverminderter Energie fortgesetzt. Auch am Mittwoch hat sich die Zahl der Streikenden vergrößert. Gleichfalls haben sich verschiedene Firmen bereit erklärt, die Forderungen der Streikenden zu erfüllen. Der Schlichter von Groß-Berlin hat im Einverständnis mit den Arbeitgebern die Verhandlungen bereits auf heute früh 9½ Uhr festgelegt. Am Mittwoch hat auch der Deutsche Handlungsgewerkschaftenverband sich dem Streik angeschlossen, was vom Verband weiblicher Bureau- und Handelsangestellten bereits Dienstag gesehen ist. Der Streik ist damit allgemein. Die Dauer des Streiks ist von der Stellungnahme der Arbeitgeber in ihrer Generalversammlung und ihrem Verhalten in den heutigen Verhandlungen beim Schlichter abhängig. Die Stimmung der Streikenden ist sehr gut und zuversichtlich. Ueber die heutigen Verhandlungen berichtet die Streikleitung in der *Berliner Zeitung* heute abend 7½ Uhr im Nordischen Hof, Großer Saal, Invalidenstr. 126.

Die außerordentliche Generalversammlung der Unternehmer, die gestern stattfand, dürfte eine Klärung der offensichtlich sehr starken Meinungsverschiedenheiten im Unternehmerlager nicht gebracht haben. Mit Bestimmtheit ist jedoch zu erkennen, daß durch diese Verammlung eine *Revolutions* ausgelöst wurde, die für bestreikte Unternehmerverbände nach den bisher gemachten Erfahrungen als ungewöhnlich angesprochen werden muß.

Bedeutende Firmen haben telephonisch das Streiktotal wiederholt angeufen und den nähen Wunsch geäußert, mit ihren Angestellten in einer von ihnen einzuberufenden Betriebsversammlung zu sprechen. Der Zweck dieser Aussprache sollte darin bestehen, die Angestellten „einwandfrei“ zu informieren, nachdem sie von den Organisationsvertretern offensichtlich „falsch“ unterrichtet und verhetzt worden seien.

Von der Streikversammlung, der von dieser wahrscheinlich einzigen Parole, die der Arbeitgeberverband heute herausbringen konnte, Kenntnis gegeben wurde, ist diese Mitteilung mit großer Heiterkeit aufgenommen worden. Die Streikleitung hat, obwohl es an sich überflüssig ist, beschlossen, daß kein Angestellter, der sich im Streik befindet, ohne Zustimmung der Streikleitung mit seinem Unternehmer Fühlung nehmen darf.

Ueber die allgemeine Streiklage ist noch zu sagen, daß die Zahl der Streikenden, die sich in die Listen einträgt, ständig wächst; die Haltung der in den Betrieben befindlichen Arbeiter (Kohlerger und Helfer) ist musterhaft. Sie lehnen jede Zusammenarbeit mit Streikbrechern mit Entschiedenheit ab und nehmen an dem Verlauf des Kampfes — wie das aus den vielen Meldungen, die bei der Streikleitung eingehen, ersichtlich ist — wärmsten Anteil.

Die Zentralstreikleitung.

Günther, Lange, Bräunlich, Fink, Jentsch, Eisenbraun.

Voller Streikerfolg.

In der Badeapparateindustrie.

Wegen des Streiks in der Badeapparateindustrie fanden gestern vormittag auf Veranlassung der Unternehmer Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß statt. Der Streik war bekanntlich deshalb ausgebrochen, weil die Unternehmer sich weigerten, die ab 1. Oktober für die übrigen Bauklemmpner automatisch eingetretene Lohnerböhung von 1,30 M. auf 1,35 M. bis zum 31. März 1927 anzuerkennen. Sie hatten sich wohl zur Zahlung dieser erhöhten Löhne bis zum 31. Dezember bereit erklärt, verlangten aber dann Verhandlungen über eine Reusfestlegung der Löhne und Akkorde. Sie wollten, mit anderen Worten gesagt, die zu diesem Zeitpunkt einsetzende Geschäftsklause ausnützen, um dann eine Lohn- und Akkordreduzierung durchsetzen zu können.

Die Badeapparateklemmpner verlangten von den Unternehmern, daß sie die am 1. Oktober eingetretene Lohnerböhung genau wie im Bauklemmpnergewerbe unterändert bis zum 31. März 1927 auch auf ihre Beschäftigten anwenden, zumal sie sich bisher stets nach den im Bauklemmpnergewerbe üblichen Löhnen, auch als diese vermindert wurden, gerichtet haben.

Nach längeren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß gaben die Vertreter der Unternehmer die protokolllarisch festgelegte Erklärung ab, daß bis zum 31. März 1927 eine Veränderung der Löhne und Akkorde nicht vorgenommen, der Streik nicht als Arbeitsunterbrechung angesehen und keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen. Die Streikenden nahmen am gleichen Tage zu dem Verhandlungsergebnis Stellung und beschloßen, heute (Donnerstag) die Arbeit in allen Betrieben geschlossen wieder aufzunehmen, da ihre Forderungen restlos erfüllt worden sind.

Diesen vollen Erfolg in der Badeapparateindustrie danken die Streikenden vor allem dem Umstande, daß sie fast restlos organisiert sind. Sie dürfen aber nun ob des erzielten Erfolges nicht träge werden, sondern müssen dafür sorgen, daß die wenigen Unorganisierten der Organisation auch noch zugeführt werden. Dieser Kampf ist nicht der letzte gewesen; er war nur ein Abwehrkampf. Es muß im Frühjahr möglich sein, die Unternehmer, die sich bisher jedem Tarifabschluß entzogen haben, entweder zur Anerkennung des Bauklemmpnerlohns oder zum Abschluß eines besonderen Tarifes für die Badeapparateindustrie zu zwingen.

Saboteure des Achtstundentags.

Der „revolutionäre“ Industrieverband, Gruppe Verkehr.

Seit einigen Monaten stehen die im Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands organisierten Mitglieber in einem zähen, unermüdbaren Kampf mit der Reichsbahnverwaltung und ihrem vielfach rücksichtslos eingestellten Beamtenapparat um eine Neuregelung der zur Unerträglichkeit gewordenen Arbeitszeit und um Abänderung der Dienstdauervorschriften. Die Organisationsleistungen der Tariforganisationen sind aus dem Stadium der Vorbereitungsarbeiten heraus. Die Werkstättenarbeiter haben bereits die Unterstützung ihrer Werkstätten zur versuchsweisen Einführung des Achtstundentags resp. Herbeiführung eines frühzeitigen Bodenendes. Auch in den Berufsgruppen der Betriebsarbeiter, die unter die Dienstdauervorschriften fallen, macht die Bewegung immer größere Fortschritte.

Anders liegen die Dinge dort, wo der in einzelnen Dienststellen noch vorhandene „Industrieverband, Gruppe Verkehr“ (Richtung Schmidt-Schäfer-Bolz) sein Dasein fristet. Als berufsmäßige „Klassenkämpfer“ fragen die Mitglieder dieser faschistischen Organisation den Teufel danach, ob das Ueberstundenunwesen, oder die auf Wunsch eines nach Leistungsprämien hungernden Dienstvorstehers eingelegte siebente Schicht verhindert wird oder nicht.

Der Betriebsrat der Bahnmüllerei 101, Richtung Industrieverband, stimmte zu, daß einige von der Bahnmüllerei 101 nach der Güterabfertigung Keufölln zur Aushilfsarbeit übermiesene Zeitarbeiter die siebente Schicht arbeiten. Selbst die zuständige Stelle ist maßlos gegenüber diesen Elementen, weil sie sich freiwillig anbieten. Lehnische, aber gefährlichere Elemente sitzen im Betriebsrat der Güterabfertigung des Stettiner Bahnhofs. Wir nennen nur den Namen Schmidtke, Industrieverband. Daß es noch immer eine Anzahl Dienststellenleiter gibt, die mit derartigen Stummimännern durch dünn und dick gehen, darüber braucht man sich freilich nicht zu wundern.

Also, wer Ueberstunden schieben will oder mit der 54-Stundenwoche oder mit sechs Schichten noch nicht zufrieden ist, das heißt leben oder acht Schichten schuften will, schließte sich möglichst schnell dem Verein der Saboteure des Achtstundentags, Richtung Schmidtke, an.

Niederländischer Gewerkschaftskongress.

Ablehnung der Vorschläge von Steenhuis.

Amsterdam, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der 13. Niederländische Gewerkschaftskongress, der vom 18. bis 20. Oktober im Utrechter Eisenbahnerhaus tagte, war von 214 Delegierten, die 28 holländische Gewerkschaften vertraten, besucht. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die „Steenhuis-Frage“, d. h. die Frage der bedrohten Einheit der niederländischen Gewerkschaftsbewegung. Bekanntlich bestehen, seitdem Steenhuis auf dem Rotterdamer Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Verschmelzung der Partei und Gewerkschaften zu einer Labour-Party propagierte, Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Hauptvorstandes.

Der Bundesvorsitzende Steenhuis stellte in seiner Eröffnungsrede zunächst mit Genugtuung fest, daß die Mitgliederzahl des Gewerkschaftsbundes auf 200 000 gestiegen ist. Trotdem warnte er vor Optimismus. Er wies auf die große Arbeitslosigkeit hin und betonte, ein Wiedererleben der europäischen Wirtschaft sei nur möglich, wenn es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen Westeuropa und Rußland komme. Scharfe Kämpfe um das Existenzminimum und die Arbeitszeit ständen bevor. Steenhuis besprach dann die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften. Das Wesentliche, betonte er, sei, die richtigen Formen einer Zusammenarbeit zu finden.

In der allgemeinen Aussprache erklärte der Vorsitzende des Zentralverbandes niederländischer Beamter, Genosse Noordhoff, Steenhuis entfremde sich dem Bund und passe sich nicht der Stellung an, die die Gewerkschaftsbewegung ihm angewiesen habe. Genosse Hilmstra vom Niederländischen Landarbeiterverband erklärte, Steenhuis habe in seinem Kampf gegen Firmen immer mehr dessen Standpunkt eingenommen. Genosse de Jong vom Fabrikarbeiterverband bedauerte Steenhuis' übereilten Bog-

fortschritt gegen Stalin. In ähnlicher Weise nahmen noch mehrere Redner gegen Steenhuis Stellung. Am zweiten Kongress tagte zunächst der Hauptvorstand zusammen, worauf nach Eröffnung der Verhandlungen Steenhuis eine Erklärung abgab, in der er versicherte, unmittelbar nach der allgemeinen Tagung im geschäftsführenden Vorstand eine offene Aussprache herbeizuführen und daran mitzuarbeiten, daß alle Maßnahmen getroffen werden, wodurch ein gemeinsames Auftreten der Leitung auf der Grundlage der von der Hauptvorstandstagung vom 28. Mai dieses Jahres angenommene Entschlüsse künftig in jeder Hinsicht verbürgt wird.

Diese vorläufige Kompromißlösung der Steenhuis-Frage wurde vom Kongress mit lautem Beifall aufgenommen.

Die Streiklage in England.

London, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Feldzug der Exekutive des Bergarbeiterverbandes in Mittelengland ist in vollem Gange. Er hat außer der Verminderung der Anzahl der Arbeitswilligen in Mittelengland nunmehr auch eine weitere Folge zeitigt, indem es zu einem Friedensschluß im Schoße des Bergarbeiterverbandes des Distriktes Nottingham, wenigstens für den Augenblick, gekommen ist. Die 25 abgesetzten Delegierten haben sich nach einer Aussprache mit der Exekutive bereit erklärt, sich der Mehrheitsentscheidung des Distriktes zu unterwerfen. Das bedeutet, daß diese Delegierten, soweit sie Arbeiter sind, die Arbeit im Sinne der offiziellen Verbandspolitik einstellen werden, soweit sie Funktionäre sind, im Sinne der Politik des Verbandes arbeiten werden. Die Gefahr der Spaltung des Verbandes in jenem Distrikt scheint damit endgültig beseitigt. Der nächste wichtige Schritt ist die für Donnerstag verabredete Besprechung mit dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes des Distriktes Leicestershire, da in jenem Distrikt die Arbeiter bekanntlich auf Grund eines offiziellen Beschlusses des Distriktes zur Arbeit zurückgekehrt sind. Die von der Exekutive der Bergarbeiter erbetene gemeinsame Sitzung mit dem Generalrat der Gewerkschaften wird nunmehr am Freitag stattfinden. Die Exekutive wird hierbei dem Generalrat ihre Forderung nach einer prozentualen Lohnabgabe für die Bergarbeiter und nach einer Transportperre für Kohle vorlegen.

Kongresse der Arbeitsschweizer und der Gewerkschaften. In der vom Zentralverband der Arbeitsschweizer für den 21. Oktober, 7½ Uhr, in den Raststätten, Kaiser-Wilhelm-Str. 21, einberufenen Versammlung sprach ein Stellvertreter des Zentralverbandes der Arbeitsschweizer, Genosse von Kell, über: „Erwerbslosenfrage und Gewerkschaften“. **Arbeits-Gewerkschaften.** Heute, Donnerstag, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: „Kobalt-Gruppenheim“ (Schlichter) Jugendheim Bremer Ad. Weisstraße, Fortsetzung des Vortrages: „Die Stellung des Betriebs im Betriebe“. — „Rheinberg“ Jugendheim Parkweg 10. Wir leben. — „Königsplatz“ Jugendheim Germania-Str. 5. Fortsetzung. — „Tempelhof“ Jugendheim Germania-Str. 45. Vortrag: „Das Erwerbslosenproblem und die Gewerkschaften“. — „Schöneberg“ Jugendheim Reichenderer Str. 66. Vortrag: „Lebensreform und Klassenkampf“. — „Grunzow“ Jugendheim Götterburger Str. 2. Vortrag: „Das Räbden in der Jugendbewegung“. — „Spandau“ Jugendheim Hindenburg 1. Vortrag: „Entwicklung und Entwicklung der Erde“. — „Mitte“ Jugendheim Neue Straße 21. Wir leben aus „Marx' Tausch Klassenbuch“. — „Friedrichshagen“ Jugendheim Rigauer Str. 102/103. Niederländer mitbringen! Beut mit bringen!

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: Arthur Cohnstamm; Gewerkschaftsbewegung: J. Scheiner; Revolution: R. A. Schöler; Solofes und Co. in Berlin; K. in Berlin; Anzeigen: A. Glaser; Familien in Berlin. Verlag: Norddeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche-Verlagsgesellschaft und Verlagsgesellschaft Wolf Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 1, Telefon 2 26 00 und „Unterhaltung und Wissen“



Bewahren Sie Ihrem Liebling

das duftende Seidenhaar des Kindes, das man so gerne streichelt und küßt. Pflegen Sie es ständig mit **ELIDA-Haarpflege**, die gründlich reinigt und absolut unschädlich ist.

Prachtvoller Glanz und entzückende natürliche Wellen sind der sichere Erfolg einer Waschung mit

ELIDA

HAARPFLEGE

Caution vorhanden.



Ein schlichter erwerbsloser Mann aus dem Volk, intelligent und gemüht, schildert hier seine Erlebnisse mit Berliner Kautionshändlern. Wir haben absichtlich an der Darstellung so wenig wie möglich geändert. Den Behörden sei die Beachtung der hier abgebildeten Zustände sehr empfohlen.

Selten kann man in der Welt so viel Schwindel und Betrug finden, wie gerade in einer Großstadt. Raubstehend will ich Erlebnisse, die ich hier in Berlin binnen drei Tagen gehabt habe, schildern. Vorausgesetzt sei, daß ich durch verschiedene Erfahrungen, durch die ich in der vergangenen Zeit viel Geld habe zusehen müssen, sehr vorsichtig geworden bin. Während der Saison war ich in einem größeren Hotel eines Ostseebades beschäftigt und hatte mir während dieser Zeit etliche hundert Mark zusammengeparnt. Froher Hoffnung voll fuhr ich nach Berlin mit dem guten Gedanken, bei Verwertung meines sauer ersparten Geldes als Kautionshändler eine gesicherte Stellung zu bekommen; aber wie sehr ich mich in dieser Hinsicht getäuscht habe, wird man gleich erfahren.

Einige tausend Mark Kautions verlangt.

In einer der größten Berliner Zeitungen gab ich folgendes Inserat auf: „Suche mit etlichen hundert Mark gute gesicherte Stellung. Angebot an usw.“ Der Erfolg war verblüffend. Am anderen Tage kam ich mit einer ganzen Hand voll Offerten aus der Zeitungswelt heraus und stürzte mich nach Hause, um mir so schnell wie möglich die beste herauszufinden. In diesen Offerten wurden mir brillante Angebote gemacht; große und außergewöhnlich gut klingende Firmennamen prangten in Golddruck auf der Kopfseite des Briefbogens. Andere hatten sehr gut aussehende Geschäftskarten gedruckt. Nur wenige benutzten einfache Briefschaften. Ich suchte mir die ersten genannten heraus, die äußerlich einen soliden Eindruck machten — es waren vier Stück —, und ging nun, von neidischen Blicken arbeitsloser Freunde verfolgt, sehr selbstsicher am anderen Morgen los.

In einem äußerst gediegenen Bureau einer sehr guten Straße des Berliner Westens sah ich dann einem der Herrn Geschäftswelt gegenüber. Eine äußerst imposante Erscheinung, die mir in gelassenen Worten erklärte, daß eine Vertrauensstelle in seinem Berliner Reklamebureau frei wäre; da ich aber mit sehr viel Geld umzugehen hätte, müßte ich eine Kautions von einigen tausend Mark stellen; er bot mir dann auch ein sehr verlockendes Gehalt an. Run hatte ich wohl ein paar hundert Mark bar und hätte ihm auch noch ein Grundstück sicherstellen lassen können; aber das war ganz ausgeschlossen, das Geld muß bar und im eigenen Geschäft angelagt sein. Es sollte dann pro Monat mit 5 Proz. verzinst werden. Daraus riet er mir noch dringend, eine Hypothek aufzunehmen, und erklärte zum Schluß, daß mir solche eine Stellung wohl nicht mehr angeboten werden würde. Ich sollte ihm recht bald meinen Entschluß bringen.

Unten fragte ich den Portier, was das eigentlich für eine Firma sei? „Keine Ahnung! Wat der eigentlich treibt, wech keener.“ Da wußte ich schon Bescheid und hatte genug.

Also auf zur zweiten Sache; ebenfalls im Westen, vornehmes Haus, gutmöbliertes Bureau. Dr. jur. Nach dem formellen Hin und her bietet er mir zum 1. Oktober eine Stellung als Bureauhilfe, Einkassierer und Reisebegleiter an. 150 M. Anfangsgehalt, bis ich mich eingearbeitet hätte. Meine Einlage wird bankmäßig verzinst; ich bat um einige Tage Bedenkzeit. Er war auch ganz einverstanden, daß ich mir erst noch die anderen Sachen ansehen wollte, und fügte noch gutherzig hinzu, daß er mir alles gute wünscht. Sollte mir jemand 200 M. bieten, so würde er es auch nicht übernehmen, wenn ich dort anfangen will. Ich schiedem im besten Einvernehmen. Diese Stellung wollte ich mir wormhalten, wenn sich nichts Besseres bieten sollte.

Die beiden anderen Offerten waren Reiseposten auf Taschenlampen, Batterien, Glühbirnen usw. und auf Saisongüter. Keiner der wollte ich nicht werden, dafür bin ich absolut nicht geeignet. Trotzdem wollte man mir ganz gegen meinen Willen diese Posten aufhalsen; verdächtig war, daß man soviel Kautions haben wollte. In der Hoffnung, am anderen Tage etwas Besseres zu finden, ging ich niedergedrückt nach Hause.

Spezialität: Bouillonwürfel und Glühstrümpfe.

Am anderen Morgen zog ich guten Mutes wieder los. Ein Besuch mit einem Erfinder, der mir mit einer genialen Sache meine Zukunft sichern wollte, ging fehl, weil der Erfinder nicht zu Hause war. Sodann begab ich mich zu einem Trifotogengeschäft in Wilmersdorf, dessen Inhaber mir durchaus plausibel machen wollte, daß ich mit einem Hausflurband ein „Schweinegeld“ verdienen könne. Wertwürdig nur, daß er selber sein solides Ladengeschäft einem Hausflurband vorzog. Dann aber wanderte ich nach der R-Straße zu einem Kaffagrossisten. Spezialität: „Bouillonwürfel und Glühstrümpfe!“ Ein etwas altertümliches Bureau voller Geschäftsbücher und Kladden. Ein alter, ehrwürdig aussehender Kaufmann spricht sich sehr offen aus. Sein Bureaufräulein sei krank. Er könne auch

schlecht mit einem Fräulein arbeiten und habe sich entschlossen, einen Herrn einzustellen. Wir wurden einig über das Gehalt und auch über die Einlage. Ich hatte zweifellos einen sehr guten Posten erwirbt und der Vertrag sollte am Freitag gemacht werden. Ueberaus freudig gestimmt, verließ ich das Bureau und kehrte in dem gegenüberliegenden Haus in einem Lokal ein, einen Schoppen zu trinken. Beim Trinken fragte ich so nebenher den Wirt, wie das „Geschäft dort drüben“ geht? Der Wirt guckt mich eine Weile ganz merkwürdig an und sagt dann mit einem treuen Grinsen „Janz gut!“ Natürlich merkte ich sofort, daß er etwas ganz Bestimmtes meint. Er nahm mich dann treuherzig beim Rockärmel. „Was ich dann zu hören bekam, darauf war ich doch nicht gefaßt. In der Erinnerung habe ich noch Worte wie: „Zählerei deswegen gelessen... überall Schulden... Kriegenormalien um ihre ersparten paar Groschen gebracht... sehr schlauer Fuchs, kann ihn auch keiner gerichtlich zur Rechenschaft ziehen, weil er alles sehr fein einjadeln kann.“ Also ich mich vom ersten Schreck erholt hatte, trank ich mit dem Wirt noch zwei Schnäpfe und verließ aufatmend das Restaurant, das mir vielleicht mein Geld gerettet hat.

Drei weitere Versuche führten mich noch zu einem Revisor, der eine Zeitschrift herausgeben wollte, zu einer Firma, die einen Reiseposten auf Provision abgeben wollte und zu einer kleinen pleitegegangenen Konstruktionsfabrik, die mit meinen paar hundert Mark sich wieder herauerrappeln wollte. Ich verzichtete überall. Mühselig ging ich heim.

In der Höhle des Löwen.

Am nächsten Tag machte ich nun den letzten Versuch und wollte dann, wenn auch der schiefgeschlagen sollte, zu dem Dr. jur. zurückkehren und den an zweiter Stelle angebotenen Posten nehmen. Suchte mir also noch eine Offerte heraus und ging damit in das in der nächsten Nähe des Alexanderplatzes gelegene Bureau. Oben begrüßte mich ein älterer gut aussehender Herr sehr freundlich und fragte mich höflich, mit was er dienen könnte; ich erklärte ihm, daß ich mich um die angebotene Vertrauensstellung bewerben möchte. Er lud mich freundlichst ein, ihm in ein anderes Zimmer zu folgen. In demselben befanden sich vier weitere Herren, die, wenn auch gut gekleidet, mir absolut kein Vertrauen einflößen konnten. Einer der Herren fragte mich dann kurzerhand, ob ich Lust hätte, in einem Defektlo- und Auskunfts-bureau anzufangen. Natürlich, erwiderte ich, die Hauptsache wäre für mich, eine gute Stellung zu bekommen. Na, das trifft sich herrlich, sagte er, zuvöllig ist der Herr gerade anwesend. Mit diesen Worten übergab er mich einem ziemlich robusten Manne, welcher mir gegenüber auf einem Stuhl Platz nahm; ich konnte mich einer innerlichen Unruhe nicht erwehren und umspannte in der Tasche kraustoll meinen Hauschlüssel. Mein Gegenüber fand sich nur sehr schlecht in seine Rolle. Unsicher fragte er nach meinem Beruf und ob ich auch schreiben könne. Als ich bejahte, stellte er sofort ungewöhnliche Begehr für meinen zukünftigen Beruf fest, und erklärte mir, daß ich ihm äußerst gut gefalle und er sich gar keinen besseren

Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Lizzi blieb auf ihrem Platz in der Sofaecke sitzen, was sie sonst nie tat, und stellte mancherlei wenig zusammenhängende Fragen an Bruno. Sie war ganz ohne ihre Ruhe und Sicherheit: nervös, zerrissen. — Er wagte nicht, zum Klavier zu gehen.

„Gehen Sie vielleicht nächste Woche wieder zu Ihrem Vater zurück?“ fragte sie dann unvermittelt.

Bruno erzählte ihr, sein Vater sei zwar da gewesen, aber im Grunde recht zufrieden wieder gegangen, als ihm Bruno versichert, er werde ihn, so oft es seine Zeit nur erlaube, besuchen.

Krösch kam. Lizzi war feineinweg nach Tisch dageblieben, merkte Bruno erstaunt. Krösch kam fast alle Tage, aber immer ängstlich, mit Widerstreben, Lizzi war gewöhnlich „eben im Fortgehen“ oder entschuldigte sich, sie habe viel zu lernen. Krösch fand dann ein Weibchen bei der Mutter in der Küche, erkundigte sich, welche Rollen Lizzi studiere, fragte, was es sonst Neues gab, nach Baron Viptus und schien sehr erstaunt, zu hören daß er nie herkam.

„Können Sie sich das erklären?“ fragte er ein übers andere Mal. Die Mutter seufzte. Bruno erfuhr dann, daß Lizzi mit Viptus draußen fort zusammensteckt, daß man sie überhaupt nur noch miteinander kenne.

Bruno nahm am Nachmittag das neue große Werk vor, das ihm kürzlich erst der Heidelberger Verlag gesandt hatte: Kirchenmusik eines ganzen Jahres in liturgischer Reihenfolge. Und glücklich stampfte er auf den knarrenden Parketten die Pedalstöne und sang sie mit keineswegs wohlklingendem, aber gewaltigem Haß zu den Akkorden seiner Finger ständen, ohne Boden, losgeschnitten in der Luft ständen.

Und im Eifer griff er zuweiten an den Seiten des Klavierdeckels nach den Registern umher oder stieß die taktierende Hand ungeduldig in die Luft, als der Chor nicht zur Zeit einfiel.

Kaffos verzweifelt hielt Bruno eines Nachmittags drei Notenzettel in ruhelosen Fingern und wartete auf Lizzi, obgleich er sicher war, sie würde eine wichtige Arbeit haben und ihm nicht helfen. Er ließ nichts unversucht. Der Chorleiter hatte ihm die Partitur eines Mendelssohnschen Frauenchors, weiß Gott, aus welchem nichtigen Grunde, erst heute, Freitag nachmittag, gesandt, und übermorgen sollte er ihn auf der

Orgel begleiten. Natürlich konnte er heute Krösch nicht verständigen; der war irgendwo auf einem Bau außerhalb der Stadt beschäftigt.

„Es gab so viele, die auf die Organistenstelle lauerten. Keinesfalls durfte er für sein Gebrechen jetzt Rücksicht ansprechen! Aber es schien fast ausgeschlossen, daß er den Frauenchor bis Sonntag einstudieren konnte. Lieber aber wollte er sein ganzes Jahresgehalt für das Diktieren dieser Nummer zahlen, als sie feineinweg ausfallen lassen.“

Mutter Weis kam atemlos. Sie hatte vergebens versucht, sich telephonisch mit Lizzi oder Krösch in Verbindung zu setzen.

„So ist also kein Ausweg mehr,“ sagte Bruno, und seine Zähne klangen aneinander.

„Durch einen solchen Zufall eine Stelle zu verlieren!“ klagte die Mutter. Wie? An derlei Folgen hatte er noch gar nicht gedacht. Am Ende war es gar eine Absicht des Chorleiters, dem ein sehender Organist bequemer sahien? Einige stumme Minuten saßen sie nun da in Aengstlichkeit und unterdrücktem Seufzer.

Da hatte Mutter Weis eine Eingebung: „Ziemlich nahe wohnt Lizzis Freundin Wilma Zehnen. Die kommt, wenn sie nur irgend kann, das heißt, wenn ihr Vater nicht wieder mal stirbt.“ Und sie lief schon.

Bruno erinnerte sich dunkel des Namens von dem Abend bei Fräulein von Krösch.

Als Wilmas erstes Wort in der reinen Zartheit ihrer Stimme durch das Zimmer klang, fühlte Bruno, daß sich seine Welt verwandelt. Unglaublich war der Ton, so voll fühlbar süßer Lieblichkeit und wie von einem Kind. Eine untrübliche Friedlichkeit fühlte man. Wie aus der Erinnerung, aber gewisser hörte er eine innige, fremdartige dunkle Weise wie auf einer subordinierten Biola ganz pianissimo.

Er war unbeholfen in dieser Stunde, als wären seine Glieder aus Lehm.

Sie machte nicht viele Einleitungen, ergriff den Frauenchor, der auf dem Tische lag und legte sich ans Klavier. Bruno hatte Papier, Stabstift und Schreibtafel schon vorbereitet. Er beeilte sich, die sanfte unpersönliche Sachlichkeit durch bescheidene Zurückhaltung zu erwidern und unterdrückte die warmen Reden von Dank und Güte.

Eine Unbehaglichkeit machte sich breit durch den trockenen Eifer, mit dem beide die Arbeit trieben und sagten, ohne aufzuwachen. Die Dame war erstaunlich musikalisch. Sie hatte sehr bald heraus, wie beim Uebertragen der Schwarzdrucknoten in die Braille-Schrift zu diktieren war. Sie wußte sogar mancherlei Vorteile zu ersinnen und hielt sich peinlich genau

an die Anleitung, die er im Ton schüchternen Bitten vorbrachte. Wie irrite sie sich darin, die Stimmen von der tiefsten aufwärts anzuordnen, nie las sie Akkorde in falschem Schlüssel oder in falscher Oktave. Beriet ihr einmal eine Stimme in die andere, hatte sie eine so rührende Art zu erschrecken und war so dröcklich bemüht, den Fehler wieder gutzumachen, daß Bruno wünschte, sie möchte sich öfter irren.

Der Frauenchor war in einem Stündchen abgeschrieben, obgleich ein Solo mit sehr bewegter Orgelbegleitung darin vorkam. Die letzten Punkte nach Bruno in steigender Erregung: Wird sie jetzt einfach gehen?

Der Klavierdeckel klappte zu. Langsam legte Bruno das Blatt aus der Tafel auf den Tisch und ließ mechanisch die Finger über die Zeilen streifen, um nachzusehen, oder der Griffel irgendwo daneben geblitten war. Aber er wußte gar nicht, was er las. Er lautete zum Klavier hin. Sie rührte sich nicht und sah seinen Fingern zu. Da gab er sich einen Ruck und erklärte ihr das System: Buchstaben und Noten.

„Es klopft, Herr Börsch!“

Bruno hörte sein eigenes „Herein!“ nicht, so kräftig und gleichzeitig erschien ein Gruß in hellem, hallendem Bariton. Mit ein paar legeren Formlichkeiten stellte sich Bankier Viptus, wie immer, von neuem vor. (Diesmal hatte ihn Bruno wirklich nicht erkannt.) Er bemächtigte sich eines Sessels und hörte zu.

Bruno ließ sich durch den Eindringling in seinem Vortrag nicht unterbrechen.

„Kann man denn aber von einer solchen Organistenstelle allein leben?“ warf der Bankier unvermittelt ein.

„Nein,“ sagte Bruno ohne Betonung und wandte sich mit seinen Erläuterungen gleich wieder an das schweigende Fräulein.

Als Lizzi kam, eilig mit ihrem nachdrücklichen Gang, winkte ihr Viptus, stille zu bleiben.

Bruno beirrt diese halb geahnten, halb wahrgenommenen Bewegungen, die über ihn hinweggingen, mehr als laute Geräusche. Er wurde unsicher, fühlte, was er dachte und sagte, von etwas Unbeeinflussbarem, Dunklem begleitet. Er suchte diese grandiose Verwirrung und Befangenheit ärgerlich zu überwinden.

Da sagte die Stimme tief und weich mit einem feinen leidenden Nebengeräusch wie eine subordinierte Biola: „Sie sind schon fort, die Weiden. Sie hören noch in ihrer Abwesenheit, nicht wahr?“

Wie ein Wunder erschien es ihm, daß sie so einfach und selbstverständlich dies ihm selbst kaum Fäßliche klar verstand. (Fortsetzung folgt.)

Man wünschte könne. 200 M. Gehalt, die ich pro Monat verlangt habe, drückte er noch pro forma auf 180 M. und wollte dann auch gleich den Vertrag machen. Tief bedauerte ich, die Einlage von 300 M. leider nicht bei mir zu haben, erklärte mich aber sofort bereit, sie gleich zu holen und dann die Sache schriftlich zu machen. Die allerseits enttäuschten Gesichter sehe ich jetzt noch immer vor mir. Nach einigem hin und her ließ man mich dann endlich in Frieden ziehen. Froh, aus der Höhle der Löwen, in der ich minutenlang auf alles gefaßt war, noch einmal heil herausgekommen zu sein, ging ich von dannen.

In aller Ruhe überlegte ich mir nun die ganze Geschichte. Weiter wollte ich nichts versuchen, sondern glattweg die Stellung bei dem Dr. jur. antreten. Stehe auf, gehe zur Haltestelle, um dort hinzufahren. Plötzlich ganz unversehens, kamen mir selbst in dieser Sache allerhand Bedenken. Doktor hin, Doktor her, wer weiß, was das eigentlich für eine Firma ist. Kurzerhand ging ich zum Polizeipräsidenten mit der festen Hoffnung, dort irgendetwas über diese Doktor-Firma zu erfahren. Aber... aber... eine ganze Rundreise machte ich dort. Von einem Dezernat zum andern wurde ich geschickt. Was ich wollte, konnte ich nirgends erfahren. Ich war traurig darüber, daß im Polizeipräsidenten kein Dezernat für solche Schwindelstricken existiert.

Viele, sehr viele haben durch solche Gauner ihre letzten Spargroschen verloren. Diesen dunklen Existenzen ist absolut nichts heilig. Selbst armelige Kriegsinvaliden verstehen sie den letzten Pfennig aus der Tasche zu holen, und was das Schlimmste ist: Man kann diese Menschen schwer gerichtlich belangen, weil sie viel zu gerissen sind. Nur durch einen unversehens Zufall wurde ich schließlich davor bewahrt, dem Herrn Dr. jur. ins Garn zu gehen.

Gegenwartsarbeiten und Zukunftsaufgaben

Eine lehrreiche Fahrt durch den 20. Bezirk.

Um den interessierten Persönlichkeiten der Berliner Zentralverwaltung die kommunalen Arbeiten der letzten Jahre vor Augen zu führen, hatte das Bezirksamt des 20. Bezirks Reinickendorf zu einer Rundfahrt durch das riesige Gebiet des Bezirks, das zweitgrößte Berlins, eingeladen. Unter Führung des Stadterordnungsreferenten, Genossen Hah, war eine ganze Anzahl Damen und Herren der Einladung gefolgt. Zunächst wurden die reizvollen und schönen Anlagen um den Schäfersee besichtigt. Leider sind die Arbeiten an dieser Stelle, die bekanntlich durch Hinzunahme eines Eisweihers nebst Gelände in wahrhaft großzügiger Weise zu einem modernen Bad ausgestaltet werden soll, das den Namen Humboldt-Bad führen wird, ins Stocken geraten. Der nahe Berliner Norden ist lachend an Reizen und Schönheiten und so sollte unbedingt dafür gesorgt werden, daß dieses Projekt, dessen Ausführung vielen Arbeitslosen Arbeit schaffen würde, recht bald vollendet wird. Sodann ist es dem Bezirk durch sehr geschickte Transaktionen gelungen, sich einen acht Kilometer langen und bis zu 300 Meter breiten Streifen Landes zu sichern, der aus der Stadt heraus als Grünstreifen in ununterbrochenem Zug unmittelbar in den Tegeler Dauerwald führen soll; auch ein Stück notwendiger und im edelsten Sinn produktiver Erwerbslosenarbeit. Ganz unmodernes Berlin lernte man dann mit Entsetzen in dem sehr wichtigen Verbindungsweg Tegeler Kolonie Freie Scholle—Waldmannslust kennen. Dieser Weg, der täglich von viele Hunderten von Fahrzeugen benutzt werden muß, ist in einem Zustand, der ihn wohl befähigt, zwei verlorene polnische Dörfer, nicht aber zwei Vororte einer Weltstadt zu verbinden. Einen besonders erfreulichen Einblick gewann man in die rege Bautätigkeit der im Norden arbeitenden gemeinnützigen Heimstätten-Gesellschaft Primus. Die Häuserblocks, die sie in der Lettstraße, der Kagajer Straße und in anderen Straßen mit insgesamt über 600 Wohnungen erstellt hat und noch erstellt, machen einen Städtebaulich sehr guten Eindruck. Am Tegeler See wird Großes geplant. Man will quer durch den See an den Borchswerken vorbei einen Damm ziehen, der als Straße und Promenade die schöne Seeuferpromenade mit der Tegeler- und weiter mit der Jungfernhöhe verbindet. Von den großen Berliner Seen wäre dann der Tegeler der einzige, dessen Ufer ringsherum für die Bevölkerung frei wäre. Auch in dem noch ganz idyllischen Heiligensee wird besonderes geplant. Der im privaten Besitz befindliche Heiligensee soll in Gemeindegelände übergehen, um auf diese Weise für Wassersport jeder Art, für den er jetzt verboten ist, frei zu werden. Hinter Heiligensee dicht an der zukünftigen elektrischen Schnellbahn Kremmen—Tegel—Berlin wird eine neue Siedlung entstehen. Und in dem ehemaligen Kaiserlichen Frohnau ist es dem Bezirk gelungen, den Sportplatz des Poloklubs in seinen Besitz zu bringen. Alles dies und noch manches andere, besonders auch Schulwünsche, stellte Bezirksbürgermeister Reichhelm bei dem abschließenden Beisammensein als Gegenwartsarbeiten und Zukunftsaufgaben geschickt zusammen und ließ dem Wunsch Ausdruck, daß dem starken Drang der Männer und Frauen im Bezirksamt und Bezirksversammlung nach praktischer Arbeit auch von der Zentrale durch Bereitstellung von Mitteln entsprechen werden möge. In seiner Erwiderung wies Stadterordnungsreferent Genosse Hah mit eindringlichen Worten auf die schwere finanzielle Lage Berlins hin, ließ dann aber feiner und der Mitgefühlenden Freude über das Gesehene und der Ueberraschung darüber Ausdruck, wie viel Wertvolles und Schönes im Bezirk Reinickendorf im Werden ist. Man dürfe überzeugt sein, so sagte er, daß nach der sehr lehrreichen Fahrt die Zentrale volles Verständnis für die Wünsche des 20. Bezirks haben werde.

Gefahr für die Hausbrandbelieferung?

Der Reichskohlenkommissar teilt amtlich mit: Die Belieferung von Groß-Berlin mit Hausbrandbriketts weist gegenüber dem vergangenen Jahr einen bedeutenden Rückgang auf. In den Monaten April bis einschließlich September sind die Lieferungen nach Groß-Berlin über drei Millionen Zentner geringer als im vergangenen Jahre. Wenn auch auf den Gruben im Niederlausitzer Revier zurzeit noch sehr große Bestände lagern, so können doch bei Eintritt von Frost infolge der dann zu erwartenden Verkehrsbeschwerden in der Versorgung der Bevölkerung Unterbrechungen eintreten, zumal auch die Bestände auf den Händlerplätzen bei der augenblicklich noch sehr schwachen Einkleidung nur für einen Bedarf von höchstens zwölf Tagen reichen. Es wird daher dringend geraten, schon jetzt wenigstens einen Teil des Winterbedarfs zu beziehen.

Zwei schwere Verkehrsunfälle.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnzug der Linie 154 und einer mit vier Fahrgästen besetzten Kraftdroschke ereignete sich gestern abend gegen 1/2 Uhr an der Straßenecke Warschauer und Kopernikusstraße. Der Triebwagen fuhr der Kraftdroschke in die Flanke und zertrümmerte sie vollständig. Die Insassen, der 37jährige Installateur August K., dessen 37jährige Ehefrau Olga, der 11jährige Sohn Gerhard aus der Dirschauer Str. 7 und der Bäckermeister Erwin G. aus Tarnowki, Kreis Flatow, der beschwende in Berlin weilt, zogen sich Schnittwunden, Verstauchungen und Hautabschürfungen zu. Alle vier mußten sich in privatärztliche Behandlung begeben. Der Vorderperson der Straßenbahn wurde schwer beschädigt, sämtliche Scheiben wurden zertrümmert. Die Fahrgäste kamen mit dem Schrecken davon. Die Schuldfrage konnte noch nicht einwandfrei geklärt werden. Beide Fahrzeugführer mußten abgeschleppt werden. — Ein zweiter Unfall ereignete sich in der zehnten Abendstunde an der Ecke Leipziger und Friedrichstraße. Ein Straßenbahnwagen prallte mit einem Autobus der Linie 4 so heftig zusammen, daß die Fahrgäste des Autobusses von ihren Sitzen geschleudert wurden. Die Fenster-scheiben zersplitterten. Der Fahrgast bewachte sich eine Panik. Glücklicherweise wurden nur zwei Personen verletzt. Ein Herr

Regelung der Berliner Polizeistunde.

Die Bedeutung des § 7 der Verordnung.

Der Polizeipräsident hat nunmehr, wie die BS-Korrespondenz mitteilt, eine Verordnung über die Polizeistunde herausgegeben, die mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft tritt. Nach dieser neuen Polizeiverordnung wird für Gast- und Schankwirtschaften jeder Art als Polizeistunde von 3 Uhr morgens bis 6 Uhr morgens festgelegt.

In den Frühstunden bis 8 Uhr morgens ist der Ausschank von Branntwein oder branntweinhaltenen Getränken verboten. Während der Zeit von 3 bis 6 Uhr sind die Schanträume für den Verkehr geschlossen zu halten. Ausnahmen können in einzelnen, besonders gearteten Fällen vom Polizeipräsidenten bewilligt werden. Diese Festsetzung der Polizeistunde gilt auch für geschlossene Gesellschaften (Klubs usw.), in denen Gast- oder Schankwirtschaft betrieben wird oder die mit einer solchen in Verbindung stehen. Das Verbleiben der Gäste in den Wirtschaftsräumen über die Polizeistunde hinaus ist verboten, ohne daß es einer besonderen Aufforderung zum Verlassen der Schanträume bedarf. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafen bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen, fahrlässige Zuwiderhandlungen mit der vorgenannten Geldstrafe bestraft.

Besonders beachtenswert an der jetzigen Polizeiverordnung ist ein neuer § 7, der bestimmt, daß der Beginn der Polizeistunde in einzelnen Fällen auf eine frühere Stunde festgesetzt werden kann, wenn sich der Wirt oder sein Stellvertreter in der Ausführung seines Gewerbes als unzuverlässig erweist, insbesondere wenn durch das lange Aufhalten in einer Gast- oder Schankwirtschaft die Arbeitszeit der darin beschäftigten Arbeitnehmer in ungeschicklicher Weise ausgedehnt wird, vor allem durch Nichtbeachtung der Polizeistunde sich Unzuträglichkeiten ergeben. Im übrigen verbleibt es hinsichtlich der Handhabung der Polizeistunde bei den bisherigen Vorschriften, mit der Aenderung, daß künftig auch für öffentliche Veranstaltungen die Polizeiamter zuständig sind. — Für die Durchführung des neuen § 7 hat der Polizeipräsident eine Schutzverfügung erlassen, nach der die Herabsetzung der Polizeistunde wegen ungeschicklicher Ueberstimmung der Arbeitszeit der Arbeitnehmer einer Gast- oder Schankwirtschaft im allgemeinen zur Voraussetzung haben muß, daß die Beschwerden von den betreffenden Arbeitnehmern selbst ausgehen. Nach dem geltenden Tarif-

vertrag beträgt die Arbeitszeit für diese Arbeitnehmer täglich 9 1/2 Stunden, in der Woche also 57 Stunden. Sie darf täglich durch eine zweistündige Pause, über die der Arbeitnehmer frei verfügen kann, unterbrochen werden. Gartengeschäfte könnten die Arbeitszeit der Woche angemessen auf die einzelnen Tage verteilen, wobei die reine tägliche Arbeitszeit 14 Stunden jedoch nicht überschreiten darf. Ueberstunden dürfen nur geleistet werden, wenn sie geschäftlich zureichend sind, also nicht dauernd, sondern nur, wenn besondere Umstände es verlangen. Jedem Arbeitnehmer ist außerdem eine einmalige Ruhepause von 24 Stunden anschließend an eine Nachtruhe zu gewähren. Sollten sich über die Bestimmungen des Tarifvertrages oder über die gesetzlichen Bestimmungen betr. die Arbeitszeit und die Ruhepause Zweifel ergeben, so ist wegen der Auslegung das zuständige Gewerbeaufsichtsamt anzurufen. Eine Verlängerung der abendlichen Theaterpielzeit um eine Stunde ist gleichfalls zu erwarten.

Wir bezweifeln, daß der Inhalt der angeführten Schutzverfügung des Polizeipräsidenten zu dem § 7 richtig wiedergegeben ist. Der Berliner Polizeipräsident weiß natürlich als ehemaliger Gewerkschaftler, daß ein Tarifvertrag nicht aufgehoben werden kann, auch wenn sich die in einem Betrieb Beschäftigten durch wirtschaftlichen Druck oder aus Unkenntnis dazu verleiten lassen, den Tarif nicht einzuhalten. Zur Ueberwachung der Durchführung des Tarifvertrages sind die vertragsschließenden Parteien in erster Linie berufen. Geht der Polizeibehörde von einer der beiden Parteien die Mitteilung zu, daß in dem einen oder dem anderen Falle die gewöhnt nicht engherzig gezogenen Grenzen des Tarifvertrages überschritten worden sind, dann ist die Richtigkeit der Angaben nachzuprüfen bzw. der § 7 anzuwenden. Eine andere Handhabung ist praktisch gar nicht möglich. Nur die Organisationen bieten die Gewähr, daß die Anzeigen auch begründet sind. Weiterhin muß manmehr verlangt werden, daß die Polizei nach § 7 überall dort mit aller Rücksichtlosigkeit durchgreift, wo sich aus der Verlängerung der Polizeistunde eine Belästigung der Bewohner und eine Störung der Nachtruhe ergibt. Der „Vormärts“ hat bereits einige Fälle veröffentlicht, aus denen sich ergibt, daß die in ihrer Nachtruhe gestörten Anwohner keineswegs den polizeilichen Schutz gefunden haben, den sie erwarteten. Es handelt sich dabei nicht allein um ruhestörenden Lärm in, sondern auch vor den Lokalen.

Ottos Grauberg aus der Schützenstraße zog sich einen Nervenschmerz und eine Oberschenkelverletzung zu. Eine Dame erlitt eine blutende Kopfwunde. Die Verletzten erhielten auf der nächsten Rettungswache erste Hilfe. Auch hier ist die Schuldfrage noch nicht geklärt. In beiden Fällen entstand eine empfindliche Verkehrsstörung von 20 bzw. 30 Minuten Dauer.

Der große Kokainprozeß.

Das Urteil berücksichtigt die Rolle der Angeklagten.

Im allgemeinen gaben die Angeklagten ihre Beteiligung an dem Kokaingeschäft des Angeklagten Georg von Reyer, der mit 100 Gramm Kokain nach Paris gefahren war, zu. Sie bestritten aber, daß sie gewerbsmäßig Kokaingeschäfte gemacht hätten und behaupteten, es sei das der einzige Fall gewesen, und sie hätten dabei in der Hauptache Fremdschaffensdienste leisten wollen. Die 100 Gramm Kokain wurden von Reyer und Krause durch Vermittlung einer Frau von Lange aus Riga an eine polnische Tänzerin vom Moulin Rouge verkauft, die das Kokain an die Ledebewelt des Montmartre absetzte und schließlich von der Poriser Kriminalpolizei dabei erwischt wurde.

Der Angeklagte Waldemar von Manteuffel bestritt, sich überhaupt strafbar gemacht zu haben, da er an Reyer und an Siemers kein Kokain, sondern eine Fälschung verkauft habe. Der Angeklagte Apotheker Hahn ist ein Mann von 63 Jahren. Er besaß früher ein großes Vermögen, das er Anfang des Jahrhunderts beim Zusammenbruch der Leipziger Bank verloren hat. Jahrelang ist er als Chemiker und Betriebsleiter tätig gewesen, während des Krieges war er am Kriegsministerium Nahrungsmittelchemiker und kam dann auch zum Polizeipräsidenten. Seit 1925 ist er als gerichtlicher Sachverständiger vereidigt und wurde auch mehrfach vom Gericht als Gutachter für Raubgüter in Anspruch genommen. Vor.: Wie kamen Sie, der genau über die Verbote des Verkehrs mit Kokain und über die Folgen der Uebertretung informiert war, dazu, sich auf solch ein Unternehmen einzulassen? Angekl.: Hahn: Ich war fast nur mit Gutachten über Preistreiberien beschäftigt und verdiente monatlich etwa 300 M. Nach Aufhebung der Buchergerichte geriet ich in bitterste Not. Ich mußte sogar meinen Ring verkaufen, um die Rente bezahlen zu können. Vor.: Sie haben mehrfach Kokain aus den Beständen der Staatsanwaltschaft bezogen. Angekl.: Der Dezernent fragte mich, wie die beschlagnahmten Mengen verwertet werden könnten. Einmal habe ich 2 Kilogramm an die Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker (Hageda) gegeben, ein anderes Mal erwarb ich 10 Kilogramm. Beim Desfrin des Paketes stellte sich aber heraus, daß schon 2 1/2 Kilogramm entwendet waren; diese Menge habe ich an eine Gesellschaft mit Handels-erlaubnis für Kokain verkauft. Justizinspektor Eichler befandete, daß die Staatsanwaltschaft die Pflicht gehabt habe, eingezogene Mengen zu verwerten. Zuerst wurde beschlagnahmtes Kokain an die Hageda abgeführt. Da diese aber nicht immer Bedarf hatte, habe er auf Weisung des ersten Staatsanwalts Rücksprache mit Hahn genommen, ob er als Vertrauensperson der Gerichte die Mengen unterbringen könnte. Hahn sei dabei als Treuhänder aufgeführt worden, und dieser habe auch von der Hageda und den höchsten Farbwerken gesprochen. Daß die Bestimmungen des Opiumabkommens durch die Weitergabe an Hahn verletzt wurden, sei ihm nicht zum Bewußtsein gekommen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortman verurteilte besonders scharf das Verhalten der russischen Angeklagten, die die deutsche Gastfreundschaft mißbraucht hätten, indem sie das volkreuchende Gift in die Menge brachten. Besonders gräßlich sei der Vertrauensbruch des Angeklagten Hahn, der gerade als Beihilfe des Gerichts an der Bekämpfung der Kokainseuche mitzuwirken hatte. Gegen ihn beantragte der Staatsanwalt die schwerste Strafe, nämlich ein Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht berücksichtigte aber bei allen Angeklagten, daß sie aus Not auf Abwege geraten seien. Hahn wurde wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz in zwei Fällen zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, erhielt aber für den noch nicht durch die Untersuchungshaft verbühten Rest der Strafe Bewährungsfrist und wurde aus der Haft entlassen. Der Angeklagte von Manteuffel erhielt wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz und wegen Betrages vier Monate Gefängnis. Die Angeklagten von Reyer, Krause, von Siemers, Michaeloff und Paptewitsch wurden zu je drei Monaten, Buße zu einem Monat und Befristung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Leserich und Paptewitsch erhielten ebenfalls Bewährungsfrist.

Konkursantrag des Kaufmanns Hermann Engel. Die bekannte Berliner Kaufhausfirma Hermann Engel, die sich schon seit langem in Zahlungsunvermögen befand, und bei der zunächst berechtigte Klusfaktoren auf Sanierung bestanden, hat nunmehr, wie der „Konfessionär“ erklärt, infolge des nicht wieder meitzumachenden Umschlagverfalls sich genötigt gesehen, ihre Zahlungen neuerlich am 10. Oktober einzustellen und bei Gericht die Eröffnung

des Konkursverfahrens zu beantragen. Die Firma teilt gleichzeitig mit, daß der Umschlagverfall in dem ersten neun Monaten des Jahres 1926 etwa 750 000 Reichsmark betrug (der Gesamtumsatz belief sich in diesem Zeitraum auf nur einhalb Millionen Reichsmark). Bisher wurden an Gläubiger und Banken 477 000 M. in diesem Zeitraum ausgezahlt. Die Zahlungen auf Unkosten betragen einschließlich Zinsen gleichzeitlich 641 000 M. Nähere Einzelheiten über die Quote können natürlich erst in Verhandlungen des Konkursverwalters mit den Gläubigern festgestellt werden.

Unterschleife bei der Reichsfilmprüfstelle.

„Vorschüsse“ für den Regierungsinspektor.

Unterschlagungen von Prüfungsgebühren bei der Reichsfilmprüfstelle beschäftigen jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei. Bei dieser Prüfstelle, die ihre Geschäftsräume in der Rollsteir. 5 hat und die dem Ministerium des Innern untersteht, ist ein Regierungsinspektor Hans Köhler tätig, dem die Buchung der von den Filmherstellern eingezahlten Prüfungsgebühren obliegt. Jetzt kam es zur Kenntnis der Reichsfilmprüfstelle, daß Köhler seit längerer Zeit sich Vorschüsse auf die Prüfungsgebühren hat zahlen lassen, ohne die Beträge an die Kasse abzuführen. Die Veruntreuung verdeckte er durch falsche Buchungen. Wie verlautet, sollen diese Unregelmäßigkeiten bis in das Jahr 1924 zurückreichen. Man spricht bisher von etwa 12 000 bis 15 000 M. Wie hoch tatsächlich die unterschlagenen Summen sind, steht noch nicht fest. Die Reichsfilmprüfstelle hat die Kriminalinspektion Tiergarten nunmehr mit den Nachforschungen betraut. Diese sucht nun zu ermitteln, von welchen Filmfirmen, die Filme zur Prüfung einreichen, Köhler Vorschüsse verlangt und erhalten hat. Der beschuldigte Regierungsinspektor K. befreit entschieden jede Verantwortung. K. ist ein ehemaliger Zahlmeister und steht schon 35 Jahre im Dienst. Seine vorgelegte Behörde selbst gibt ihm das Zeugnis eines ruhigen soliden Mannes und bestätigt seine Erklärung, daß er bei der Prüfstelle mit Arbeiten überlastet gewesen sei. Er behauptet, daß er nicht einen Pfennig an sich genommen hat und will sich das Fehlen von etwa 10 000 M. nur dadurch erklären können, daß Eingänge irgendwo an verkehrter Stelle gebucht worden seien. Die Fehler müßten an irgendeiner Stelle zu finden sein. Der Beschuldigte bleibt auf freiem Fuße.

Mit Rauchschühgeräten und Gasmasken.

Rehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern nachmittag kurz vor 1/2 Uhr nach der Siebenschreiberstraße 16 zu Charlottenburg gerufen, wo mehrere Lagerkeller in Flammen standen. Das Feuer war in dem Lagerkeller der Drogerie N. durch Fahrlässigkeit entstanden. Ein jugendlicher Angestellter hatte den Keller verbotsmäßig mit offenem Licht betreten. Der Keller war in kurzer Zeit vollständig verqualmt. Den Löschmannschaften war es nur unter größten Schwierigkeiten möglich, gegen den Brandherd vorzurücken. Im Keller lagernde Säureballons explodierten. Der Flüssigkeit entströmten stidige Gase, so daß die Feuerwehrleute nur mit Rauchschühgeräten und Gasmasken versehen ihre gefährvolle Vödtätigkeit erfolgreich ausführen konnten. Erst nach ziemlich zweistündigem Wassergeben konnte das Feuer, das auch auf die Nebenkellereien übergegriffen hatte, gelöscht werden.

Gestern abend gegen 1/10 Uhr kam in den Räumen der Tuchlappfabrik Reibedanz in der Teilestraße 23 zu Tempelhof ein größeres Feuer zum Ausbruch. Mehrere Löschzüge unter Leitung des Vaurates Stiepelbeil eilten auf den Alarm an die Brandstelle. Aus mehreren Rohren größten Kalibers wurde etwa eine Stunde lang Wasser gegeben. Der Schaden ist erheblich. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis gegen Mitternacht hin. Die Entstehungsursache ist unklar.

Einzelhandel und Warenhäuser.

Bei einem Pressefest, den der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser im Anschluß an seine Generalsversammlung veranstaltete, hielt der Vorsitzende des Verbandes, Direktor Nitsch-Rünster vom Karstadt-Konzern, einen Vortrag über die Aufgaben des Einzelhandels, in dem er ausführte, daß das Ziel und die Aufgaben jedes Einzelhändlers ist, durch möglichst niedrige Gestaltung der Unkosten, durch möglichsten Gewinnausschlag und vorteilhafteste Tüchtigkeit die Preise der Waren möglichst billig zu halten. Ein Einzelhändler sei ein Kapital investiert, von dessen Größe man im allgemeinen keine Abnung habe. Anlage- und Betriebskapital und Zahl der beschäftigten Angestellten stehen nur wenig hinter der Industrie und Landwirtschaft zurück und haben den Großhandel überflügelt. Dann wies Direktor Bach darauf hin, daß die großen Sonderveranstaltungen der Warenhäuser hervorgerufen seien durch den Trieb, den Umsatz zu halten. Gelingt das nicht, dann gehe der Spiefenjaß über die Grenze dessen, was tragbar ist, hinaus, und die Folge wäre ein Abbruch des Personals. Die Warenhausbesitzer lehnen gleiche Regelungen,

die den freien Wettbewerb einschränken, ab, weil sie nur auf Kosten des Konsums erfolgen können. Der Wettbewerb darf aber nicht unfair werden. Dagegen habe niemand das Recht, einen ungewissen Wettbewerb als unfair oder unlauter zu bezeichnen. Die trante Wirtschaft müsse sich selber helfen.

Unsere Werbeveranstaltungen.

Im Rahmen der Werbewoche veranstalteten gestern einige Kreisvereine Werbefundebungen. Zahlreich war die Bevölkerung den Einladungen zu den Versammlungen gefolgt. Auch im Kreis Friedrichshain, der gestern zwei Versammlungen abhielt, waren die Säle überfüllt. Die Kommunisten hatten die platzierten Einladungen mit ihren Zetteln überklebt und in unmittelbarer Nähe der Versammlungen Strohmännchen veranstaltet, um die Bevölkerung von der Versammlung fernzuhalten. Der Erfolg war genau so mäßig wie am Dienstag.

Im Kreisverein Friedrichshain sprach in einer überfüllten Versammlung in den Comenius-Sälen Reichstagsabgeordneter Kaufhäuser. Genosse Kaufhäuser gab eine Uebersicht über Deutschlands Wirtschaftslage. Wenn die Partei trotz der schweren Wirtschaftslage an die Arbeiterschaft herantritt und sie zum Zusammenschluß in der Partei aufruft, so geschieht das, weil die schweren politischen und wirtschaftlichen Kämpfe immer wieder ergeben haben, daß die Arbeiterschaft der Macht des Kapitals nur die Macht der Masse entgegenzusetzen kann. — In der Schulaula in der Strahmannstraße sprach Genosse Pando. Er führte an Hand einiger Beispiele aus, daß die Wirtschaftslage größte Aufmerksamkeit auf Seiten der Arbeiterschaft erheischt. Der Fürtienvergleich war für die Partei schwer, aber staatspolitisch notwendig, nachdem der Volkseinsatz nicht die notwendige Mehrheit gefunden hatte. Wir wollen nicht, daß die Gerichte über die Abbindung entscheiden.

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die Werbefundebung, die die 17. Abteilung Wedding veranstaltete. Bürgermeister Genosse Karl Reid, der das Referat hielt, ging ausführlich auf den Hohenzollernvergleich ein, der vor kurzem im Landtag angenommen wurde. Er zeigte die Stellung auf, die die Sozialdemokratische Partei zu dem Vergleich eingenommen hat und legte im einzelnen dar, aus welchen Gründen unsere Landtagsfraktion bei der Abstimmung sich der Stimme enthalten hat. Wenn unsere Gegner von links jetzt über Beratt schreiben, so soll uns das wenig stören. Wenn sie vor diese Frage gestellt worden wären, sie hätten kaum eine andere Entscheidung fällen können. Uns geht es schließlich nicht bloß darum, ein paar Minister in der Regierung zu haben, sondern uns geht es um die Republik. Wir arbeiten an dieser Republik und erblicken unsere vornehmste Aufgabe darin, sie zu festigen und zu verankern. Man soll uns jetzt nicht mit dem kommen, was hinter uns liegt, sondern wir richten unseren Blick auf die Zukunft, und wir sind gewiß, daß eine spätere Zeit unsere Maßnahmen verstehen wird. Die Landtagsfraktion hat eingehend erwogen, ob noch ein anderer Ausweg vorhanden ist, und sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß etwas anderes wie die Stimmenthaltung für die Fraktion nicht übrig blieb. Mit einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden endete die Kundgebung.

Warum das Konzert nicht zustande kam.

Das Böhmische Brauhaus hatte für gestern Abend ein Johann-Strauß-Konzert geplant. Als Musiker hatte man Beamte genommen, eine Orchesterführung des Publikums, das natürlich annahm, der Wiener Kapellmeister habe sich seine österreichischen Musikanten mitgebracht. Der Deutsche Musikerverband hatte den Besitzer des Brauhauses, Liebing, dringend gebeten, in dieser Zeit schwerster Arbeitslosigkeit die Musiker aus den Reihen der arbeitslosen Musiker zu nehmen. Liebing lehnte ab. Am Mittwochabend versammelten sich vor Beginn des Konzerts mehrere hundert arbeitslose Musiker vor dem Böhmischen Brauhaus, um gegen den unzulässigen Wettbewerb der Beamtenmusikanten, die den hungernden Musikern in den Rücken fallen, zu demonstrieren. Vor dem Lokal wurden Handzettel verteilt, in denen das Publikum aufgefordert wurde, die Musiker in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen und Lokale, die so den Interessen der arbeitenden Bevölkerung zuwiderhandeln, zu meiden. Die Abwehrpropaganda erzielte einen vollen Erfolg. Die Beamten lehnten nunmehr ab zu spielen und gingen nach Hause. Das Publikum verlangte sein Geld zurück, was nach einigem Widerstreben auch geschah. Das Konzert fand nicht statt, die herbeigerufene Schuppolizei erhielt keine Arbeit, da die Demonstranten sich völlig ruhig verhielten. Hoffentlich nehmen sich die Saalbesitzer diesen Vorfall zur Lehre, und legen in Zukunft keine Konzertveranstaltungen an, ohne sich vorher mit dem Deutschen Musikerverband ins Einvernehmen zu setzen. Daß in solchen Fällen die gesamte Arbeiterschaft Solidarität übt, ist selbstverständlich.

Der entscherte Revolver.

Vor kurzem berichteten wir von einem eigenartigen Unfall, bei dem ein Schupwachmeister, der sich mit seinem Rade aus einer Patrouillenfahrt befand, durch einen Schuß aus seinem eigenen Revolver schwer verletzt wurde. Am Mittwoch nachmittags ereignete sich in der Kommandantenstraße Ecke Dranienstraße ein ähnlicher Fall. Mitten im Straßengebüsche ertönte plötzlich ein Schuß. Ein Herr in den mittleren Jahren brach blutüberströmt zusammen. Zunächst glaubte man an ein Verbrechen oder einen Ueberfall. Polizeibeamte eilten hinzu und stellten fest, daß es sich um einen Unglücksfall handelte. Der Verletzte, ein 57-jähriger Bücherrevisor Franz Lehmann aus der Boerwaldstraße 16, war durch einen Schuß aus seinem eigenen Revolver, den er in der Brusttasche trug, getroffen

worden. Der Revolver war nicht gesichert, so daß sich die Waffe, als Lehmann aus seiner Brusttasche etwas herausholen wollte, entlud. Die Kugel drang ihm in die Bauchhöhle und blieb rechts vom Magen stecken. In bewußtlosem Zustande wurde er zur nächsten Rettungsstelle und von dort in das Urbantrankenthaus geschafft. Der Zustand ist sehr bedenklich.

Öffentliche Tanzstunde.

Was müssen sich unsere armen Luftspiel- und Possendichter plaggen, um dem Publikum ein paar kleine Lacher zu entlocken. Dabei liegt der Humor auf der Straße. Die Charleston-Import-Gesellschaft, ein ausländisches Tanzpaar, erteilt dreimal wöchentlich Gratisunterricht in der Scala an Tanzwütige beiderlei Geschlechts ohne vorhergehende Eignungsprüfung. Erst zeigte das Tanzpaar den Tanz, wie er sein soll, dann kamen die Schüler. (Wie er nicht sein soll. Eigentlich aber ist er nur als Karikatur genießbar.) Die

Öffentl. Werbeversammlungen

Heute, Donnerstag, den 21. Oktober:

Charlottenburg: 8 Uhr in den Hohenzollern-Festsälen, Berliner Straße 106. Referent: Stadtoberordneter Adolph Hoffmann.

Morgen, Freitag, den 22. Oktober:

Tiergarten (S. Abteilung): 7 1/2 Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37. Referent: Bezirksordneter Hermann Bempert.

Mahlsdorf-Süd: 8 Uhr im Lokal Dieh, Uhlandstr. 18. Redner: Wilhelm Pando.

Reinickendorf: Werbezug mit Musik. — Treffpunkt abends 6 1/2 Uhr, Bahnhofspiaz Legel.

Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Damenriege: Kleine, fette, ältliche Damen mit den unvermeidlichen kurzen Beinchen und weit ausladendem Gesicht, lange Wägen, mit nicht endemalenden Gliedmaßen, dazwischen auch ein paar Normalweibchen (bis auf den Charleston-Knick). Die Herrenriege: Höchstaltersstufe Mitte Zwanzig (die vorhergehende Generation betreibt es vielleicht heimlich, immerhin ein Beispiel für die weibliche Altersgenossenschaft). Gesamtmerkmal: Geistiger Infantismus in Beinkultur. Also: Auf Kommando wippte alles runter und schnell wieder hoch, bog die Beine nach innen und nach außen — diese „Figur“ in des Wortes tiefster Bedeutung war der Gipfelpunkt der Komik — turnte, millerte, menschenliete und hopfte, daß es eine Freude war. Dies alles mit toderntsten Gesichtern, ungeachtet des homerischen Gelächters der Zuschauer, eine volle Stunde lang. Soll man die Beharrlichkeit oder die Talentlosigkeit mehr bewundern? Von der einfach verblüffenden Ignoranz dem Publikum gegenüber ganz zu schweigen. Ein Jüngling mit Hornbrille nahm diese nach dem Tanz sofort ab. Ein ganz Kleiner, mit kurzen Höschen, Scheinbar noch schulpflichtig, huldigte ebenfalls dem seltsamen Tanzlaster. Und noch viele andere töstliche Typen waren da. Charleston-Parodie in höchster Vollendung.

Die Werbewoche der Partei hat die Buchhandlung des Dieh-Verlages zu einer großzügigen Propagierung ihres Sortiments benützt. Die „Bücher des Fortschrittlichen“, wie man dem Passanten in großen Lettern verstanden, stehen in recht geschickter Auslage das Publikum an. Zwei rote Fahnen geben den Grundton für Idee und tieferen Sinn des ausgestellten Wertes. Da sind die richtungweisenden Arbeiten von Marx, Engels, Bakunin, außerdem noch eine Fülle sozialer, aktuell politischer und allgemein moderner Literatur. Sehr viel begehrt sind die Broschüren im Preise von 10 bis 50 Pfennigen, Schriften von Bernstein, Kropke, Braun, sowie Wilms: „Wilhelm II. als Krüppel und Hochopfer“, deren Preis der geringen Kaufkraft der breiten Massen erfreulich Rechnung trägt.

Die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung wurde im Beisein des preussischen Handelsministers Schreiber sowie Vertretern des Reichsarbeitsministeriums, des Oberpräsidiums und anderer staatlicher und städtischer Behörden und Vertretern aller drei Gewerkschaftsrichtungen feierlich eröffnet. In seiner Eröffnungsrede wies der Herr Handelsminister Schreiber auf die Notwendigkeit hin, geeigneten Männern und Frauen der arbeitenden Bevölkerung die Grundlagen einer wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Bildung zu vermitteln. Er begrüßt es, daß die Gewerkschaften durch die Entsendung der Schüler wesentlich zum Zustandekommen der Schule beigetragen haben. Zum Schluß der zahlreichen Ansprachen nahm der Direktor der Schule, Dr. Ernst Kölling, das Wort zu einem instruktiven Vortrag über „Aufgaben und Ziele der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung“. Die eindrucksvolle Feier wurde mit einer Besichtigung der Schul- und Internatsräume beendet.

Schließung der städtischen Steuerstellen am 21. Oktober. Wegen des Monatsabschlusses bleiben die städtischen Steuerstellen in allen Verwaltungsbereichen der Stadt Berlin am Donnerstag, den 21. Oktober d. J., für jeden Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im Theater der Volkshäuser am Hallesplatz Vorkellung. Zur Aufführung kommt „Abstrakta“, eine Komödie von Leo Greiner (nach Aristophanes). Eintrittskarten (einschließlich Kleiderabgabe und Theaterzettel) zum Preise von 1,20 M bei den Bildungsobleitern der Kreise und Abteilungen, im Inarenrengeschäft Porch, Engelstr. 24/25, Lokalvertrieb GGG, Inselstr. 6, Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Lützenstr. 39, in den Vorwärts-Expeditionen, in der Buchhandlung Verdrath, Lindenstr. 2 und im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8. — Am Sonntag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr,

im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße: Literarischer Abend des Bücherkreises. Theo Marcé spricht über das 7. Werk des Dichters: „Creatur“ von Friedrich Wolf. Eintrittspreis 50 Pf.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Zentralf. Wien. Heute abend 8 Uhr findet im „Altberlin“, Danziger Str. 62, ein Lichtbildvortrag: „Die Bourgeoisie in der Karikatur“ statt. Die Erläuterungen gibt Friedrich Wendel vom „Lachen links“.

Stapellauf des Dampfers „New York“.

Am Mittwoch nachmittags lief auf der Hamburger Werft von Blohm u. Bach der für die Hamburg-Amerika-Linie erbaute neue Turbinendampfer „New York“ vom Stapel. Eine ungeheure Menschenmenge wohnte dem interessanten Schauspiel bei. Bürgermeister Petersen, der im Namen des Bürgermeisters Walter-New York die Weiherede hielt, pries das neue Werk als ein Symbol der Freiheit, des Rechts und des Friedens. „Immer klarer und stärker ringt sich in den Völkern der Erde die Erkenntnis durch, daß die Menschheit durch wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen so vielfältig organisch verknüpft wird, daß der Frieden in gegenseitiger Achtung und gegenseitigem Vertrauen ihr Lebenselement ist. Diese Wahrheit wird immer entscheidender. Die stilllichen Gehege alles Handelns werden die Epoche herbeiführen, in der es keinen anderen Kampf unter den Völkern gibt als den um die höchste Leistung im gemeinsamen Dienst der Menschheit. Dieser Idee des Friedens diene auch dies Schiff, das eine weitere Verbindung über den Ocean schlagen soll. Wir Deutsche bewundern die schöpferische Tatkraft. Wir wissen auch, daß wir Völker der alten Welt nur verstanden werden können aus unserer Geschichte und unseren nationalen Entwicklungen und der Enge des Bodens, der uns zugewiesen ist. Aber wir glauben daran, daß alte und neue Welt sich finden werden im Sieg des Menschheitsgedankens. Lassen Sie uns aus der Kraft solchen Glaubens diesem Schiff, das ein Symbol dieser Einheit der alten und der neuen Welt ist, die Weihe geben und im Geist jener Zeit huldigen, in der diese Sehnsucht erfüllt sein wird.“ Der Name der neuen Hopog-Dampfers zeugt für die enge Verbindung Hamburgs und New Yorks und sei ein sichtbares Zeichen der friedlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit Amerika. Nach der Weiherede vollzog die Gattin des New Yorker Bürgermeisters, Mrs. Walker, den üblichen Taufakt, worauf der neue Oceanriese langsam in die Fluten glitt. Der neue Turbinendampfer der Hamburg-Amerika-Linie ist das vierte Schiff der „Ballin“-Klasse, der Schiffe „ohne Seefrankheit“, die den Dienst Hamburg-New York versehen. Das Schiff hat einen Rauminhalt von 21 000 Bruttoregister-tonnen, ist 193 Meter lang, 24 Meter breit und hat eine Tiefe von 17 Metern. Der Antrieb, der dem Schiff eine Geschwindigkeit von 16 Seemeilen in der Stunde gibt, erfolgt durch zwei Turbinen, die 13 000 Pferdbestärken erzeugen. Das Schiff hat alle modernen Einrichtungen, die für Sicherheit auf See sorgen. 250 Passagiere können in der ersten, 420 in der zweiten und 460 in der dritten Klasse bequem Unterkunft finden. Auch die dritte Klasse hat Gesellschaftsräume, Spielsäle, Rauch- und Damenzimmer. Die Indienststellung des Dampfers erfolgt im Frühjahr.

Eisenbahnunglück in Mitteldeutschland.

Wansdorf a. d. E., 20. Oktober. (M.B.) Mittwoch mittig fuhr dem von Weida kommenden Personenzug 2251 bei der Einfahrt in den Bahnhof eine Lokomotive in die Planke. Die Lokomotive, der Packwagen und ein Personenzug entgleisten und wurden leicht beschädigt. Bei dem Unfall wurden zehn Reisende und zwei Eisenbahnbedienstete leicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht wesentlich gestört.

Sport.

Rennen zu Mariendorf am Mittwoch, den 20. Oktober.

1. Rennen. 1. Antriebs (Brahmbel), 2. Antrib Halle (B. Deffert), 3. Senebier (Bauh jr.). Toto: 135; 10. Platz: 40, 45, 71; 10. Ferner liefen: Kahlmüller, Kalkreuth, D. Kapf, Verbera, Branne, Baron Sühlfelder, Ledermann, Deiz Marlot, Terratin, Wink, Michael, Radlova, Punter, Erbsa, Grisa, Heroldstraf, Coriolanus, Wornentau, Panke, Kurlisch.
2. Rennen. 1. Ehrenberg (Trenber), 2. Mary Gus (B. Wild), 3. Karo Wude (B. Finn). Toto: 38; 10. Platz: 16, 14, 19; 10. Ferner liefen: Martha Halle, Anter I, Regenbogen, Millionär, Antenne.
3. Rennen. 1. Dampf I (L. Weh), 2. Importation (Bauh jr.), 3. Express II (B. Ober). Toto: 97; 10. Platz: 31, 25, 68; 10. Ferner liefen: Gamine, Good Boy, Stella Carl, Tunnajec, Fiskus, Bergschwalbe, Leo Wally, Darmstadt, Walei K, Derohrat, Voltumar, Kramelk, Walmö.
4. Rennen. 1. Penelon (B. Wild), 2. Ullac (Ch. Wild), 3. Ostermagda (Bauh jr.). Toto: 122; 10. Platz: 19, 12, 14; 10. Ferner liefen: Kard D., Dandon Wally, Beschadel, Nat. Forbes.
5. Rennen. 1. Kerrigan jr. (Walters), 2. Colonel (R. Rath), 3. Festlich jr. (Kanta). Toto: 121; 10. Platz: 28, 19, 163; 10. Ferner liefen: Wlawa Adria, A. Langemann, Lindomind, Schlein, Luera, Erbaraf, Nimitene, Frühau, Peter Parweller, Baron Tregantle, Zeitgeist, Kotula, Gailog, Federnelle, Hadenjoune, Verdon, Wanganares, Interessent, Pudmüll I, Quinora, Barometer, Detman.
6. Rennen. 1. Rorphyde (B. Lemmer), 2. Volldam (L. Weh), 3. Orano (D. Grube). Toto: 56; 10. Platz: 24, 25, 408; 10. Ferner liefen: Einlicht, Diana Magoman, Wlawa, Großmoqui, Eufi Ledburn, Weitherlich, Hans Bedrens, Krafisch, Vachmüller, Wessing, Deutscher, Leuchtsack, Leuchtturm, Peter Hall, Kronbeere, Hippologe, Leuchtsack, Eilento, Gledrich, Bram, Giff, Duete Halle, Kartenspiel, Wintermärgen, Schüller Tebbi.
7. Rennen. 1. Colonel Postworth (Ch. Wild), 2. Soubrette (Smiger), 3. Wddie (B. Finn). Toto: 13; 10. Platz: 11, 14; 10. Ferner liefen: Karneval, Toilette.
8. Rennen. 1. Mentor I (B. Finn), 2. Kodelt (Rath), 3. Jamban (L. Weh). Toto: 120; 10. Platz: 29, 15, 21; 10. Ferner liefen: Wesse, Ballontänzerin, Wlawa, Kodelt I, Remus, Diagonale, Ocean Girl, Kaybad, Baron Tregantle, Rubin, Konjul, Turmbau.
9. Rennen. 1. Oberer Belle (Ch. Wild), 2. Copal (B. Schmidt), 3. Wainda (D. Gutz). Toto: 12; 10. Platz: 11, 11; 10. Ferner liefen: Klud, Nachhalter, Leo Vale.

Seit drei Generationen ist in Berlin unsere

KÖNIGIN VON SABA

Die von Kennern am meisten beehrte und geschätzte

Qualitätszigarette.

Ihre Mischung wird von Fachleuten besonders überwacht. Die pflegliche Behandlung durch eine langjährige Belegschaft sichert dieser

Zigarette ihre besondere

Beliebtheit in Berlin



Nur echt in dieser Packung



Finden Sie dieses Kleid nicht entzückend schön?

Bemerken Sie, wie außerordentlich kleidsam es ist, und in wie vollendeter Art es die aparte Linie der neuen Mode widerspiegelt

Es würde sicherlich auch Sie ganz vortrefflich kleiden, eine Frage, die rasch entschieden ist, wenn Sie zu uns kommen und dieses Kleid - ohne jede Verbindlichkeit - anprobieren

Dabei könnten Sie gleichzeitig sehen, welche gute Ripsware zu dem Kleid verwendet wurde, wie nett es verarbeitet ist, und daß es mit seiner schönen blusigen Form, seinem reizenden Einsatz aus Crêpe Georgette und seiner reichen Falten-Garnierung wirklich genau so schön ist, wie dieses Bild es Ihnen zeigt

„Ja! Aber der Preis?“ werden Sie fragen - - unbesorgt - Sie sind ja bei Es kostet

25.-

C & A
BRENNINKMEYER

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Königstr. 33 **Chausseestr. 113** **Oranienstr. 40**
Am Bbl. Alexanderpl. Beim Stettiner Bahnhof Am Oranien-Platz

Das obige Angebot steht ab Donnerstag zur Verfügung! - Schriftl. Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

Neu
besser
und
ergiebiger



SUMA
die neue
Art Seife in
Pulverform
der
Sunlicht-Gesellschaft
Mannheim

So 9

Öfen
gegen 12 Monatsraten
Raddatz
Berlin, Leipziger Str. 122-123

!! Brennholz-Beruf !!
Milch, La Rinden, ed. Rahn & Em. gr.
schneiden 12,50, ungeschlitten 21, 11,50
Schiffbaustr. 20, 100
Charlottenburger Allee,
an der Stadt-Brücke.

Unserem Genossen
Friedrich Lange
nebt Gemahlin
die herzlichsten Glückwünsche zur
Silberhochzeit.
Die Funktionäre u. Mitglieder
der S. Abteilung.

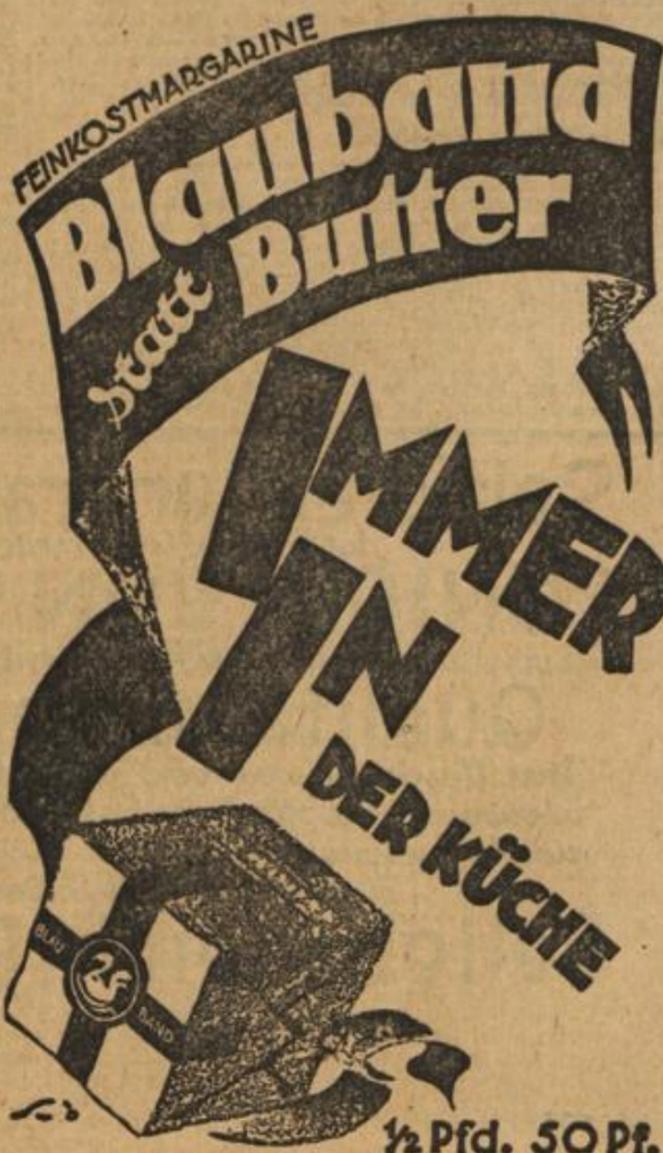
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Achtung! **Berwaltungsmitglieder!**
Am Freitag, den 22. Oktober, findet
eine Sitzung der ständigen Ver-
waltung statt.
Die Ortsverwaltung.

heute erschießt somit nach langen
schweren Leiden mein lieber, un-
vergesslicher Mann, unser guter Vater,
Schwiegervater und Großvater

Emil Bunde
im Alter von 77 Jahren. Dies zeigen
hierbei an

Josephine Bunde geb. Samson
Robert Bunde u. Frau geb. Tau
Bertram Bunde u. Frau geb. Kopp
Bernard Bunde, Fritz
Fermann Bunde und Frau geb.
Krauswetter, 3 St. Amerika.
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im
Reinhardt'schen Beerdigungsweg statt

Straßen 10 - Wiltbergstr. (Wolfs-
schiller). Direktor Dr. Hodelmann,
Lobenerstr. 100.



FEINKOSTMARGARINE
Blaue Band
Butter
Statt
IMMER
IN
DER KÜCHE
1/2 Pfd. 50 Pf.

Die Frau und der Sozialismus



Kultur und Volkswohlfahrt.

Die Grundforderungen der Frauenerwerbsarbeit.

Von Marie Juchacz.

Die kulturelle Entwicklung eines Volkes wird durch wirtschaftliche und soziale Verhältnisse bedingt. Es ist kein Reichtum notwendig, wohl aber ein bestimmter Wohlstand für alle Menschen, der es erlaubt, die materiellen Vorbedingungen einer Volkswohlfahrt zu erfüllen. Also ist Volkswohlfahrt in Verbindung mit der kulturellen Lebensgestaltung eine Lohn- und Wohnfrage. Grundlage der Volkswohlfahrt aber ist werterhaltende und werterhaltende Arbeit. Daher sind kulturelle Grundforderungen: auskömmliches Gehalt für die Arbeitenden, eine Arbeitszeit, die die Kräfte der Arbeitenden nicht überanstrengt und sich in sozial vernünftigen Grenzen bewegt, hygienisch und gesundheitlich gute Arbeitsbedingungen, das Recht auf Arbeit für Mann und Frau, ein Erlass für die im Dienst an der Volkswirtschaft etwa verlorene Gesundheit in Gestalt einer gut ausgestatteten und ebenso durchgeführten Sozialgesetzgebung, die auf der gleichen sozialen Grundanschauung, auch den Schutz der schwangeren Frau, der Mutter und des Kindes, sowie der Jugend umfasst. Jede Arbeit, die das Ziel hat, Massen geistig und materiell aufwärts zu führen, ist Kulturarbeit.

Fichte sagt: „Der Mensch soll arbeiten, aber nicht wie ein Kaster, das unter seiner Bürde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung seiner erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angestrengt, mit Lust und Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist.“

Die Arbeit soll den Arbeiter, den Schöpfer der Werte, nicht aufzehren, sie soll Mittel zum Zweck sein, um möglichst allen Gliedern des Volkes kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten zu geben. Deshalb ist das Leitmotiv für die Arbeit der Volkswohlfahrt:

Kulturarbeit der Arbeiterklasse soll nicht Mittel der Erbauung sein, sondern Mittel zum sozialen und geistigen Aufstieg der Arbeiterklasse!

Hier haben die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei eine große Summe von Pionierarbeit geleistet. Das Programm von Heidelberg hat die materiellen Grundlagen aller Volkswohlfahrt als neue festgelegt. Die Sozialdemokratie fordert darin: Gleiches Recht der Frauen auf Arbeit, Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Ein Gebiet, das vom Standpunkt der Kultur usw. besondere Beachtung verdient, ist die Frauenerwerbsarbeit. In ihr liegen unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen kulturzerstörende und kulturaufbauende Tendenzen. Die kulturzerstörenden Tendenzen haben ihre Wurzel nur in der grundsätzlichen Verteilung der Arbeit und in der allgemeinen falschen Einstellung zur verwaltenden und werterhaltenden Hausfrauenarbeit.

Wir können daran nicht vorbeigehen, daß aus dieser nur nach kapitalistischen Grundsätzen organisierten Frauenerwerbsarbeit eine ungeheure moralische und gesundheitliche Jugendarbeit notwendig herauswächst.

Unsere ganze häuslich-privatwirtschaftliche Lebensgestaltung, aber auch die sozialen Lebensformen und die sozialen Einrichtungen, damit unser ganzes soziales Leben, stehen in einem trassen Gegensatz zu den sozialen Auswirkungen der Frauenerwerbsarbeit und zum sozialen Menschenrecht schlechthin.

Es ist ein neues Frauengeschlecht herangewachsen. Die Entwicklung ist noch im Fluß. Der eigene Erwerb gibt wirtschaftliche Selbständigkeit, größere Lebenssicherheit, gibt mit dem anderen Umkreis und Tätigkeit auch eine andere geistige und soziale Perspektive. Der Eintritt der Frau in die Politik, das Frauenwahlrecht, sind nur die Konsequenz der Frauenerwerbsarbeit.

Es ist nun eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Wohnungsfrage in Verbindung mit der Frage der Haushaltsgestaltung und Führung den neuen Verhältnissen entsprechend entwickelt wird. Die Wohnungsfrage ist verknüpft mit dem Wohnungselend, das wir aus der Vorkriegszeit mit herübergeschleppt haben in die Gegenwart, wie es zu den ungeheuren Dimensionen angeschwollen ist und bei der Gestaltung der Wohnfrage als Hindernis wirkt. Das heutige Wohnungselend ist die Quelle für Ehezerstörung und Jugendverwahrlosung, für Volksleiden wie: Tuberkulose, Alkohol — Geschlechtskrankheiten, aber auch für das Elend der Kinder — Verkrüppelung des Geistes und der Seele.

Erwerbslosigkeit, Wohnungselend, Wirtschaftskrisen — drei fast unüberwindlich scheinende Hindernisse auf dem Wege zu dem, was wir „Volkswohlfahrt“ nennen. Und doch heißt es nun erst recht an die Arbeit gehen, Wege zu suchen, die uns herausführen aus den Wirnissen einer anarchischen Wirtschaft, aus dem ewigen Unfrieden innen- und außenpolitischer Zerrissenheit.

Wir als Sozialdemokraten wissen, daß nur der Sozialismus uns zum Ziele führen wird, daß nur durch die Durchdringung unseres ganzen Staats- und Wirtschaftslebens mit sozialistischem Geist dieses Ziel erreicht werden kann. Wir wissen es — aber noch viel zu klein ist die Zahl derer, die zu unserer Fahne stehen, viel zu klein insbesondere die Zahl

der Frauen, die doch der Sozialdemokratie in erster Linie die Möglichkeit politischer Einflussnahme verdanken.

Darum gilt es auch vor allem — und nicht nur in der Werbeweche —, die Frauen für unsere Ideen zu begeistern. Die Erreichung unseres großen, gemeinsamen Zieles ist nicht zuletzt eine Machtfrage. Je mehr Anhängerinnen unsere Forderungen unterstützen, je eher werden wir unser Ziel erreichen.

Der Vorkämpfer der Frauenrechte

Worte Bebels.

Der Sozialismus als Befreier.

„Die Frau steht dem Manne erst gleich, wenn sie nicht bloß rechtlich, sondern auch ökonomisch ihm gleichsteht, wenn sie das gleiche Menschenrecht wie der Mann genießt, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse dem Manne es unmöglich machen, sich zu ihrem Herrn aufzuwerfen, weil er ihr Ernährer ist. Der gesellschaftliche Zustand, der keinen Herrn und keine Unterdrückten kennt, weder auf politischem, noch ökonomischem, noch religiösem, noch geschlechtlichem Gebiete, ist der Sozialismus. Im Sozialismus allein tritt die Frau, wie jeder Unterdrückte in den Besitz des vollen Menschenrechtes. Der Sozialismus setzt sich

die höchste Entwicklung der Kräfte und Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder, also auch der Frauen,

zum Ziel; er verlangt von allen Gesellschaftsmitgliedern, also auch von den Frauen, die Anwendung ihrer Kräfte und Fähigkeiten zum gemeinsamen Nutzen; er gewährt allen Gesellschaftsmitgliedern, also auch den Frauen, vollen Anteil an dem gemeinschaftlichen Ertrage und Nutzen aller Tätigkeit. Im Sozialismus allein kann sich der edelste Trieb im Menschen, die Liebe, voll und ganz entfalten; alle Hemmnisse sollen weg, Mann und Frau stehen sich vollständig gleich gegenüber, ihre Neigung allein entscheidet ihr Zusammenleben, ihre Ehe“

Die Frau hat das gleiche Recht.

„Die Frau hat von Natur das gleiche Recht wie der Mann, der Zufall der Geburt kann daran nichts ändern. Die Frau, weil sie als Frau nicht als Mann geboren ist — moran der Mann so unschuldig ist wie die Frau —, von den Rechten der Menschen auszuschließen, ist ebenso unsinnig und ungerade, als wenn Rechte von dem Zufall der Religion oder der politischen Gesinnung abhängig gemacht werden, oder daß zwei Menschen sich als Feinde betrachten, weil sie bei durch den Zufall der Geburt verschiedenen Volkstämmen oder verschiedenen Nationalitäten angehören. Alles das sind eines freien Menschen unwürdige Hemmnisse und Gefinnungen, und der Fortschritt der Menschheit besteht darin, diese, und zwar so rasch als möglich, zu beseitigen. Es hat keine andere Ungleichheit ein Recht auf Bestand als jene, welche die Natur für die Erreichung des äußerlich verschiedenartigen, im Wesen gleichartigen Naturzwecks begründete.“

Die Naturstrafen wird aber kein Geschlecht überschreiten,

weil es damit seinen eigenen Naturzweck vernichtet, darauf können wir uns sicher verlassen, und ist kein Geschlecht berechtigt, dem andern seine Schranken zu ziehen, so wenig wie eine Klasse der andern.“

Frau und Mann im Proletariat.

„Ein günstigeres Verhältnis bildet sich zwischen Mann und Frau im Proletariat heraus, insofern beide erkennen, daß sie an dem gleichen Strang ziehen und es für ihre menschenwürdige Zukunft nur ein Mittel gibt: die gründliche gesellschaftliche Umgestaltung, die alle zu freien Menschen macht. In dem Maße, wie diese Erkenntnis sich auch unter den Frauen des Proletariats immer mehr verbreitet, idealisiert sich, trotz Not und Elend ihr Eheleben. Beide Teile haben jetzt ein gemeinsames Ziel, nach dem sie streben und eine unerschöpfliche Quelle der Anregung durch den Meinungsaustausch zu dem ihr gemeinsamer Kampf sie führt.“

Die Zahl der Proletarierfrauen, die zu dieser Erkenntnis kommen, wird mit jedem Jahre größer. Hier entwickelt sich eine Bewegung, die von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft der Menschheit ist“

Der Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige ökonomische Entwicklung die

Frau zwingt, sich zum Konkurrenten des Mannes aufzuwerfen,

er weiß aber auch, daß die Frauenerwerbsarbeit zu verbieten ebenso unsinnig wäre wie ein Verbot der Anwendung von Maschinen und so trachtet er danach, die Frau über ihre Stellung in der Gesellschaft aufzuklären und sie zur Mitkämpferin in dem Befreiungskampf des Proletariats gegen den Kapitalismus zu erziehen.“

Die sozialistische Ehe.

„In der sozialistischen Gesellschaft ist die Ehe das reinst, von keiner anderen Rücksicht als auf die gegenseitige Neigung, geschlossene Verhältnis; ein Verhältnis, das, weil es aus keiner anderen Absicht als der, sich gegenseitig anzugehören, von zu gegenseitiger Achtung und voller Gleichberechtigung erzeugten Menschen geschlossen wird, eine unendlich stichere Grundlage, als die meisten heutigen Ehen hat. Es erfüllt nicht, wie böswillige und unverständige Gegner dem Sozialismus unterstellen wollen, die sogenannte „Weibergemeinschaft“, ein Zustand, dessen Name schon eine schimpfliche Degradation der Frau bedeutet, der aber heute für manche Klassen in Wirklichkeit besteht“

„Die Frau und der Sozialismus“ (1879).

Frauenarbeit — Frauenrechte.

Der Kampf für die Arbeiterklasse als Staatsbürgerpflicht.

Von Anna Seyer.

Nicht selten hört man die Behauptung, daß den Frauen die politische Gleichberechtigung im November 1918 geschenkt worden sei, ohne daß sie jemals ernstlich darum gekämpft hätten. Vergleicht man die verhältnismäßig kleine Zahl der Frauen, die bereits vor dem Krieg den Kampf um ihre politischen Rechte geführt haben, mit der Masse der Frauen, denen das politische Wahlrecht zuteil wurde, so mag diese Behauptung allerdings den Schein der Richtigkeit für sich haben. Aber richtig ist sie darum doch nicht.

Gewiß ist das Tempo, in dem sich eine politische Entwicklung vollzieht, abhängig von dem politischen Willen der für sie kämpfenden Klasse oder Gruppe. Der kleinen Zahl der für das Wahlrecht kämpfenden Frauen stand schon seit Jahrzehnten vor dem Krieg der nicht geringe politische Wille der deutschen Sozialdemokratie zur Seite, der schließlich auch zum Ziele führte. Aber wenn der politische Wille für eine Änderung der politischen Rechts- oder Machtverhältnisse wichtig und bedeutungsvoll ist, so ist noch ungleich entscheidender, daß eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse dafür die Vorbedingungen geschaffen hat.

Diese Veränderung der wirtschaftlichen Stellung der Frau hat sich im Laufe des letzten Jahrhunderts vollzogen. Die Frauenerwerbsarbeit bildet die Voraussetzung für das Frauenwahlrecht. Zwar ist die Frauenerwerbsarbeit keine Erfindung des letzten Jahrhunderts. Die Frauen haben zu allen Zeiten gearbeitet. Aber ihr Arbeitsgebiet war in früheren Zeiten genauer abgegrenzt. Es bestand im wesentlichen in der Herstellung eines großen Teiles von Bedarfsgegenständen in der eigenen häuslichen Wirtschaft. Je mehr die moderne Form der Gütererzeugung die Herstellung einer immer größeren Zahl von Gegenständen aus dem Haushalt in den Gewerbebetrieb verlegte, desto größer wurde auch die Zahl der Frauen, die in den Fabriken arbeiteten und nicht mehr ausschließlich in ihrem Haushalt. Zwischen der Zunahme der außerhäuslichen Erwerbsarbeit der Frauen und der Verringerung der Hausarbeit bestand und besteht auch heute noch eine deutliche Wechselwirkung. Je geringer die Hausarbeit, desto leichter können die Frauen Verursacherin leisten. Je mehr Frauen einem außerhäuslichen Erwerb nachgehen, desto lebhafter wird das Bedürfnis nach Erleichterung in der Hausarbeit.

Aber nicht die Befreiung von einem Teil der Hausarbeit war die für das Frauenwahlrecht entscheidende wirtschaftliche Veränderung. Die Frauenerwerbsarbeit in den Fabriken und in den Bureaus war es vor allem, die das Frauenwahlrecht zur Folge hatte. Diese Arbeit hat von Jahr zu Jahr an Bedeutung zugenommen. Für Deutschland orientieren uns darüber Statistiken seit dem Jahre 1882. Damals waren 5,5 Millionen Frauen oder 24 Proz. der weiblichen Bevölkerung erwerbstätig. Für die Berufszählung von 1925 liegen bis jetzt nur Teilergebnisse vor. Es kann danach geschätzt werden, daß heute fast 11 Millionen, also doppelt soviel Frauen wie 1882, erwerbstätig sind.

Nicht nur im Umfang der Frauenerwerbsarbeit, auch in der Art der Tätigkeit hat sich eine Veränderung vollzogen. Bis vor wenigen Jahrzehnten war es fast ausschließlich die Frau des Proletariats, die außerhalb ihres Hauses erwerbstätig war. Man wies ihr vorwiegend die am meisten untergeordneten und unselbständigen Arbeiten zu. Heute sind wir so gewohnt, die Frauen auch in höheren Berufen und bei selbständiger Arbeit anzusehen, daß es uns kaum mehr zum Bewußtsein kommt, wie schnell sich gerade auf diesen Arbeitsgebieten die Entwicklung und Anerkennung der Frauenerwerbsarbeit vollzogen hat. Im Jahre 1893 wurde zum erstenmal Mädchen die Zulassung zum Abiturientenexamen gestattet und im Jahre 1899 wurden Studentinnen zum erstenmal zur medizinischen und pharmazeutischen Staatsprüfung zugelassen. Die anderen akademischen Berufe folgten noch später. Höhere Beamtenstellen wurden den Frauen vor dem Krieg überhaupt nicht eingeräumt. Innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts haben die Frauen mit zäher Energie und mit Tüchtigkeit um die Anerkennung ihrer beruflichen Arbeitsleistung gerungen. Nicht nur die akademisch gebildete Frau in den höheren Berufen wurde eine immer häufigere Erscheinung. Auch in den Bureaus und zum Teil sogar in den Fabriken wurden Frauen leitende Stellungen übertragen.

Die Einschätzung der weiblichen Arbeitsleistung hat sich grundlegend geändert. Die in die Enge ihres Haushalts gebannte Frau früherer Jahrhunderte hatte keine Gelegenheit, ihre ganz anders geartete Arbeit mit der Arbeitsleistung des Mannes zu vergleichen. Sie war leicht von der Unterwertigkeit ihrer Leistungen und ihrer Person zu überzeugen. Schwieriger war das bei der Fabrik- oder Bureauarbeiterin. Sie arbeitete häufig an der Seite von Männern. Sie konnte ihre Arbeitsleistungen vergleichen mit denen ihrer männlichen Kollegen. Nicht selten konnte sie konstatieren, daß sie viele Arbeiten ebenso gut verrichtete wie die Männer. Besonders als während der Kriegsjahre viele Frauen zu zahllosen Arbeiten herangezogen wurden, die vorher ausschließlich den Männern vorbehalten waren, da wurde förmlich mit Erstaunen von Männern wie von den

Frauen selbst bemerkt, daß das Märchen von der geringeren Leistungsfähigkeit der Frau eben nur ein altes Märchen war. Die Tüchtigkeit der arbeitenden Frauen, besonders während der Kriegsjahre, in den Fabriken sowohl wie in den höheren Berufen, hat die psychischen Voraussetzungen geschaffen für die widerstandslose Einführung des Frauenwahlrechts durch die Partei der Arbeiterklasse, durch die Sozialdemokratie. Ohne die Erwerbsarbeit der Frauen wäre die Einführung des Frauenwahlrechts nicht möglich gewesen. War auch die Zahl der Bewußt für das Wahlrecht kämpfenden Frauen nur klein, so hat doch die große Mehrheit der Frauen durch ihre Leistungen für die Allgemeinheit, für die Wirtschaft des ganzen Volkes, sich die Anerkennung erzwungen, die sich in politische Rechte umsetzen mußte.

Verhältnismäßig schnell haben die Frauen gelernt, von ihren neuen politischen Rechten Gebrauch zu machen. Die Wahlbeteiligung der Frauen blieb im allgemeinen wenig hinter den entsprechenden Zahlen der männlichen Wähler zurück. Freilich ist auch heute wieder die Schär der Frauen verhältnismäßig klein, die ihre politischen Rechte bewußt in politische Macht für die Partei der arbeitenden Frauen umsetzen will. Sie ist größer als die Zahl der vor dem Krieg für das Frauenwahlrecht kämpfenden Frauen. Mehr als 150 000 Frauen sind heute in der Sozialdemokratie tätig. Das ist eine große Schär, und doch — in Beziehung zur Zahl der erwerbstätigen Frauen gesetzt — noch nicht einmal anderthalb Prozent. Viel größer ist die Zahl der Frauen, die aus ihrer wirtschaftlichen Stellung heraus sich der Partei zuwenden müßten, die seit dem Bestehen der Arbeiterpartei Frauen gewahrt hat — die Sozialdemokratie.

Sehr viele Frauen wissen den Wert und die Verantwortung des Frauenwahlrechts kaum zu würdigen. Es ist ihnen heute, nach kaum acht Jahren schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Sie wissen nicht, daß sie als deutsche Frauen damit den Frauen in sehr vielen anderen Ländern ein gutes Stück voraus sind. Von allen Ländern Europas haben nur Deutschland, Rußland und die drei nordischen Länder das uneingeschränkte Frauenstimmrecht. In allen anderen Ländern, auch in den Staaten mit einer demokratischen Verfassung, wie Frankreich und England, haben die Frauen gar kein oder nur ein beschränktes politisches Mitbestimmungsrecht.

Die Tatsache, daß Deutschland mit zu den ersten Ländern gehört, in denen die Frauen gleichberechtigte Staatsbürgerinnen wurden, legt den deutschen Frauen die besondere Verpflichtung auf, sich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten in besonderer Weise bewußt zu sein. Ihr politisches Mitbestimmungsrecht muß viel mehr Frauen als bisher veranlassen, sich in politischen Fragen auf dem laufenden zu halten, so daß sie selbständig ihre politischen Entscheidungen treffen können.

In der Erwerbsarbeit haben sich die Frauen ihre Anerkennung als gleichwertige Arbeitskräfte durch ihre Tüchtigkeit errungen. Es ist kein geringeres Ziel, wenn sie sich durch ihr Interesse an der Politik und durch die Klugheit ihrer Entscheidungen ihre Anerkennung als gleichwertige Staatsbürger erringen. Das wird nur möglich sein, wenn sich die Frauen auch außerhalb der Wahlzeiten in größerer Zahl um politische Fragen kümmern, wenn sie sich laufend informieren, wie ihnen das durch den Besuch unserer Parteiveranstaltungen möglich ist, und wenn sie regelmäßig unsere Zeitung — auch den politischen Teil — lesen.

Die Frau, die Mitglied wird in der Partei, die seit ihrem Bestehen für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfte, die Frau, die sich der Partei der Arbeiterklasse, der Klasse des Aufstiegs zu einer besseren Zukunft anschließt, die Frau, die Sozialistin wird, zeigt damit, daß sie sich ihrer Verantwortung als Staatsbürgerin bewußt ist.

Die Krisis der Familie.

Zwischen zwei Kulturen.

Von Hedwig Wachenheim.

Wir leben in einer Zeit, da alte Bindungen aufgelöst und neue noch nicht geformt sind.

In der Politik liegt diese Tatsache klar vor uns. Vor 1918 stand für alle Nichtsozialisten und die wenigen Pazifisten fest, daß der Krieg nicht nur das letzte, sondern auch ein gutes Mittel im Konkurrenzkampf der Völker sei und für die Sieger ein Glück. Das industrielle und handeltreibende Bürgertum der ganzen Welt hat inzwischen den Glauben an die Segnungen des Krieges für die Vaterländer verloren. Es sucht den Frieden und erkennt, daß es sich unter dessen Hort am besten ruhig arbeiten, verdienen und mit anderen Völkern zum eigenen Nutzen handeln treiben läßt. Aber nach den Formen eines wahren Völkerbundes, einer wirklichen Friedenssicherung wird noch mühsam das Gelände abgetastet.

Jahrhunderte alte Monarchien brachen in Rußland, Oesterreich und Deutschland zusammen. Zwar ist an Stelle der Monarchie in Deutschland die demokratische Republik getreten, aber noch hat diese Republik ihren wahren Ausdruck nicht gefunden. Unentschieden wogt um sie noch der Kampf von Proletariat und Bürgertum. Die Republik hat die alte Rangordnung gesellschaftlicher Schichtung außer Kraft gesetzt, aber weder eine neue, noch eine wirkliche demokratische Gleichordnung an ihre Stelle gesetzt.

Im Deutschland vor 1918 dominierte der ostelbische Land Junker. Ihm folgte — seine Manieren, seine Auffassung von ständischer Rangordnung getreu nachahmend — das Bürgertum, in selbst geschaffenen, selbst anerkannten, vom Junker sorgfältig gepflegten Abständen: Reserveoffizier, Korpsstudent, Industrieller, Großkaufmann, Handwerker, Kleinkaufmann. Dam kam der Arbeiter.

Die Arbeiterklasse drängt herauf und zu wirklicher Demokratie; das Bürgertum will sie unten halten. Und wenn wir auch die Hoffnung auf den endlichen Sieg der Arbeiterklasse haben; ob die nächsten Jahrzehnte schon neue Formen bringen werden, ahnen wir nicht.

Diese Unsicherheit wirkt sich auch noch in viel intimeren Kreisen aus. Während dem Bürgertum jedes Klassenbewußtsein abging, zwangen Klassenlage und die der Klassenlage entsprechende Arbeiterbewegung dem Arbeiter Klassenbewußtsein förmlich auf. Je mehr er sich als Klassenglied fühlte, je mehr Pflege der Staat der Familie, angeblich als Stütze des Staates, in Wahrheit als Stütze der gesellschaftlichen Ordnung. Der nur in der Familie verankerte, nur ihrem Wohl und Wachstum verbundene Arbeiter war ein viel ruhigerer Dulder, als der in der Klasse verwurzelte. Saubere Bürgerlichkeit

auch der Arbeiterfamilie, gefügige Unterordnung der Frau, Einordnung der Kinder in den elterlichen Willen, Pflege des Familienlebens in der Freizeit, und das alles verbrämt mit einer Gefühlseligkeit, für die hundert Jahre vorher Schiller schon mit der „züchtigen Hausfrau“ das Motiv angeschlagen hatte, bannten vermeintlich die Gefahr, die eine fest zusammengeschweißte, kampftüchtige Klasse bot. Längst schon nagte die Industrialisierung an der Proletarierfamilie, jagte die Kinder in früher Jugend hinaus und unterwarf sie frühzeitig Einbrücken, auf die die Eltern keinerlei Einfluß hatten. Aber bis zu dem Augenblick, da alle Bande des Respekts zu reißen begannen und überleserte Fürstenthümer und Staaten zusammenfielen wie Zunder, blieb auch der Respekt vor dem alten Glauben an die patriarchalische Familie gewahrt.

Jetzt zeigt sich die Lüge klar vor unserm Auge. Wir sind in Deutschland immer noch weit entfernt von einer äußeren Auflösung der Familie, umso stärker ist nur zu oft die innere Auflösung und zwar in allen Klassen. Wir haben nie auf dem Standpunkt gestanden, daß die Auflösung der Familie eine gleichgültige Sache sei. Die neuesten Forschungen der Mediziner und auch die Erfahrungen, die zum Beispiel in der Praxis der Wohlfahrtspflege gemacht werden, offenbaren aufs neue ihren Wert für die Entwicklung der Kinder. Eine weitere

Durch die Sozialdemokratie hat das Denken von Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen eine feste Struktur bekommen. Die Sozialdemokratie hat sie aus der Stumpfheit herausgerissen und ihnen einen ständigen Trost eingehaucht. Sie hat die Geister zusammengefaßt, indem sie alle mit einem Glauben, mit einer Hoffnung, mit einem Willen erfüllte. Ihre Erfolge reichen weit über die Grenzen der Partei hinaus. Die Sozialdemokratie hat das Bild des Volkes verändert. Überall kann man eine Verschiebung der Volksart durch die Sozialdemokratie feststellen und überall wird die Veränderung auf einen erhöhten Gehalt der Freiheit und Selbständigkeit beruhen. Die Sozialdemokratie ist in den Augen der Armen die große Helferin und Trösterin. Was eigentlich die Kirche sein sollte, wenn sie nach der Lehre und dem Vorbild Jesu handelte, das hat an ihrer Stelle die Sozialdemokratie vollbracht, sie richtet die Gefallenen auf, sie sättigt die Hungerigen, sie predigt den Armen das Evangelium von ihrer Erlösung.

Pfarrer Liebster (Leipzig)
in seiner Schrift „Kirche und Sozialdemokratie“ (1900).

Gefahr aber zeigt uns der heutige Zustand und darum sprechen wir jetzt und hier von ihm. Wiederum werden die schwersten Lasten dieser Uebergangszeit auf das Lasttier beinahe aller Zeiten abgewälzt, die Frau. Die Ehefrau ist, sogar, wenn sie eine Doppelbelastung durch den Beruf nicht trägt, gefesselt an ihre Hausfrauenarbeit. Sie kennt keine Einschränkung der Arbeitszeit und wenn sie einmal für Minuten die Hände in den Schoß legen kann, bleiben die Sorgen lebendig. Mutterchaft und Mutterwerden, die körperliche, seelische und wirtschaftliche Verantwortlichkeit, die damit verbunden ist, ziehen den Kreis um das eigene persönliche Leben immer enger. Der Mann und die heranwachsenden Kinder aber leben in der Welt, und mit ihr, finden in ihren Kollegen und Kameraden, Freunde, gemeinsames Erleben mit ihnen, und schließlich neue Gemeinschaft. Die Mutter lebt in der Einsamkeit ihrer Hauswirtschaft und findet neue Gemeinsamkeit nicht. Mit ihrer Sorge um die ihren bleibt sie von ihnen verlassen. Solche erste Entfremdung bringt oft Reizbarkeit und die Reizbarkeit neue Entfremdung und verschärft die Flucht derjenigen, die sich aus der häuslichen Gemeinschaft leicht entfernen können für Stunden und Tage. Das ist nie die Frau. Und immer fester wird dann das Band, das draußen gemeinsames Erleben, gemeinsamer Glaube und gemeinsames Wirken um die dem Haus entflohenen und ihre Kameraden schlingt und immer größer die Einsamkeit der Zurückgebliebenen.

Wir können nicht einmal sagen, das Familienproblem sei leichter lösbar da, wo die Frau sich „emanzipiert“ hat, da, wo sie wirtschaftlich und geistig selbständig geworden ist. Die Form der Familie, die wir kennen und für die eine andere Form nur vereinzelt gefunden worden ist, beruht darauf, daß die Frau Ansprüche und Rechte auf Selbständigkeit ausübt und sich einordnet. Wo neue Formen heute sich zeigen, beruhen sie auf der Einschränkung der Kinderzahl, auf besonders guter wirtschaftlicher Lage, besonders glücklicher Veranlagung der Beteiligten; Allgemeingültigkeit haben sie noch nicht gefunden. Hier entstehen nicht jene schleichenden Erkrankungen, die wir oben geschildert haben, sondern der immer erneute Konflikt, der in der Frau heftiger sich austrägt als im Manne, weil ihr die Gefahr ihrer Doppelstellung stärker bewußt ist und die Notwendigkeit von Entscheidungen nach einer der beiden Seiten sie ständig bedrängt.

So stehen wir heute vor der von der Sozialdemokratie längst vorausgesagten Krise der Ehe und Familie. Es ist hier wie überall in der Gegenwart: alte Formen lösen sich und neue sind noch nicht gefunden. Die festen Bande, die einst Handwerk und Landwirtschaft um sie geschlungen haben und die noch lange nachher von der Ideologie jener Zeit gehalten wurden, zerfallen. Wir fühlen, daß die Aufgaben der Familie für die künftige Generation gelassen sind. Aber das Gehäuse dieser Aufgaben ist morsch geworden. Wir Sozialisten arbeiten an der Erneuerung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Formen. Wir haben ein festumrissenes Programm für die neue Form politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die zukünftigen Beziehungen von Mensch zu Mensch, die kulturelle Gestalt jener werdenden Gesellschaft steht noch nicht klar vor unserm Auge. Wir sehen die Krankheiten der Gegenwart und streben nach neuer Gestalt.

Offen steht vor uns die Tatsache, daß eine Flucht vor der Gegenwart in die Vergangenheit nicht möglich ist, sondern nur im Rahmen einer anderen Zeit die Probleme, die uns heute hier beschäftigen haben, die Lösung finden. An ihr mitzuarbeiten ist darum nicht zuletzt Frauensache.

Es ist eines der ältesten Befehle der Arbeiterbewegung, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr Werk sein kann, weil alle anderen Klassen an ihrer Unterdrückung interessiert sind. Lassalle hat dieses Wort dahin ergänzt, daß dieses Befreiungswerk höchsten sittlichen Impuls hat, weil es zusammenfällt mit der Tendenz der Geschichte und der Idee der Menschheit. Das gilt genau so für die Frauen, die sich selbst behaupten, um ihr Schicksal zu gestalten und die damit der Gesamtheit einen Dienst erweisen.

Vernunft in der Hauswirtschaft!

Normung für den Haushalt.

Von Hedwig Schwarz.

Die Wohnung, und ganz besonders die Küche, wird als „die Werkstatt der Frau“ bezeichnet. Dieser Werkstatt aber mangelt gar zu oft die Zweckmäßigkeit der Anlage und des Handwerkszeuges und macht das Arbeiten in ihr zur Qual. Wegen veralteter, durch und durch bürgerliche Begriffe von „Gemütslichkeit“ und „individueller Note“ müssen wir daher die Lösung der Vereinfachung und Vereinheitlichung setzen. Die Frau muß sich dagegen wehren, fortgesetzt unnötige Handgriffe, überflüssige Schritte und Gänge zu machen. Diese Dinge betrachte man nicht als belanglose Kleinigkeiten. Der Unternehmer, der in seinem Betrieb ein durchdachtes System für die Arbeitsweise, wie etwa das Taylorsystem, einführt, erzielt mehr oder weniger bedeutende Mehrleistungen; die Hausfrau, die ihr Tätigkeitsfeld nicht nur dumpf und mechanisch täglich durchdrast, sondern es durchdenkt, wird der Arbeitslast hier ein paar Sekunden, dort einige Minuten, dort eine Viertelstunde abringen, die ihr durch gewonnene Stunden für ihre geistige Weiterbildung, für öffentliche Tätigkeit oder seelische Einwirkung auf ihre Kinder zugute kommen.

Während bisher auf die praktischen Erfahrungen und Vorschläge von 19 Millionen Hausfrauen aus 12 Millionen Haushaltungen in Deutschland so gut wie gar keine Rücksicht genommen wurde, fängt man allmählich an, Hausfrauen-Baukommissionen bei den städtischen Behörden und Ausschüsse von Hausfrauenvereinen in der Industrie heranzuziehen. Nicht länger mehr wollen die Frauen, zum mindesten der auf Zeitersparnis bedachte Teil von ihnen, gottgegeben alles hinnehmen, was ihnen der Warenmarkt bietet (oder, was oft noch wichtiger ist, nicht bietet). Von den

Werkzeugen aus der Kofferkammer des nicht rationalisierten Haushaltes

seien nur die augenfälligsten aufgezählt. Welche Hausfrau kennt nicht die neckischen Kasserollen aus Aluminium, die ungefüllt stets nach der Seite des viel zu schweren Holzfüßes umfallen? Und die kleinen elektrischen Stehlampen mit dem unbeschwerften hölzernen Fuß, die bei der geringsten Berührung der Leitungsschraube umklappen? Weiter laden blecherne Handschaukeln mit viel zu stumpfem Rand beim täglichen Ausstreuen zum Geduldspiel ein, denn erst nach fünf- bis sechsmaligem Fegen hat man den Kebricht darauf gebracht, freilich auch dann nur unvollkommen. Waschschüsseln mit gerader oder gar mit nach außen gebuckelter Wand werden hergestellt, die das Ausgießen des Waschwassers zur aufregenden Beschäftigungsprobe machen, Wasen, die die Beschwerung durch Blumen nicht oder nur sehr schwer übertragen können, Porzellan- und Stalguttopfe, die unten breit, oben aber so schmal sind, daß man zum Abtropfen nicht mit der Hand hinein kann, Suppenshüsseln, aus denen man den Rest der Suppe nur mit Anstrengung herausbekommt, Küchenschränke, die für größere Schüsseln, Kleiderschränke, die für Normalbügel zu schmal sind usw. usw. Badlöcher kann man nicht fertig laufen, weil jeder Bratosen wieder eine andere Weite hat; von der größten Qual jeder umziehenden Hausfrau, der verschiedenen Fensterweite und der dadurch immer wieder notwendig werdenden Neuananschaffung oder Herstellung von Gardinen mit Stangen und allem Zubehör ganz zu schweigen. In diesen Rahmen gehören noch die verschiedenen Holzarten in den verschiedenen Berliner Bezirken, die für die Hausfrau wahrhaftig keine reine Freude sind.

Dem Normenausschuß der Deutschen Industrie ist endlich einmal ein

Anfang zur Ueberwindung dieser unhaltbaren Zustände

gemacht worden. Es sind jetzt einheitliche Einkochgläser vorgeschlagen worden, damit beim Zerbrechen von Deckeln oder Gläsern oder beim Zerreißen von Summringen nicht stets das ganze Glas neubeschafft zu werden braucht, sondern jedes einschlägige Geschäft den Ersatzteil liefert. Die genormten Gläser sind durch das Zeichen DIN gekennzeichnet, und keine fortschrittlich gesinnte Hausfrau sollte in Zukunft mehr ungenormte Einkochgläser kaufen.

Gegen die Normung werden aber nicht nur rückständige Hausfrauen, sondern auch Zweige der Industrie, die sich in ihren Verdienstmöglichkeiten beeinträchtigt fühlen, Protest erheben. So selbstverständlich es ist, daß sich der Normenausschuß mit seinen ersten Vorschlägen auf der Linie des geringsten Widerstandes bewegt, so berechtigt ist der Hinweis, daß es für die breite Masse der Frauen näherliegende Forderungen gibt, — denn wie vielen ist die Beschaffung von Einkochgläsern überhaupt möglich? Als nächste Aufgaben wären dem Normenausschuß daher vorzuschlagen: Normung von Kaffeemühlen, Fleischhackmaschinen, Pastermaschinen und Küchengeräten aller Art, damit nicht die Beschaffung von Ersatzteilen weiterhin so unendlich viel Ärger und Zeitverlust durch fruchtlose Gänge verursacht. Weiterhin wäre daran zu denken, daß nicht mehr ein Kaffee- oder Eßservice durch Zerbrechen irgendeines geringfügigen Teiles unvollständig gemacht und durch unpossessionen Ersatz verdrorben wird. Durch Normung unter Hinzuziehung von Kunstgewerblern könnten etwa 1—2 Duzend von Servicegeschaffen werden, die der Verschiedenartigkeit von Geschmack und Gebeuteln vollumfänglich entsprechen. Ferner müßten für Aluminium-, Emaille- und Eisenöpfe feste Normen geschaffen werden, die dem Durchmesser der (ebenfalls genormten) Herdlöcher und -ringe entsprechen, und das Fehlen eines Topfes im „Geh“ nicht gleich zur Katastrophe machen, da immer passender Einzelerlös zu beschaffen ist, auch für die Deckel. Auch auf die praktische Ausgestaltung aller genormten Gegenstände hätten die beteiligten Hausfrauvertreterinnen zu achten. Alle Aluminiumöpfe, besonders die vielbenutzten Wasserkeffel, sollten mit isolierten Griffen versehen sein, und vor allem sollte man nicht so dünnwandiges Aluminium verarbeiten, daß die Töpfe in 1—2 Jahren durchlöcheren und unbrauchbar sind. Die „Billigkeit“ dieser Art von Waren erweist sich als Betrug gerade an den ärmsten Volksschichten.

In weiter Ferne für den Normenausschuß liegt die Vereinheitlichung von Fenstern, Türen, Bettstellen, Herden usw. Eine Unmenge von Zeit, Kraft und Material wird immer noch verschwendet, weil die Hausfrau ihr Tätigkeitsgebiet nicht geistig beherrscht. Große und dankbare Aufgaben hat der Normenausschuß vor sich, und Pflicht jeder modern eingestellten Hausfrau muß es sein, seine Arbeit tatkräftig zu unterstützen.

Diese Anregungen fügen sich in den Rahmen des heutigen Wohnungsbaues ein. Doch dümmert in Deutschland kaum die Zeit herauf, in der die Familie in neuer Form in der Gemeinschaft mit anderen Familien lebt. Der isolierte Einzelhaushalt ist die Norm, der sich auch die Proletarierfrau beugt. Jetzt schon sind einzelne Kräfte genug, sich gegen die Ironie dieses Haushaltes durchzusetzen. Aber die Massen der hausarbeitenden Frauen müssen die Rationalisierung ihres Haushaltes als eine drängende Aufgabe erkennen und bewältigen, um sich die ökonomische Basis für ihre Befreiung zu schaffen.

Bezirksvorstand.

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Sonnabend, den 23. Oktober, abends pünktlich 8 Uhr, im Konferenzzimmer der Vorwärts-Redaktion, Lindenstraße 3, 4. Hof, 4 Tr.

Voranzeige!

Dienstag, den 26. Oktober, abends 7 Uhr, findet in den „Germania“-Kaufhaus, Chausseestraße 110, eine allgemeine Funktionärerversammlung statt mit der Tagesordnung: **Unsere Stellungnahme zur Färbenabfindung.** Referent ist Genosse Ernst Hellmann, M. d. L. — Die Funktionäre werden gebeten, sich diesen Abend für die Versammlung freizubehalten.

9. Kreis Wilmersdorf. Heute, Donnerstag, 8 Uhr, im Viktoriagarten, Wilhelmstraße 119/120, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Färbenabfindung“. Referent Hermann Hellmann, M. d. L. Wegen der Wichtigkeit der Sache müssen unbedingt alle Genossinnen und Genossen bestimmt erscheinen.
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Freitag, 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Schulstraße 11, neben der Kaiserstraße, Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Färbenabfindung“. Referent Kreisvorsitzender Friedrich Schiele. Alle Genossinnen und Genossen müssen unbedingt erscheinen.

14. Kreis Kreuzberg. Die Abteilungen werden ersucht, Genossen zu benennen, die bereit sind, als Jugendführer tätig zu werden. Die zu Benennenden müssen in Strohen wohnen, die mit dem Buchstaben S oder B beginnen. — Erweiterte Kreisvorstandssitzung am Freitag, 23. Oktober, 7 1/2 Uhr, an der bekannten Stelle.
20. Kreis Reinickendorf. Freitag, 23. Oktober, Werbestimmung mit Musik im Lokal, Treffpunkt 6 1/2 Uhr Bahnhofsvorplatz. Beteiligung aller Genossinnen und Genossen des gesamten Kreises ist Pflicht.

Heute, Donnerstag, 21. Oktober:

8. WK. Die Jugendfeier am Sonnabend, 23. Oktober, mußte wegen besonderer Schwierigkeiten abgesetzt werden. Die Genossen, welche im Besonderen an der Jugendfeier teilnehmen wollen, werden sich an den Genossen Wilhelm Kappstein, Culmb. 20a.
24. WK. 6 Uhr Jugendleiterfortbildung von den bekannten Stellen aus. Alle müssen sich beteiligen. 7 1/2 Uhr bei Frau, Danziger Str. 71, Konferenz aller Jugendleiter. Jede Schule muß unbedingt vertreten sein.
28. WK. Exponat. Kapitalismaterial für die rote Woche ist in der „Vorwärts“-Exposition ausgestellt. 20. Alle Genossinnen und Genossen müssen sich von Donnerstag bis Samstag dort melden zur Arbeitseinteilung.
Wingental-Exponat. 8 Uhr bei Hofener 14, abends. Vortrag. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Gänge willkommen.

Morgen, Freitag, 22. Oktober:

4. WK. 6 1/2 Uhr Vortrag mit Musik. 7 1/2 Uhr Denkmalspiel, anschließend 7 1/2 Uhr Werbestimmung im Nationalhof Bülowstraße. Redner Bezirksvorsitzender Kumpert. Die Bezirksführer laden ein, möglichst auch die Kompatibilisten, und holen die Einblendungsbettel bei Wäcker, Steinmetzstraße 10a, ab.
27. und 28. WK. 8 Uhr im großen Saal der Bohndorfer Brauerei, Landwehrer Allee 14/15, große Versammlung. Alle Genossinnen und Genossen müssen wegen der wichtigen Tagesordnung unbedingt erscheinen.
31. WK. Friedenstag. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich vollständig an der Kreismitgliederversammlung 8 Uhr in der Schule Feuerstraße.
121. WK. Karibisch. 8 Uhr im Restaurant Friedenstempel, Teesdomäne 20, Versammlung. Vortrag: „Werden und Wollen der SPD.“ Referent: Genosse Karl Volkmann. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen. Gänge herzlich willkommen.
129. WK. Hagen. Werbestimmung mit Musik. Treffpunkt 6 1/2 Uhr Bahnhofsvorplatz. Erscheinen aller ist Pflicht.

Frauenveranstaltungen:

14. Kreis Kreuzberg. Die Abteilungsleiterinnen treffen sich Freitag, 23. Oktober, 6 Uhr, im Vorraum der „Neuen Welt“ zu einer wichtigen Besprechung.

RUWE WINKEL

Ein auch in der Programmzusammenstellung außerordentlich gefälliger Beethoven-Abend war der Höhepunkt dieses Tages. Die feine, wenn auch für das Lebenswerk des Meisters nicht sehr bedeutungsvolle Ouvertüre zu dem Festspiel „König Stephan“ führte zu zwei Werken ganz großen Formats hin: dem C-Moll-Klavierkonzert und der Sinfonie Nr. 2. Frida Kwast-Hodapp bot mit dem Klavierkonzert eine Pianistenleistung, die alles Lob verdient. Das kraftvoll-wichtige Werk verlor auch in der Übertragung nichts von diesem Charakter, höchstens, daß einmal in den höheren Lagen ein Forte-Ton des Flügels störend dröhnig durchklang. Hier ist für Radio-Spieler noch immer besondere Vorsicht geboten. Das Fünffachorchester, das unter Leo Blechs temperamentovoller Leitung das Konzert begleitet hatte, entwickelte auch in der D-Dur Sinfonie wieder seine besten Eigenschaften. Blech, vielleicht nicht einer der prägnantesten, aber doch gewiß einer der feinfühligsten Beethoven-Dirigenten, war dem Werk ein außerordentlich glücklicher Interpret. Leopold Schmid leitete den Abend mit einem knappen, verständnisvollen Vortrage ein.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 21. Oktober.
 Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt.
4 Uhr nachm.: Onkel Doktor als Märchenerzähler: „Die erste“

20. WK. Freitag, 22. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Lokal „Zum Besenbinder“, Wilmersdorf, Freitag: „Die Grundlagen städtischer Erziehung.“ Referent: Wilhelm Wiethe. Gänge herzlich willkommen.

Jungsozialisten. Heute, Donnerstag, 21. Oktober:

Gruppe Reinickendorf: Beteiligung an der Arbeitgemeinschaft des Volkshilfsamtes Kreuzberg über: „Europäische Wirtschaftsentwicklung“. Leiter: Studienrat Edwin Marzavati. In der Volkshilfsarbeit Sonntagvormittag, Beginn pünktlich 8 Uhr. — **Gruppe Kreuzberg II:** 8 Uhr im Jugendheim Kogelnitz. Vorbereitung zur Werbestimmung am Donnerstag nächster Woche.

Morgen, Freitag, 22. Oktober:

Gruppe Schöneberg-Charlottenburg-Liesegang: Gemeinsamer Werbestabend im Rahmen der roten Woche 8 Uhr im Jugendheim Schöneberg, Baumstr. 15, Orchesterzimmer. Vortrag: „Jugend und Partei“. Referent: Franz Leinff. Jugendgenossen aller Kreise sind eingeladen. — **Gruppe Prenzlau:** 8 Uhr im hiesigen Jugendheim Altfingstraße 45, Zimmer 2. Vortrag: „Neue Kunst“. Vortragender: Genosse Rappel. Wir bitten um rege Beteiligung. Arbeiterjugend und Partei herzlich willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Jugendabende und Referenten des SWJ: Erste Zusammenkunft Sonnabend, 23. Oktober, in der Jüdischen Sprachschule, Lindenstr. 3. Vortrag des Genossen Dr. Siegfried Bernfeld über: „Die Frage des proletarischen Jugendlichen“. Vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.
Wesens: Die Jugendfeier, die am Sonntag stattfinden sollte, muß wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten abgesetzt werden. Die gelassenen Karten werden gegen Rückerstattung des Geldes von unseren Genossen und von dem Genossen Kappstein, Culmb. 20a, zurückgenommen.

Heute, Donnerstag, 21. Oktober:

Kostplatz: Chermolow Str. 19, Einführungsabend. — **Kordens: Jugendheim, Wilmersdorf, Schulstr. 13, 3. Unterhaltungsabend.** — **Schulhauser: Kordens: Jugendheim, Wilmersdorf, Schulstr. 22, Vortrag: „Jugend und Sozialismus.“** (Außerordentliche Mitgliederversammlung.) — **Kantow: Jugendheim 13, Ge-**

Zigarette* (Erzählt von Dr. med. E. Mosbacher). 4.30 Uhr nachm.: Hermine von Villinger: Resurrectionen. 1. Auch ein Roman. 2. Die Fräulein (Gelesen von Karl Elzer). 5-6 Uhr abends: Unterhaltungsmusik der Kapelle Gebrüder Steiner. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater und Filmdienst. 6.30-7.20 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 6.30 Uhr abends: Abteilung Technik. Geh. Bergrat Professor Dr. A. Stavenhagen: Die Kohle, unser schwarzer Diamant (2. Teil). 7 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Spanisch (C. M. Alfieri und G. van Eyseren). 7.30 Uhr abends: Georg Brodt: Wirtschaftsdiktatur — Wirtschaftsdemokratie. 8 Uhr abends: Sonderspiele „Schwarzwaldmädel“, Operette in drei Teilen von August Neidhart. Musik von Leon Jessel. Dirigent: Der Komponist. Leitung: Cornelis Bronsgeest. Hiasius Römer, Domkapellmeister; Gustav Charlé; Hanneli, seine Tochter; Tilly Feiner; Bärbele, bei Römer bedientet; Käse Jöken-König; Jürgen, der Wirt vom „Blauen Ochsen“; Bernhard Köhler; Lotte, seine Tochter; Frieda Wolf; Malwine von Hainau; Margit Suchy; Hans; Franz Baumann; Richard; Artur Hell; Die alte Traudel; Ida Perry; Schmußheim, ein Berliner; Karl Neisser, Musikanten, Banern, Bäuerinnen. Die Handlung spielt in St. Christof im Schwarzwald, gegenwärtig. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Weiterdienst Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Tanzorchester Etté).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 21. Oktober.

2.30-3 Uhr nachm.: Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins: Ordnung in Schränken und Trüben. 3-3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel, Oberschullehrer Westermans: Einheitskurschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Professor Dr. Ziehen: Experimentelle Untersuchung des Spiels und Kampfes der Motiva. 4-4.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Ziehen: Hauptformen der Willenshandlung. 4.30-5 Uhr nachm.: Aus dem Zentralinstitut. Berichte. 6-6.30 Uhr abends: Blum, Krefeld: Viehwirtschaft mit Rücksicht auf heutige Futterverhältnisse. 6.30-7 Uhr abends: Diplom-Handelslehrer Wieg: Volkswirtschaftliche Fragen für junge Kaufleute. 7-7.30 Uhr abends: Mihail Wittels: Die frühen Sonaten Beethovens. 7.30 bis 8 Uhr abends: Artur Holtscher: Reise durch China: Peking. Ab 8 Uhr abends: Übertragung aus Berlin

meinebschule, Schult. 10. Bahn-Winter-Referate. — **Wilmersdorf: Jugendheim Wilmersdorf, Schulstr. 14.** Vortrag: „Kühnheit und Mitleid“. — **Achensee: Jugendheim Fildisch, Wilmersdorf, „Sozialistische Erziehung.“** — **Wilmersdorf: Jugendheim Rosenhofer Str. 14.** Vortrag: „Mitleid und Mitleid“. — **Wilmersdorf: Jugendheim Obernstraße, Grottestraße für unsere Revolutionsfeier.** Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen. — **Wilmersdorf: Reinickendorf: Gänzlich Genossen beteiligen sich an der Demonstration der Partei. Treffpunkt 7 Uhr am Bahnhofsvorplatz in Zegel.**

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Gef. 41. Stelle: Berlin 414, Gebotsstr. 17/18, Hof 3 Tr. **Stenzlamer Weg:** Kameradschaft Genesfelder Weg Nr. 22, 8 Uhr, bei Pöthner Kameradschaftssitzung mit dem Kreisvorstand. Die Donnerstagssitzung fällt aus.

Reinigung für Schül. und Erziehungsfreunde, Berlin-Tempelhof. Freitag, 22. Oktober, 8 Uhr, Abschiedsfeier der Gemeindefrauen Wilmersdorf, 23 III. „Schöneberg Jugendlicher“ (Sonntagszeit Dr. G. Vögel). Eintritt frei.
Deutscher Esperantobund, Ortsgruppe Berlin. Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, Ronchitoni Dobrin, Dofischer Markt, Verbandsabend. Gänge willkommen.
Esperantobund Berlin. Freitag, 22. Oktober, 8 Uhr, beginnt im Dortheimer-Pavillon, 20, Wilmersdorf, ein Esperanto-Konferenzabend. Interessenten willkommen.
Esperantogrupo Reinickendorf. Donnerstag, 21. Oktober, 8 Uhr, eröffnet Genosse Wilmersdorf einen Kursus für Anfänger in der Schule Wilmersdorf, Zimmer 28.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. nach.) Berlin ist sehr kühl, wechsell. bewölkt, ohne erhebliche Niederschläge. — **Für Deutschland:** Im Norden noch keine wesentliche Änderung, im Süden harter Frost.

JEDER DRITTE RAUCHER
 einer 5 Pf.-Zigarette
RAUCHT OVERSTOLZ



Die Entwicklung einer einzigen Marke zum STANDARD-TYP ihrer Preislage war nur dadurch möglich, daß der Raucher die Qualitäts-Vorteile der Overstolz erkannte.

Der verwöhnte Raucher, der bei besonderem Anlaß eine teure Zigarette raucht, hat Overstolz zur täglichen Verbrauchszigarette erwählt, denn er schätzt an ihr den reinen Geschmack edler mazedonischer und kleinasiatischer Tabake, den er sonst nur in teuren Zigaretten findet.

Die große Raucherschicht, deren Mittel es nicht erlauben, mehr als 5 Pf. für eine Zigarette auszugeben, empfindet mit Freude, wie sehr sich das Qualitäts-Niveau dieser Preislage gehoben hat.

Es soll uns eine besonders angenehme Aufgabe sein, durch weitere Verbesserungen unserer Overstolz jedermann zum VERWÖHNTEN RAUCHER zu machen.



Die volkstümliche Zigarette

Haus Neuenburg
 O.H.G.

Das Kartell der Banken.

Aussagen in der Wirtschafts-Enquete.

Der Kreditausschuss der Wirtschafts-Enquete hatte die führenden Mitglieder der Stempelvereinigung, des Konditionen-Kartells der Großbanken und Banhäuser, zu einer Vernehmung geladen, um sich als eine weitere Einführung in die Untersuchung über die Gestaltung der Kreditkosten, über die Zinshöhe und Zinspanne einen Überblick zu verschaffen, über die Natur der Stempelvereinigung und über die Art ihrer Festsetzung von Zinsen und Provisionen. Man hörte in der von dem Genossen Hilferding geleiteten Vernehmung manches Interessante von der Eigenart dieser Vereinigung der Banken. Bei völliger Formlosigkeit, bei dem Mangel rechtlicher Bindung ihrer Beschlüsse, die stets einstimmig gefasst werden müssen, herrscht doch

die denkbar schärfste Disziplin.

In den vielen Jahren, seitdem die Stempelvereinigung funktioniert, ist es nie zu einer abschließlichen Verletzung ihrer Bedingungen gekommen, niemals hat sich ein Mitglied von ihr gelöst, um als Außenstehender sein Heiß zu versuchen.

Worauf beruht diese Straffheit ohne rechtlichen Zwang? Sicherlich auf der Vielfältigkeit der Verflechtung der geschäftlichen Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern, bei der jede Eigenwilligkeit, zu der etwa ein Institut auf dem Gebiete der von der Stempelvereinigung festgesetzten Konditionen neigen könnte, unendlich viel schwerwiegende Nachteile auf anderen Gebieten mit sich führen könnte. Auf die Frage, ob nicht einem Mitgliede gegenüber, das Lust hätte, außer der Reihe zu tanzen, durch die Verweigerung der Annahme seines Akzeptes im Bankverkehr der schwerste Zwang angewendet werden könnte, wurde mit Recht geantwortet, daß dies

die wirtschaftliche Todesstrafe

wäre, und daß man diese nicht leicht anwende. Immerhin gibt es natürlich eine ungewöhnliche Rechtsstellung, wenn man ohne jede rechtliche Bindung auch nur die Möglichkeit hat, mit der wirtschaftlichen Todesstrafe zu winken! So erklärt es sich, und hierin liegt eine für die Frage des ganzen Kartellproblems wichtige Beobachtung, daß eine Organisation ungeheuer fest gefügt sein kann bei der denkbar lockersten Rechtsform ihres Zusammenschlusses. Wir konnten ähnliches in anderem Zusammenhang für einen Industrieverband, den Eisenbauverband, feststellen, dessen Mitglieder ebenfalls streng zusammenarbeiten, ohne daß der Verband auch nur ein eingetragener Verein wäre.

Sanierung bei Linke-Hofmann.

Der mitteldeutsche Stahltrüff fertigt.

Gegen Ende der Inflation genöß neben dem Stinnes-Konzern der Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzern das größte Ansehen. Denn er war neben diesem am raschesten gewachsen. Ein typischer Inflationskonzern wie Stinnes, nur lange nicht so groß, wollte er nicht dessen und Stinnes, Rombachs, Eicheis Schicksal. In die Oberschlesische Hüttenwerke A.-G., die größtenteils aus politischen Gründen von Preußen und vom Reich saniert wurden, konnte er rechtzeitig gegen 15 Millionen Mark neue Trüffaktien seine notleidenden Werke Jülich- und Herminen-Hütte sowie die Gleiwitzer Betriebe einbringen. Die Großbanken und Herr Bilt, der heutige Großaktionär der Vereinigten Stahlwerke A.-G., waren dem Konzern wohlwollende und materiell stark interessierte Helfer. So kam er das ganze trüffische Jahr 1925, obwohl die Bilanz für 1924/25 schon bedrohlich ausfiel, an gefährlichen Finanzklippen vorbei. Jetzt erfolgt die endgültige Sanierung des seit langem bedrohten Konzerns.

Zur Verfügung hatte der Konzern noch seinen Maschinen-, Waggon- und Lokomotivbau, die Lauchhammer Eisenwerke in Riesa, Burghammer, Gröblich usw., seine Rechtsbeteiligung am Stahlwerk Hennigsdorf und neben einer Anzahl kleinerer Beteiligungen seine Braunkohlengruben und das Oberschlesische Trüffaktienpaket. Ein Kommissar von der Verwaltungsratsprüfung läßt jetzt deutlich den Gang der Sanierung durchschauen. Die Gründung des Mitteldeutschen Stahltrüffs mit einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark ist beschlossene Sache. Er wird von Linke-Hofmann-Lauchhammer und dem Ruhrmontantrüff gemacht. Lehlerer bringt sein Weber-Werk in Brandenburg in den Trüff ein. Linke-Hofmann die Lauchhammer-Werke mit allen dazugehörigen Beteiligungen, also neben den Beteiligungen an der Stegener Eisenindustrie A.-G. und der Gewerkschaft Luise auch die Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf A.-G., die kürzlich noch saniert wurde. Von den 50 Millionen Mitteldeutsche Stahltrüffaktien (der Trüff scheint „Mitteldeutsche Stahlwerkgesellschaft“ zu heißen) erhält Lauchhammer 33 Millionen (Vereinigte Stahlwerke A.-G. erhält 12 Millionen) für das, was er an Anlagen einbringt, der neue Trüff kauft ihm gegen bar alle Vorräte ab, und die Außenstände werden vom Lauchhammer-Konzern noch selbst eingezogen. Das überschüssige Trüffaktienpaket soll der neuen Stahlwerkgesellschaft ebenfalls zum Kauf angeboten werden, würde aber wohl, da es auf Jahre hinaus ohne Ertrag bleiben wird, weit nicht die 15 Millionen Rennerwert einbringen. Von den 33 Millionen Aktien gibt der Konzern gleich 28 Millionen an die Konzernaktionäre weiter, 5 Millionen behält die Verwaltung im Portefeuille. Um die 28 Millionen soll das Konzernkapital von 70 Millionen auf 42 Millionen herabgesetzt, und dieser Betrag soll wiederum auf 21 Millionen zusammengelegt werden, hinter dem dann noch die Oberschlesische Trüffbeteiligung und die Maschinen-, Waggon- und Lokomotivbauinteressen stehen werden. (Werke in Breslau, Archimedes-Werke, Füllner-Werk, in Köln, Brand, Nachen, noch Waggonfabriken). Für diesen Rest scheint es finanziell so zu werden (die Bilanz für 30. September liegt noch nicht vor), daß die Forderungen und Schulden sich decken und dem Aktienkapital die Fabrikanlagen und die Vorräte gegenüberstehen werden.

Fast sicher ist heute schon, daß der ganze Konzern als Wertgesellschaft verschwindet und zur reinen Holdinggesellschaft wird, die nur mehr Aktien verwaltet. Ueber einen Waggontrüff wird schon lange, über einen Lokomotivbau trüff wird neuerdings verhandelt. An der Spitze stehen bei diesen Verhandlungen die Einbringungen des Linke-Hofmann-Lauchhammer-Konzerns. Es mutet im ganzen etwas komisch an, daß der Konzern seine vollständige Auflösung mit Nationalisierungsbegründungen begründet. Die Verlegung des Konzerns mag unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung durchaus zweckmäßig sein; aber in erster Linie scheint der Konzern doch mehr Glück und gute Freunde als wirkliche Rationalisierungsoptionen gehabt zu haben.

Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser.

Der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser hielt in diesen Tagen seine Generalversammlung ab. Nach einigen sachlichen Referaten berichtete Direktor Bach über seine Amerikareise, wobei er mit aller Mühseligkeit nachwies, welchen Ruhm das Prinzip „Hohe Löhne und niedrige Preise“ dem Einzelhandel Amerikas gebracht hat. Er legte dar,

Als man nun zu erfragen suchte, auf welcher Grundlage die einzelnen Beschlüsse über die

Bestimmung von Zinssätzen und Provisionen

zustande kämen, ob hier bestimmte Grundsätze obwalten, ob sich auf bestimmte Kostenberechnungen diese Festsetzungen aufbauen, erhielt man klipp und klar die Antwort, daß es Prinzipien für die Gestaltung der Konditionen nicht gebe, daß man Selbstkostenrechnungen für Kreditgeschäfte selbst gern haben würde, daß aber das Problem der Selbstkostenrechnung im Bankgewerbe ungelöst sei, und vielleicht ist es auch bei den deutschen Universitätsbanken gar nicht lösbar. In Wirklichkeit vollzieht sich also die jeweilige Diskussion bei der neuen Bestimmung von Zinssätzen nur in der Form einer Erörterung der Kartellfrage. Man tastet ab, welche Sätze man wohl erheben kann, ohne das Geschäft zu schädigen und in der Hoffnung, möglichst hohen Nutzen zu ziehen. Es gibt dabei wohl gelegentliche Meinungsverschiedenheiten, aber kaum eigentliche Interessengegenstände, denn schließlich ist es allen recht, die Sätze so hoch zu stellen, wie es nur eben bei der gegebenen Kartelllage möglich ist. Man darf sich auch nicht vorstellen, daß tiefgründige volkswirtschaftliche Erörterungen bei dieser Gelegenheit gepflogen werden, denn als Genosse Dr. Hilferding den Vorsitzenden der Stempelvereinigung, Herrn Dr. Mohler, bat, doch einmal zu schildern, wie denn nun eine derartige Debatte verlief, sagte er ihm in arge Verlegenheit, und er wußte nichts Besseres zu erzählen, als daß sich die Unterhaltung fast in Fachausdrücken bewege, daß man eine Rednerliste führe und ähnliche interessante Dinge! Dabei hat der Auslagende sicherlich nicht einmal irgendwas Bedeutames verschwiegen, sondern es entspricht sicherlich der Wirklichkeit, daß derartige Sitzungen sich viel nüchterner und langweiliger vollziehen, als es der Vorstellung des Laien entspricht, der immer glaubt, wenn eine Reihe von Größen der Finanzwelt beistimmen sind, so müßte entweder sehr viel Weisheit verzapft oder eine Verschönerung angesetzt werden. In Wirklichkeit findet offenbar teils von beiden statt, sondern man tauscht ein bißchen seine Ansichten aus und legt dann die Zinsen und Provisionen so fest, wie es dem Nutzen der eigenen Institute am besten zu entsprechen scheint. Gerade weil diese Beschlüsse aus einer betonten Systemlosigkeit entstehen, ist natürlich die Bildung einer öffentlichen Meinung über die Angemessenheit oder Ungemessenheit von Zins- und Provisionssätzen ein außerordentlich wichtiger Faktor.

daß der Preisindex, wenn man das Jahr 1913 zugrunde legt, im Jahre 1926 auf 150 im Jahre 1925 zurückgegangen ist, während der Lohnindex in der gleichen Zeit eine Steigerung auf 228 erfahren hat. Ob das in Amerika angewandte System zur Steigerung der angestellten Leistung, das Brämlingsystem, das richtige ist, darüber kann man verschiedener Ansicht sein. Direktor Bach warnte, von der Konsumfinanzierung allzuviel zu erwarten.

Chefredakteur Bernhard, der am zweiten Tage über Kaufkraft und Arbeitslosigkeit sprach, führte die letztere vor allem auf die vollkommen veränderte Struktur in der Bevölkerung zurück. Es kommen zu dem Heer der Arbeitslosen, das wir in jeder kapitalistischen Konjunkturkrise finden können, jetzt noch hinzu die großen Massen, die vor dem Kriege im stehenden Heere Aufnahme gefunden haben und die Schichten, die früher von Renten lebten. Bernhard schätzte diese Menschenmassen auf 1 bis 1 1/2 Millionen Menschen. Die Struktur des Konsums war vor dem Kriege weit günstiger als in anderen Ländern. Wir mühten wieder zu einem gesunden Inlandsmarkt kommen. Es sei ein Irrtum, die Wirtschaft durch Produktionssteigerung heben zu wollen. Vielmehr muß die Konsumkraft durch Erhöhung des Reallohnes verbessert werden. Vorerst bleibt uns nichts anderes, als den Versuch mit der Rationalisierung und mit der Typisierung zu machen. Bernhard hält die Konsumfinanzierung nur soweit für erprobt, als sie dazu dient, notwendige Käufe zu ermöglichen. Doagen müßten Zurückfälle von der Finanzierung ausgeschlossen sein. Professor Leon warnte, wie überhaupt alle Redner, davor, das Beispiel Amerikas in der Frage der Typisierung vollkommen auf Deutschland zu übertragen. Er führte neben den bekannten Argumenten, andere geschmackliche Einfühlung usw., vor allen Dingen an, daß eine typisierte Ware schwer exportiert werden könne, denn selbst wenn sich der Geschmack und der Bedarf eines einzelnen Landes vereinheitlichen lasse, so könne doch der Geschmack aller Länder nicht vereinheitlicht werden. In der Diskussion berichtete der Vorsitzende, Direktor Altkhoff vom Kartell-Konzern, über die Erfahrungen, die der Konzern mit der Umwidmung von Fabrikationsbetrieben gemacht habe. Solche Umwidmungen hätten nur dann Vorteil, wenn der Einzelhandelsbetrieb in der Lage sei, die gesamte Produktion des Fabrikationsbetriebes aufzunehmen und daneben noch den freien Markt beim Wareneinkauf benutzen zu können.

Neues Hypothekenrecht.

Gegen Bodenwucher und Bodenspekulation.

Das zurzeit geltende deutsche Hypothekenrecht ist, vom Standpunkt des Juristen aus betrachtet, ein Kunstwerk, sein durchgearbeitet und technisch vollendet, wie ein Uhrwerk, bei dem ein Rad genau in das andere greift. Mit diesen Worten leitete Justizrat Dr. Bierig-Düffeldorf im vorigen Jahre einen seiner Vorträge über Hypothekenreform ein. Er fuhr aber sogleich fort: „Anderes aber ist es, wenn man es mit dem Auge des Sozialpolitikers betrachtet. Im wirtschaftlichen und sozialen Leben eines Volkes kommt es nicht in erster Linie darauf an, daß die gesetzliche Rechtsordnung formal sein durchgearbeitet ist, sondern darauf, daß sie die ewigen Grundgedanken der sittlichen und sozialen Weltordnung zum Ausdruck bringt und durchsetzt. Auch das feinst durchgearbeitete Gesetz taugt nicht, wenn es dieser Forderung nicht entspricht. Unser Hypothekenrecht entspricht dem nicht, und so kommt es, daß hinter dem Wort Hypothekenrecht eine gewaltige Summe von Unglück und Verzweiflung und Elend steckt.“

Justizrat Dr. Bierig kommt dann, nach einer eingehenden Schilderung der geschichtlichen Entwicklung des Hypothekenrechts in Deutschland und seiner tiefgründigen sozialen Würdigung seiner Elemente und Zusammenhänge zu der Forderung, das Ziel einer Reform müsse sein: a) einmal, daß die Grundstücke nicht überbewertet, die Preise nicht übersteigert werden; b) daß die Grundstücke nicht dauernd mit Hypotheken belastet, sondern daß sie entschlüsselt werden, um auch den Kreditbedürfnissen der Zukunft dienen zu können; c) daß die Kredite für die Verbesserung des Grundstückes nicht durch die übermäßige Grundstückskaufpreishypothek aus ihrer Sicherheit verdrängt werden können.

Um diese Reformen durchzuführen, sei geboten, zu dem ursprünglichen deutschen Rechtsprinzip der Trennung von Boden und Aufbau zurückzukehren. Für Bodenwucher sollten dann nur noch Restkaufverträge als Grundschuld oder als Darlehen ohne hypothekenspezifische Eintragung zugelassen werden, während Gebäude und Bodenverbesserungseinrichtungen mit Eintragungshypotheken bedacht werden könnten, mit Hypotheken

also, deren ratenweise Abtragung sich der mutmaßlichen Lebensdauer dieser Objekte anpaßt. Eine in diesem Sinne durchgeführte Hypothekenreform würde eines der besten Mittel sein, den sozial und wohnungspolitisch so verhängnisvollen Bodenwucher und die Bodenspekulation zum großen Teil zu unterbinden. Im übrigen würden sich damit auch im gesamten Wohnungsbauwesen für alle ehrlich Schaffenden gesunde Verhältnisse herausbilden und festigen.

Gedanken weitensgleicher Art sind bereits in der Zeit vor dem Kriege mehrfach vertreten worden, besonders durch die deutschen Bodenreformer, aber auch in anderen Kreisen. Justizrat Dr. Bierig ist ein bekannter Führer der Zentrumspartei im Rheinland. Im Jahre 1920 gab Ministerialrat Dr. Fönss, der jetzt als Angestellter des Reichslandbundes der Hauptfachberater des Reichslandbundes in Bodenrechts- und Siedlungsfragen ist, eine Schrift heraus, in der für das Hypothekenrecht durchaus dieselben Forderungen vertreten werden. Ebenso hat sich dieser in einem Vortrage auf der Tagung des Siedlungsausschusses des Reichslandbundes am 12. April 1923 der Geheimen Regierungsrat Berkenhauer ausgesprochen, und zwar mit den gerade für die Landwirtschaft schwerwiegendsten Argumenten. Der Reichslandbund selbst verbreitet diese Rede als besondere Flugchrift, woraus geschlossen werden darf, daß seine geistigen Führer sich ebenfalls dazu bekennen.

Auffällig ist aber, daß noch keine bürgerliche Partei einen parlamentarischen Vorstoß unternommen hat, um die sonst von ihren Sachkennern als notwendig bezeichnete Hypothekenreform nun auch gesetzgeberisch in Fluß und zur Durchführung zu bringen. Es scheint, als müßte auch hier wieder, wie das schon in der Frage der gemeindlichen Bodenvorratswirtschaft geschehen ist (Entwurf eines Gesetzes des Sächsischen Beirats für Heimstättenwesen im Reichsarbeitsministerium, über den erleichterten Erwerb von Wohn- und Wirtschaftsländern, — „Bodenreformgesetz“), erst die Sozialdemokratie die Initiative ergreifen.

Die hier nur kurz umrissenen Forderungen für eine zeitgemäß soziale Hypothekenreform hätten sich am leichtesten bei Gelegenheit der Verabschiedung der sogenannten Aufwertungs-gesetze anbringen lassen. Indessen wird es damit niemals zu spät werden. Je früher aber die Reform eingeführt wird, um so schneller werden sich auch ihre sozial und wirtschaftlich wünschenswerten Auswirkungen einstellen. Otto Albrecht.

Der Güterverkehr der Reichsbahn stand auch in der Woche vom 3. bis 9. Oktober im Zeichen einer starken Zunahme. Es wurden zum Transport 880 300 Güterwagen gestellt gegen 773 200 in der entsprechenden Woche des vorigen Jahres und 859 300 in der vorangegangenen Woche dieses Jahres. Wie sehr der Verkehr zugenommen hat, zeigt die nachfolgende Uebersicht über die Güterwagengestellung der Reichsbahn in den letzten Monaten:

Woche	wöchentlich	durchschn. pro Arbeitstag		
	1926	1925	1926	1925
4. 7.—10. 7.	727,0	782,4	121,2	122,1
11. 7.—17. 7.	748,0	789,6	123,8	123,8
18. 7.—24. 7.	750,6	791,5	125,1	120,2
25. 7.—31. 7.	785,2	785,2	126,4	120,9
1. 8.—7. 8.	745,3	708,9	124,2	118,2
8. 8.—14. 8.	756,0	708,8	126,0	118,1
15. 8.—21. 8.	769,7	732,9	128,3	122,1
22. 8.—28. 8.	786,8	738,0	128,8	123,0
29. 8.—4. 9.	824,6	784,2	137,4	122,4
5. 9.—11. 9.	824,8	745,2	137,4	124,2
12. 9.—18. 9.	842,2	754,5	140,4	125,7
19. 9.—25. 9.	848,1	751,5	141,4	125,2
26. 9.—2. 10.	859,3	751,7	143,2	125,8
3. 10.—9. 10.	880,3	773,2	146,7	128,7

(Die Angaben beziehen sich auf 1000 Stück.)

Demnach sind arbeitsmäßig 3500 Wagen mehr als in der Vorwoche und rund 18 000 Wagen mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres für den Verkehr benötigt worden.

Die Reichsbank Mitte Oktober. Der Reichsbankausweis zum 15. Oktober zeigt gegen die Vorwoche keine ungewöhnlichen Veränderungen in der summenmäßigen Inanspruchnahme durch Banken und Wirtschaft. Auffallend sind aber die stärkeren Bewegungen auf den einzelnen Konten. Die stärkste ungewöhnlichste Bewegung ist die Zunahme der Lombardbestände; mit 23,5 auf 33,0 Millionen ist sie die größte, die im letzten halben Jahr für die Monatsmitte zu verzeichnen war. Sehr möglich, daß das Hausfleißer, in dem die Börsenspekulation damals schon wieder arbeitslos und gegen das eine Großbank schon aktiv durch Baillensänderung angeknüpft haben soll, zur Beschaffung von Kampfgeldern durch Effektenleihe bei der Reichsbank geführt hat. Die Wechsel- und Scheckbestände sind um 84,5 Millionen auf 1293,3 Millionen zurückgegangen, so daß sich eine Vergrößerung der Kapitalanlage (die eigenen Wertpapiere bleiben mit 91,3 Millionen wieder unverändert) um 60,7 Millionen ergab. Die Kundengelder auf Girokonten stiegen weiter um 102,1 auf 737,8 Millionen Mark; ein Zeichen, daß es bei der Reichsbanklandschaft an flüssigen Mitteln keineswegs fehlt. Deckungsfähige Depots nahmen um 64,8 auf 444,1 Millionen ab, die Goldbestände sind wieder, und zwar um 36,3 auf 1632,6 Millionen, gewachsen. Im Zusammenhang damit ging der Gesamtpapierumlauf der Reichsbank um 190,0 auf 4263,8 Millionen zurück. Davon waren Reichsbanknoten 2971,7 Millionen (—167,6 Millionen) und Rentenbanknoten 1277,1 Millionen (—22,4 Millionen). Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Depots zusammen erhöhte sich gegen die Vorwoche von 67,8 auf 70,6 Proz. (durch Gold allein von 51,5 auf 53,6 Proz.). Das Reich hatte es noch immer nicht nötig, durch Hingabe von Reichsschuldscheinen seinen neuen Kredit bei der Reichsbank in Anspruch zu nehmen.

Konzentration in der Textilindustrie. Der Ray-Konzern hat, wie uns unser westdeutscher Mitarbeiter berichtet, die „Weber-G. m. b. H.“ in sich aufgenommen und dadurch einen ganz bedeutenden Machtzuwachs erhalten. Der Konzern, der seinen Sitz in Bielefeld hat, ist eine Gründung der in Westdeutschland maßgebenden Konfektionsfirma S. Albers u. Co. Ihm sind ungefähr 40 große Textilfirmen in Westdeutschland angeschlossen. Der Konzern befaßt sich mit dem Großverkauf von Textilien. Daneben betreibt er Wäschefabrikation.

Ein Konsumfinanzierungsinstitut des Einzelhandels für Braunschw. In Berlin wurde ein Institut für die Finanzierung der Kreditverkäufe im Einzelhandel an die Verbraucher gegründet. Das Unternehmen hat den Zweck, auch denjenigen der beteiligten Geschäfte, die bisher lediglich auf den Grundbesitz der Barverkaufsstellen eingestellt waren, risikofreie Kreditverkäufe zu ermöglichen, indem das Verkaufsgeschäft von der Kreditgewährung bzw. Finanzierung der Kreditverkäufe völlig getrennt wird. Der Geschäftszweig bei dieser für Groß-Berlin neuartigen Einrichtung ist folgender: Der Kredit beanspruchende Kunde wendet sich an das Finanzierungsinstitut und erhält von diesem nach Prüfung seiner Kreditwürdigkeit einen Barankreditbrief in bestimmter Höhe. Der Kunde, der im Ladengeschäft wie jeder Barzahlungskäufer handelt, zahlt nun an der Kasse mit einem Scheck auf das Institut. Diese Schecks werden dem betreffenden Geschäft von dem Finanzierungsinstitut nach Abzug von 10 Proz. diskontiert. Der Kunde hat für die Inanspruchnahme des Kredites eine Verzinsung von 6 Proz. jährlich zu leisten und im übrigen die festgelegten Abzahlungsstermine pünktlich einzuhalten. Der Kreis der dem Unternehmen angeschlossenen Firmen ist unbegrenzt. Er umfaßt unter anderen Einzelhandelsfirmen der Textil-, Schuh-, Galanterie-, Haushalts- und Kurzwarenbranche usw. Ausgeschlossen sind Lebensmittelgeschäfte sowie auch Juweliergeschäfte. Die Kreditgewährung ist zunächst nur auf Braunschw. beschränkt und soll erst später, wenn genügend Erfahrungen gesammelt sind, auf andere Berufsgruppen ausgedehnt werden.

Ein schwieriger Brief.

Humoreske von Edith Rode-Nebelong.

„Kommst du mit?“ fragte sie, „ich will was zum Mittagessen einholen.“

„Ich habe keine Zeit,“ sagte er.

„Hast du was zu tun?“ fragte sie und näherte sich neugierig.

„Ja, ich muß einen schwierigen Brief schreiben.“

„Huch — Geldangelegenheiten — na, ich danke.“

„Absolut keine Geldangelegenheiten,“ antwortete er streng, „es gibt doch noch andere schwierige Dinge außer Geldangelegenheiten.“

„Rein, wirklich?“ Sie verschwand.

Er ihr nach: „Du, hör doch mal, wo willst du hin?“

„Mittagessen kaufen.“

„Du legst wohl weiter keinen Wert auf meine Begleitung!“ sagte er.

„Das kannst du dir doch denken,“ erwiderte sie und schnitt ein Gesicht.

„Denn sieh mal,“ sagte er befehlend, „wenn wir zusammen gehen, kaufen wir doch nie was Vernünftiges; wir bleiben ja immer nur vor den verkehrten Schaufenstern stehen, wo die teuren Dinge sind, die wir nicht bezahlen können.“

„Um Gotteswillen, du brauchst ja gar nicht mitzukommen,“ sagte sie mit einer großartigen Geste und verschwand.

Sie ging. Sie ging wirklich! Er war zweimal an der Tür, um sich davon zu überzeugen und holte wie aus Zerstreuung seinen Hut, besah aber glücklicherweise so viel Charakterstärke, um ihn wieder an seinen Platz zu hängen. Das fehlte noch, sich aufdrängen — niemals! Aber es war doch ein starkes Stück von ihr — na, auch gut!

Dann setzte er sich an seinen Schreibtisch. Es verging eine ganze Zeit. Eine lange Zeit. Eine ganz unglaublich lange Zeit. Im Schön. Wenn man nur Bewußtheit hätte — dann könnte man seine Verhaltensmaßregeln danach treffen, sich darauf einzulassen. Zum Donnerwetter, wo war denn der Hut bloß hingekommen! Ihr nachgehen? Das fehlte noch gerade, unter keiner Bedingung! Ihr nachgehen? Das fehlte noch gerade, unter keiner Bedingung! Da kam sie.

„Bist du fleißig gewesen?“ fragte sie.

„Wo bist du gewesen?“ fragte er.

„Run poß mal auf!“ sagte sie und ergriff ein Paket.

„Was ist das?“

„Eine Ländelschürze.“ Sie hielt sich das Ding vor und sah sehr zufrieden aus.

„Wozu ist denn die?“

„Na, wenn ich koche, verstehst du; ich ruiniere mir ja sonst alle meine Kleider beim Kochen.“

„Aber du kochst ja gar nicht,“ sagte er.

„Mal werde ich es doch tun,“ sagte sie und schnürte ein anderes Paket auf.

„Und was ist das?“

„Ein Rest apfelgrüner Chiffon, kannst du das nicht sehen?“

„Ja, aber das Stückchen langt ja nicht einmal zu einer Bluse.“

„Ach,“ sagte sie rasch gefaßt, „den kann ich mir so hübsch um den Kopf drapieren, siehst du, so!“

„Ist das auch beim Kochen notwendig?“ fragte er.

Dafür bekam er eine Ohrfeige; aber er hielt sie fest und zahlte es ihr auf andere Weise heim.

Als sie bald danach den apfelgrünen Chiffon vom Boden aufsuchte, sagte er:

„Und wo ist nun das Essen?“

„Das Essen?“ gab sie geistesabwesend zurück.

„Ja, sollen wir denn Ländelschürze mit apfelgrünem Chiffon essen?“

„Henrik,“ sagte sie, „sei jetzt endlich mal vernünftig, dann werden wir mal zusammen überlegen, was wir zu Mittag essen können?“

„Hast du denn wirklich gar nichts eingeholt! Was ist denn in dem Paket da?“

„Ach nichts.“ Sie zog es ihm schnell weg.

„Gib mal her.“

„Rein!“

„Gib mal gleich her!“

„Fällt mir gar nicht ein! — Uebrigens — du kannst es dir meinetwegen ansehen, bitte, es ist ein Kex.“

„Ein Kex? Wozu denn in aller Welt?“

„Gott, den kann man doch immer gebrauchen. Er ist ganz echt. Der Araber oder Türke, der ihn mir verkaufte, sagte, es wäre gerade eine sehr günstige Gelegenheit, weil man die jetzt unten nicht mehr tragen darf.“

Er drehte den Kex in der Hand: „Ja, nun verstehe ich, weshalb du nichts zu Mittag gekauft hast,“ sagte er.

„Nicht wahr,“ meinte sie erleichtert, „sonst hätte ich ja kein Geld mehr gehabt, um den Kex zu kaufen.“

„Aber ich habe Hunger.“

„Den hast du immer,“ antwortete sie ärgerlich.

„Weil ich nie was Vernünftiges zu essen bekomme!“

„Du ißt ja den ganzen Tag! Uebrigens — bist du mit deinem Brief fertig?“

„Rein,“ sagte er und seufzte.

„Was ist es denn eigentlich für ein Brief?“ Sie ging neugierig zum Schreibtisch.

„Ja — sieh mal —“ fing er an.

„Liebste Afta!“ las sie „Was ist das für eine Afta?“

„Weißt du, Afta, Afta — ist eine Frau.“

„Das konnte ich mir denken.“

„Und sie hat, sie hat an mich geschrieben — und gefragt, ob es wahr wäre, daß ich mich verheiratet hätte — und —“

„Gott, jetzt wird mir alles klar!“ rief sie und schlug die Hände zusammen, „du hast einfach ganz vergessen, deine Verlobung mit Afta zu lösen!“

„Durchaus nicht,“ sagte er gekränkt, „durchaus nicht, ich war gar nicht mit Afta verlobt!“

„Aber sie liebt dich wahnsinnig?“

„Jawohl, das tat sie,“ sagte er, „meinetwegen lache du nur.“

„Aber was hat dir denn diese Afta geschrieben?“

„Aes,“ sagte er und gab ihr den Brief.

Sie las: „Sie will sich das Leben nehmen?“ sagte sie und sah auf, „sie steht dich um eine Antwort an? Ja, aber, dann antworte ihr doch, Menschenkind!“

„Was soll ich denn antworten?“

„Das werden wir gleich erledigt haben, ich werde es dir diktieren. Afta: „Liebste Afta!“ — Na, das hast du ja schon.“

„Ja,“ sagte er verwirrt

Das Manifest der Wirtschaftsführer.



Die wollen die Zollmauer zwischen den Ländern niederreißen! — Ehe wir kommen, wird es wohl nichts werden!

„Gut. Also: Tief ergriffen und erschüttert über Deinen lieben Brief, sende ich Dir hiermit die ersehnte Antwort.“

„Nach keinen Unsinn!“

„Ach ja, es ist wahr, allzu wahr — ich bin verheiratet, aber Dein teures Bild, süße Afta —“

„Hör' nun endlich mit dem Unsinn auf, hilf mir lieber wirklich.“

„Na, dann noch einmal von vorn: „Liebste Afta! Ich liebe für Zeit und Ewigkeit — vorläufig — eine Andere.““

„Begriffst du denn nicht,“ sagte er, „daß es ein wichtiger Brief ist, sie hat mir doch geschrieben, sie will sich das Leben nehmen!“

„Ach, stimmt ja,“ sagte sie, „das hatte ich ganz vergessen.“

„Also jetzt poß auf: „Liebste Afta!““

„Das habe ich ja doch schon längst!“ sagte er mühsam.

„Dein Brief hat mich tief beirrt.“

Er sah auf. „Das schreibe ich jetzt wirklich,“ sagte er.

„Du also,“ sagte sie triumphierend, weiter: „Ich hatte geglaubt, daß Du Dich etwas mehr beruhigt hättest, und ich hatte gehofft, daß unsere Liebe —“

„Deine,“ warf er ein.

„Rein, — unsere — das klingt höflicher, also „unsere Liebe“ — nein, „also“ darfst du doch nicht mitschreiben! . . . Unsere Liebe in eine wahre und tiefe Freundschaft sich verwandeln könnte. Tiefe unterstrichen. Hast du das? Laß mal sehen.“ Sie las über seine Schulter gebeugt.

„Das klingt großartig, nicht? Na, weiter: . . . Daß Du mir den Kummer antun könntest —“

„Laß das Kixein!“ sagte er und schüttelte den Kopf.

„Ich habe ja bloß dein Ohr geküßt.“

— Pause —

„Na,“ meinte sie, „sei nun vernünftig, also — wo sind wir stehen geblieben . . . den Kummer antun, Dir das Leben zu nehmen.“

„Fällt ihr gar nicht ein,“ sagte er, „so redet sie bloß immer!“

„Also: . . . vermag ich nicht zu glauben! Strich unter vermag . . . Dein Andenken ist mir zu teuer.“

„Was hast du denn immerzu zu lachen?“ fragte er etwas gereizt.

„Soll ich lieber weinen?“

„Nein,“ sagte er etwas betreten.

„. . . zu teuer und rein, rein unterstrichen.“

„Warum soll ich denn alles unterstreichen?“

„Weil die vielen Striche sich so großartig machen. Hast du das, weiter: . . . als daß ich es von einem derartigen Gedanken verzerren lassen möchte.“

„Verzerren?“ wiederholte er ägernd, „na, meinetwegen, also was weiter?“

„Dann setze noch hinzu: . . . Ich werde mich Deiner stets voll dankbarer Ergebenheit erinnern und —“

„Warte mal. . . Dankbarer Ergebenheit und — ja, was denn nun noch?“

„. . . und hoffe, daß wir uns in einer nicht zu fernen Zukunft als Freunde wiedersehen werden. Dein — — Dein ehemaliger —“

„Einen Augenblick! . . . Freunde wiedersehen werden. Dein — wie sagtest du?“

„Dein ehemaliger —“

„Rein, das geht nicht.“

„Dein Henrik.“

„Auch nicht,“ sagte er nachdenklich.

„Dein treuer Freund.“

„Ach wo!“

„Halt mal,“ sagte er, „. . . Dein Dir ergebener Henrik.“

„Mit Strich drunter!“ sagte sie.

„Wo runter?“

„Unter Dein und ergebener. So, nun lies mal das Ganze!“

„Brillant!“ sagte sie, als er fertig war. „Aber weißt du, ich habe von deinem schwierigen Brief Hunger bekommen.“

„Na, dann los,“ sagte er, „jetzt stecken wir ihn nebeneinander in den Briefkasten und gehen dann gleich weiter ins Restaurant zum Mittagessen.“

(Veränderte Uebersetzung aus dem Dänischen von Heida Erdmute Vogel.)

Die teuersten Tiere.

Der Handel mit Tieren ist ein Geschäft, das viele Ueberraschungen mit sich bringt, denn die Moden wechseln schnell, und ein Schöbier, das heute noch sehr begehrt und hoch bezahlt wird, kann im nächsten Jahre sehr viel weniger wert sein. So herrscht z. B. jetzt in England und in den Vereinigten Staaten eine große Nachfrage nach deutschen Schäferhunden. Für einen preisgekrönten Hund dieser Rasse namens Caro wurden 40 000 M. geboten. Eine Amerikanerin kaufte auf einer Hundeaustellung im vergangenen Jahr einen deutschen Schäferhund für die Summe von 36 000 M. Aber auch die kleinen Hunde, die heute nicht mehr so beliebt sind, erzielen doch bisweilen noch erstaunliche Preise. Ein kleiner Spitz brachte auf der letzten Hundeaustellung in London 10 000 M., so daß für ein Gramm dieses teuren Tieres etwa 10 M. angelegt wurden. Der Wert der Tiere richtet sich natürlich nach Angebot und Nachfrage, aber es ist nicht nur die Seltenheit, die berücksichtigt wird, sondern auch das Wesen und die Schönheit des einzelnen Tieres. Affen sind sehr billig zu haben, aber dann sind es häßlich und unerzogene Tiere, an denen der Besitzer keine Freude hat. Für kleine Affen muß man häufig bedeutend mehr zahlen als für große, denn sie werden eifriger begehrt. Daselbe ist mit Schildkröten der Fall. Kleine Tiere kosten im Verhältnis mehr als große, aber in neuester Zeit ist auch nach großen Schildkröten eine beträchtliche Nachfrage, da man diese nützlichen Tiere, die viele Insekten vertilgen, in den großen Gärten der Landhäuser hält und in der kalten Jahreszeit im Wintergarten unterbringt. Manche kleinen Schlangen werden mit Hunderten von Mark bezahlt, wenn sie zu einer Art gehören, die sich leicht aufzuzüchten läßt und später eine stattliche Größe erreicht. Ein Paradiesvogelweibchen kann dadurch sehr wertvoll werden, daß es ein Ei legt, und sich ein Paradiesvogel wird von Naturforschern hoch geschätzt, da man bisher über die Aufzucht verschiedener Paradiesvogelarten noch sehr wenig weiß. 2000 M. für eine Rasse ist eine Menge Geld, aber für Chinilla-Rassen, die preisgekrönt sind, werden solche Summen angelegt. Unter den wilden Tieren sind nach den Mitteilungen eines Händlers die Giraffen am teuersten. Ein Tiger ist mehr wert als mehrere Löwen, aber ein toter Schmetterling kann soviel wert sein wie zwei tote Tiger, wenn er sehr selten ist.

Das Wort „Buchstabe“. Buchstabe heißt eigentlich soviel wie Buchenstab und gibt somit die etymologische Bestätigung dafür, daß die Schriftzeichen anfänglich in Holz oder andere Gegenstände geritzt wurden. Unsere Vorfahren bedienten sich des Buchenholzes, indem sie auf Buchenstäben ihre Schriftzeichen eingruben. Auch bei den Kalmücken hat man ganze Bücher gefunden, die aus beschriebener Baumrinde bestanden. Wahrscheinlich haben auch die alten Römer ihre ersten Mitteilungen in Holz eingeritzt, wenigstens stammt das Wort „Codex“ (alte Handschrift) von cauder, was in unserer Sprache Holzstöß bedeutet. Auch das Wort „Rune“ hat einen ähnlichen Ursprung. So hat der dänische Gelehrte Wormius schon im 17. Jahrhundert nachgewiesen, daß das Wort „Rune“ von dem dänischen „ren“ kommt, was soviel heißt wie „eine Furche ziehen“ oder „ritzen“. Auch das englische Wort für „schreiben“, „write“ heißt eigentlich ritzen. Der Gebrauch der Feder bürgerte sich in Europa erst im Mittelalter ein. Man verwendete zunächst die persische Rohrfeder, später den Gänsekiel und erst seit etwa 100 Jahren kennen wir unsere heutige Stahlfeder.

